

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes**

**Einbringer:** **Fraktion der CDU**

**(Drucksache 7/1726)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Fraktion der CDU**

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

Das Thüringer Ladenöffnungsgesetz vom 24. November 2006 (GVBl. S. 541), geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2011 (GVBl. S. 540), wird wie folgt geändert:

1. § 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) An jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen geöffnet sein. Der Zeitraum, während dessen die Verkaufsstellen geöffnet sein dürfen, darf die Dauer von bis zu sechs zusammenhängenden Stunden nicht überschreiten, muss spätestens um 20 Uhr enden und soll außerhalb der Zeit der Hauptgottesdienste liegen."

2. § 12 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Arbeitnehmer in Verkaufsstellen können in Kalendermonaten mit vier Samstagen an zwei und in Kalendermonaten mit fünf Samstagen an drei Samstagen arbeiten. Auf eigenen Antrag können sie an jeweils einem weiteren Samstag pro Kalendermonat arbeiten. Bei der Häufigkeit der Arbeitseinsätze an Werktagen ab 20.00 Uhr sowie der Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen hat der Arbeitgeber die sozialen Belange der Beschäftigten, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu berücksichtigen."

### **Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:**

Aufgabe guter Politik ist es, Zielkonflikte durch tragfähige Kompromisse auszugleichen. Dies betrifft seit jeher die Regelung der Ladenöffnungszeiten, insbesondere hinsichtlich der Samstage, der Sonn- und Feiertage. Drei Gesichtspunkte sind in den Blick zu nehmen:

1. die Interessen des Einzelhandels und der wenigstens in Teilen auf Provisionsbasis beschäftigten Verkäuferinnen und Verkäufer an umsatzstarken Tagen,
2. der Schutz der Sonn- und Feiertage "als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung", wie es in Artikel 140 Grundgesetz in der sprachlichen Diktion der Entstehungszeit der Norm heißt,
3. die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien an Erholung und ausreichender Freizeit.

Die einschlägigen Normen sind im Thüringer Ladenöffnungsgesetz (ThürLadÖffG) kodifiziert, das sich alles in allem bewährt hat. Zu zwei Punkten ist jedoch bereits in den vergangenen Jahren Änderungsbedarf angezeigt worden: zur Festlegung der vier nach dem Gesetz statthaften verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage und den Regeln für den Umfang der möglichen Samstagsarbeit. Im ersten Fall ist der erhebliche bürokratische Aufwand bemängelt worden, im zweiten das faktische Arbeitsverbot an zwei Sonntagen, das Arbeitnehmer auch dann nicht überwinden können, wenn sie gerne mehr arbeiten möchten.

Die Corona-Krise mit ihren dramatischen, zum Teil existenzgefährdenden Umsatzausfällen hat den Handlungsdruck deutlich gesteigert und den bereits vorhandenen Problemstau verschärft. "Der deutsche Einzelhandel hat es mit einem dreifachen Tsunami zu tun" - sagt etwa der Geschäftsführer des Kölner Instituts für Handelsforschung (IFH) -, erstens der Strukturwandel, zweitens die Digitalisierung und drittens die Pandemie. Mit den vorgeschlagenen Änderungen am Thüringer Ladenöffnungsgesetz werden die genannten Probleme angegangen und in weiterhin schonender Weise mit dem Sonn- und Feiertagsschutz und den Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien ausgeglichen.

Die Änderung des § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG ist aus dem saarländischen Ladenöffnungsgesetz entlehnt. Wir teilen die dortige Einschätzung, dass es nicht unbedingt einen besonderen Anlass für verkaufsoffene Sonn- und Feiertage braucht, sondern dass die Einzelhändler vor Ort gemeinsam mit der Kommune entscheiden, wann ein verkaufsoffener Sonn- oder Feiertag sinnvoll ist. Derartige Tage werden sich nach menschlichem Ermessen ohnehin an lokal oder regional "besonderen Tagen" orientieren. Der bisher erforderliche bürokratische Aufwand wird drastisch reduziert. Der bestehende Schutz besonderer Feiertage sowie die Anzahl der gesetzlich vorgegebenen vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage werden durch die Neuregelung in Summe nicht berührt.

Die Änderung des 12 Abs. 3 ThürLadÖffG ist an das Berliner Ladenöffnungsgesetz angelehnt, das sich dem Grundsatz der "Guten Arbeit" in besonderer Weise verpflichtet weiß. Wie bisher bleiben grundsätzlich mindestens zwei Samstage im Monat arbeitsfrei. Die Beschäftigten erhalten aber die Möglichkeit, auf eigenen Antrag einen weiteren Samstag zu arbeiten.

Für die Fraktion:

Bühl



## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

**(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Verein Ilmenauer Kaufleute & Gewerbetreibende e.V.  
Die Familienunternehmer e.V.  
Interessengemeinschaft Heiligenstadt e.V.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen  
Handelsverband Thüringen  
Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen  
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Landesfrauenrat Thüringen e.V.  
Liberaler Mittelstand Thüringen e.V.  
Industrie- und Handelskammer Ostthüringen  
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern  
DGB Hessen-Thüringen  
Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt  
Allianz für den freien Sonntag Thüringen, c/o Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der EKM  
Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) - Thüringen  
Wirtschaftsjunioren Thüringen  
Katholisches Büro Erfurt  
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.  
Thüringischer Landkreistag

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Verein glücklicher Kaufleute &amp; Gewerbetreibende e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Friedrich-Holmann-Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">98693, Glücken</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verein glücklicher Kaufleute & Gewerbetreibende e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Friedrich-Holmann-Str. 1	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	98693, Glücken
	Name	Organisationsform									
		Verein glücklicher Kaufleute & Gewerbetreibende e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Friedrich-Holmann-Str. 1									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	98693, Glücken										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Händler Durchführung verkaufsfördernder Sonntage	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Siehe Anlage 6	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sturzen 15.03.2021	

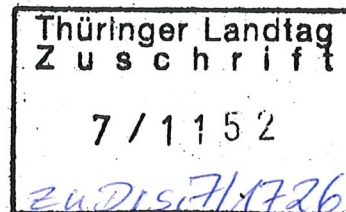
9557/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,  
vorerst zum Punkt der Regelung der verkaufsoffenen Sonntage. Abgesehen von der Pandemie erleben wir im Handel eine starke Verschiebung in den Bereich E-Commerce. Es bedarf eigentlich keiner Diskussion zu einer Erleichterung der Zulassung dieser Sonntage. Der Internetverkauf darf an 365 Tagen rund um die Uhr stattfinden, daran sind auch die dortigen Arbeiter an Sonntagen eingebunden. Um nur ansatzweise konkurrenzfähig zu bleiben, ist es ein Unding, mögliche verkaufsoffene Sonntage dermaßen einzugrenzen. Laut Statistik ist der Sonntag der umsatzstärkste Wochentag, warum also dies dem Kunden und dem Händler nicht ermöglichen. Online dient der Warenbeschaffung, aber unsere Kunden schreien nach Erlebnis und Beratung, und das nicht erst seit Corona. Wir, die stationären Händler, können und wollen beides bieten. Definitiv muss die Bürokratie hier abgeschafft werden.

Zur Regelung der Samstagsarbeit, ist folgendes zu sagen. Es soll kein Problem darstellen, die Ruhetage darzustellen. Vielmehr gibt es genug Angestellte (Ledige, Studenten etc.), die gern an den Wochenenden tätig sind und genau hier ist der richtige Ansatz. Auf Antrag dürfen diese Personengruppen dann auch gern 3 Samstage arbeiten, das stärkt nicht nur das Unternehmen auch in der Flexibilität, sondern schafft damit auch Sicherheiten für die Arbeitnehmer.

Zusammenfassend möchte ich sagen, das es mehr als an der Zeit ist für eine Reform der Ladenöffnungszeiten. Im Hinblick auf den starken Zuwachs im E-Commerce, wie auch durch die Pandemie.

Mit freundlichen Grüßen



**Hinweis der Landtagsverwaltung:**

Die Stellungnahme wurde vom Verein  
Ilmenauer Kaufleute & Gewerbetreibender e.V.  
per E-Mail vom 16.04.2021 übermittelt.

Den Mitgliedern des

..... *AfSAGG* .....

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/1726											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Die Familienunternehmer e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Charlottenstraße 24</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Die Familienunternehmer e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Charlottenstraße 24	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Die Familienunternehmer e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Charlottenstraße 24									
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -													
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Interessengemeinschaft</i></td> <td style="border: none;"><i>e. V.</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Heilbad Heiligenstadt</i></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Göltzinger Str. 27</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>37308 Heilbad Heiligenstadt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Interessengemeinschaft</i>	<i>e. V.</i>	<i>Heilbad Heiligenstadt</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Göltzinger Str. 27</i>	Postleitzahl, Ort	<i>37308 Heilbad Heiligenstadt</i>
	Name	Organisationsform											
	<i>Interessengemeinschaft</i>	<i>e. V.</i>											
	<i>Heilbad Heiligenstadt</i>												
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Göltzinger Str. 27</i>												
Postleitzahl, Ort	<i>37308 Heilbad Heiligenstadt</i>												
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
	Straße, Hausnummer												
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Förderungen der Kultur und des Wirtschaftlichen der Stadt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	auf Grund des hohen bürokratischen Aufwandes befürworten wir den Gesetzentwurf	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

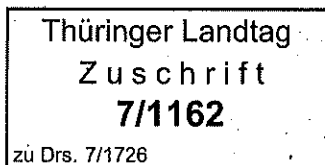
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Heiligenstadt, 6.5.21	



Interessengemeinschaft Heiligenstadt e.V. · Göttinger Straße 27 · 37306 Heiligenstadt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt



Heilbad Heiligenstadt, 06.05.2021

Drs. 7/1726

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes**  
**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**

**- Drucksache 7/1726 -**

Hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß §179 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Interessengemeinschaft Heilbad Heiligenstadt vertreten wir seit mehr als 30 Jahren annähernd 100 Händler, Handwerker, Gastronomen, Dienstleister und Vereine. Unserem Verein abliegt sowohl die Beantragung der verkaufsoffenen Sonntage, als auch die Organisation und Durchführung der anlassgebenden Veranstaltungen.

Der bürokratische Aufwand für die Beantragung der verkaufsoffenen Sonntage ist zu hoch. Insbesondere in der Anforderung an die Dokumentation der tatsächlichen Besucherzahlen sehen wir für uns im Ehrenamt eine nicht hinnehmbare Herausforderung. So muss von den Mitgliedern oder ihren Beauftragten neben der Tätigkeit im eigenem Unternehmen und in der Organisation der anlassgebenden Veranstaltung, eine Fotodokumentation mit genauer Zeit- und Ortsangabe der Besucher durchgeführt werden. Die Alternativen sind Datenerfassungen der geparkten Fahrzeuge – entfällt, da an Sonntagen keine Parkgebühr erhoben wird – Erfassung der Kunden in den einzelnen Unternehmen. Um Zählungen der Kunden in den einzelnen Geschäften automatisiert durchzuführen, fehlt im kleinteiligen, inhabergeführten Einzelhandel unserer Stadt die technische Voraussetzung. Selbstverständlich finden die verkaufsoffenen Sonntage weiterhin mit besonderem Anlass statt, da die Veranstaltungen dieser Tage seit Jahrzehnten, die Palmsonntagsprozession als immaterielles Kulturerbe seit Jahrhunderten, Tradition sind. Wie bisher gäbe es eine enge Verzahnung mit den örtlichen Kirchen und Vereinen.

Die verkaufsoffenen Sonntage sind für uns sowohl umsatzstarke Verkaufstage als auch Präsentationsbühne für die Vielfalt und Leistungsfähigkeit unserer landestypischen Kleinstadt im Grenzgebiet zu Hessen und Niedersachsen. Gerade im Wettbewerb mit dem in 52 Wochen, 24/7



Interessengemeinschaft Heiligenstadt e.V. • Göttinger Straße 27 • 37308 Heiligenstadt

erreichbarem Onlinehandel, bieten die Sonderöffnungen eine zusätzliche Chance, die Umsatzverluste in diesen Vertriebsweg zu begrenzen und so die Arbeitsplätze und die Infrastruktur vor Ort zu sichern.

Seit Jahren fordern wir in Gesprächen mit Landes- und Kommunalpolitikern die Vereinfachung der Beantragung der verkaufsoffenen Sonntage. Wir begrüßen daher den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Vereinfachung der Öffnung an 4 Sonntagen des Jahres und sehen darin nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Die durch die Entbürokratisierung gewonnene Zeit, könnten wir zur Qualitätssteigerung der von uns organisierten und initiierten Marketing- und Kulturaktivitäten zum Wohle unserer Region einsetzen.

Den Antrag auf Änderung des §12 Abs. 3 unterstützen wir ebenfalls vollumfänglich, da der kleinteilige, inhabergeführte Einzelhandel unserer Stadt nur mit großem Engagement über die erforderlichen Personalressourcen verfügt. Die derzeitige Regelung entspricht in keiner Weise der Lebensrealität unserer Händler in der ländlichen Region in Thüringen.

Interessengemeinschaft Heilbad Heiligenstadt

Göttinger Straße 27 • 37308 Heilbad Heiligenstadt •

12546121

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Lehr- & Forschungstätigkeit im Bereich der Marktmittel- & Berufsforschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Von Sonntags- & Samstagöffnungen im Einzelhandel wie sie vorgeschlagen wurden gehen - wenn überhaupt - nur geringe positive Beschäftigungseffekte aus.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung am 27.5.2021	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Fench, 28.5.2021	



INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND  
BERUFSFORSCHUNG  
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

THÜR. LANDTAG POST  
07.05.2021 09:58

15/17/2021

IAB | Regensburger Straße 104 - 106 | 90478 Nürnberg

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Datum: 07. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen die erwünschte Stellungnahme zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetz.

Pandemiebedingt ist meine Teilnahme an der Ausschusssitzung nicht in Präsenz möglich.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Postanschrift  
IAB  
Regensburger Straße 104 - 106  
90478 Nürnberg

Besucheradresse  
Regensburger Straße 104 - 106  
Nürnberg

Anfahrt mit ÖPNV  
Straßenbahnlinie 6  
Haltestelle Scharrerstraße





## **Stellungnahme zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes“**

Diese Stellungnahme bezieht sich auf den Antrag der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes“ (Drucksache 7/1726). Um die Situation des Einzelhandels und der dort Beschäftigten zu verbessern, sollen mit dem Antrag insbesondere Sonntags- und Feiertagsöffnungen erleichtert werden (§ 10 Abs. 1 ThürLadÖffG). Zusätzlich soll den Beschäftigten erlaubt werden, an drei statt zwei Samstagen im Monat zu arbeiten (§ 12 Abs. 3 ThürLadÖffG).

### **Zu § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG:**

Studien für Kanada (Skuterud 2005) und die USA (Goos 2004; Burda und Weil 2005) zeigen, dass Sonntagsöffnungen die Beschäftigung im Einzelhandel erhöhen. Übereinstimmend mit diesem Befund finden auch Studien für Deutschland (Paul 2015; Bossler und Oberfichtner 2017), dass die Ausweitung erlaubter werktäglicher Öffnungszeiten, im Zuge der Föderalismusreform 2006, zu einem Beschäftigungsanstieg geführt hat.

Dieses Ergebnis steht im Einklang mit theoretischen Überlegungen z.B. von Wenzel (2010). Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass es in anderen Staaten in jüngster Zeit vielfältige Änderung der gesetzlichen Regelungen der Öffnung von Geschäften an Sonn- und Feiertagen gab. Auf Wikipedia ist auch die Komplexität dieser Blue Laws dargestellt.

Sonntags- und Feiertagsöffnungen zu erleichtern, sollte sich daher auch in Thüringen positiv auf die Arbeitsmarktentwicklung im Einzelhandel auswirken. Grundsätzlich erscheint der Verzicht auf einen besonderen Anlass geeignet, um solche Öffnungen zu erleichtern. Etwaige positive Effekte auf die Beschäftigung, wie sie im Zuge von Deregulierungen der Ladenöffnungszeiten beobachtet wurden, sind jedoch – wenn überhaupt – nur in sehr geringem Ausmaß zu erwarten. Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetzesentwurf lediglich um eine Erleichterung der Ladenöffnung an Sonntagen. Faktisch sind weiterhin nur an maximal vier Sonntagen pro Jahr Öffnungen erlaubt. Deswegen ist auch nur eine geringe Wirkung auf die gesamten tatsächlichen Öffnungszeiten und damit den Beschäftigteneinsatz zu erwarten.

Die konkrete Zeitvorgabe (zwischen 11 und 20 Uhr) durch eine formelhafte Beschreibung (außerhalb der Zeit der Hauptgottesdienste) zu ersetzen, könnte entgegen der Intention des Antrags für neue Unsicherheiten und Abstimmungsaufwand sorgen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es sinnvoller, den Entfall des besonderen Anlasses mit dem Beibehalten der bisherigen Zeitvorgabe zu kombinieren.



**Zu § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG:**

Die Erlaubnis für Beschäftigte, an einem weiteren Samstag im Monat zu arbeiten, lässt keine wesentlichen Arbeitsmarkteffekte erwarten. Für Eltern kann diese zusätzliche Flexibilität die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, indem die Arbeitszeiten der verfügbaren Betreuungspersonen, zum Beispiel auch erwerbstätige Großeltern, entzerrt werden können. Der Arbeitnehmerschutz erscheint durch das Antragserfordernis erfüllt.

Von dem vorgeschlagenen Entfall von Ausnahmeregelungen durch Rechtsverordnung sind keine Auswirkungen zu erwarten, da bisher laut Auskunft des Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie keine solche Ausnahmeregelung erlassen wurde.

**Referenzen:**

Bossler, Mario, und Michael Oberfichtner. "The employment effect of deregulating shopping hours: Evidence from German food retailing." *Economic Inquiry* 55, 2017, 757-777.

Burda, Michael, und Philippe Weil. "Blue Laws," Working Paper, 2005. verfügbar unter <https://drive.google.com/file/d/1ZENUT8XWU0GdROKx7D3SIFPo3tzJbbDu/view> [zuletzt abgerufen am 06.05.2021].

Goos, Marten. "Sinking the blues: The impact of shop closing hours on labor and product markets." CEP Discussion Paper 0664, London, 2004.

Paul, Annemarie. "After work shopping? Employment effects of a deregulation of shop opening hours in the German retail sector." *European Economic Review*, 80, 2015, 329-353.

Skuterud, Mikal. "The impact of Sunday shopping on employment and hours of work in the retail industry: Evidence from Canada." *European Economic Review*, 49, 2005, 1953-78.

Wenzel, Tobias. "Liberalization of Opening Hours with Free Entry." *German Economic Review*, 11, 2010, 511-526

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Karl-Liebknecht-Straße 30-32</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">04107 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
	Name	Organisationsform									
	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	Gewerkschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32									
Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; Tarifvertragspartei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Kritik an Verschlechterungen der Arbeitsschutzbestimmungen für Beschäftigte im Handel - Einschätzung zur Verfassungswidrigkeit u.a. der Regelungen zum Sonn- und Feiertagsschutz und zum Bestimmtheitsgrundsatz - Ablehnung der Beschäftigung von Mitarbeiter*innen an einem weiteren Samstag - erhebliche Auslegungsschwierigkeiten im GE	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, den 10.05.2021	



Tariffkoordination

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Sachsen, Sachsen-  
Anhalt, Thüringen

ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

**Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt**

[poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Karl-Liebknecht-Straße 30-32  
04107 Leipzig

Tariffkoordinatorin

Telefon:  
Durchwahl: (

Telefax:  
PC-Fax:

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

Datum  
Ihre Zeichen  
Unsere Zeichen

10.05.2021

**Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/1168**

zu Drs. 7/1726

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungs- gesetzes**

### **Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**

Anhörungsverfahren gemäß § 78 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Ministerialrätin

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum vorliegenden  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des  
Thüringer Ladenöffnungsgesetzes. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU“.

An der Anhörung am 27. Mai 2021, Beginn 14 Uhr werden für die Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringer  
Landesfachbereichsleiter Handel und N BR-  
Vorsitzender IKEA Erfurt teilnehmen.

Unabhängig von der Teilnahme an der mündlichen Anhörung möchten wir hiermit  
schriftlich zum vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen.

Grundsätzlich möchten wir unser Unverständnis äußern, in der aktuellen Situation  
über eine Verschlechterung von Arbeitnehmerschutzbestimmungen von Beschäftigten  
im Einzelhandel zu diskutieren. Hier handelt es sich um eine Berufsgruppe, die durch  
die Corona-Pandemie im besonderen Maße gefordert war und nach wie vor ist. Wir  
sprechend hier nicht nur von erheblichen Mehrbelastungen, sondern gleichermaßen  
durch den ständigen Kundenkontakt auch von erheblichen Ansteckungsrisiken durch  
Covid 19. Überwiegend sind im Einzelhandel Frauen beschäftigt, die neben dem  
erheblich gewachsenen beruflichen Stress, gesundheitlichen Risiken zusätzlich noch  
mit den Mehrbelastungen in Familie und Haushalt (u.a. Kinderbetreuung aufgrund  
geschlossener Schulen oder Kitas, Homeschooling) zu kämpfen haben.



Notwendig wären hier vielmehr ein erhöhter Arbeitsschutz und eine tarifliche Bezahlung für alle Beschäftigten im Einzel- und Versandhandel.

Zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Einzelnen:

### **A) Vorbemerkung**

Der Entwurf sieht vor, zwei Regelungen des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) neu zu fassen. Zum einen soll § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG dahingehend geändert werden, dass zukünftig der bisher erforderliche Anlassbezug für die Freigabe von vier verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr entfallen soll. § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG soll zudem dahingehend angepasst werden, dass nicht mehr die Anzahl der pro Monat mindestens arbeitsfreien Samstage, sondern die Anzahl der Samstage, an denen Mitarbeiter in Verkaufsstellen arbeiten dürfen, festgelegt wird. Darüber hinaus soll die Regelung um die Möglichkeit für die Beschäftigten ergänzt werden, auf einen freien Samstag zu verzichten.

### **B) Änderung § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG**

Die vorgesehene Neufassung von § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG (im Folgenden: § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG) dürfte wegen eines Verstoßes gegen Art. 40 VerfTH i. V. m. Art. 140 GG und Art. 139 WRV bzw. unmittelbar gegen Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV sowie wegen der Verletzung des Bestimmtheitsgrundsatzes und des Wesentlichkeitsprinzips verfassungswidrig sein. Darüber hinaus würde die Neufassung zu erheblichen Anwendungsunsicherheiten und -schwierigkeiten führen.

### **I) Verfassungswidrigkeit der Regelung**

#### 1) Sonn- und Feiertagsschutz

Der Sonn- und Feiertagsschutz ist in Art. 40 VerfTH i. V. m. Art. 140 GG und Art. 139 WRV sowie unmittelbar in Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV verankert. Mit dem verfassungsrechtlichen Konzept der Sonn- und Feiertagsruhe wird ein normativer Rahmen geschaffen, der zwar keine umfassende allgemeine Ruhe verlangt, jedoch zu erreichen sucht, dass Sonn- und Feiertage als Nicht-Werkstage geprägt bleiben und somit ein qualitativer Unterschied zu den Werktagen erhalten bleibt. Diesem Konzept widerspricht insbesondere die mit sonntäglichen Öffnungszeiten verbundene Geschäftigkeit. Denn gerade Ladenöffnungen begründen wegen ihrer öffentlichen Wirkung den typisch werktäglichen Charakter eines Tages. Diese erfasst nicht nur die in den Ladengeschäften Beschäftigten und die Kunden, sondern auch den Straßenverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr sowie weitere Bereiche des öffentlichen Lebens. Damit bestimmt gerade die Ladenöffnung den wahrnehmbaren Charakter eines Tages entscheidend, so dass auch diejenigen betroffen werden, die Ruhe und seelische Erhebung suchen.

(vgl. BVerfG, Urteil v. 01.12.2009, Az. 1 BvR 2857/07 = NVwZ 2010, 570, 576)

Dementsprechend sind Ladenöffnungen mit dem Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe gemäß Art. 139 WRV grundsätzlich nicht vereinbar.

Von dem grundsätzlichen Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe kann es unter Beachtung des Übermaß- und Untermaßverbotes Ausnahmen ausschließlich im Interesse der Verwirklichung des Schutzzweckes von Art. 139 WRV selbst (Arbeit für den Sonntag) oder im Interesse des Schutzes anderer verfassungsrechtlich geschützter Güter (Arbeit trotz des Sonntags) geben.  
(BVerfGE 111, 10, 50; J. Rozek, NJW 1999, 2920, 2929).

Das generelle Konzept und der Kernbereich der Sonn- und Feiertagsruhe dürfen dadurch jedoch nicht gefährdet werden.  
(vgl. BVerfG, Urteil v. 01.12.2009, Az. 1 BvR 2857/07 u. 1 BvR 2858/07 = NVwZ 2010, 570, 576; BVerfG, 111, 10, 50)

Es sind somit nur sonn- und feiertägliche Tätigkeiten mit Art. 139 WRV vereinbar, die gleichzeitig der Verwirklichung des Zwecks der Sonn- und Feiertagsruhe dienen oder zum Schutz höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter erforderlich sind. Das Einkaufen selbst dient nicht der seelischen Erhebung und ist damit nicht zur Verwirklichung des Zwecks der Sonn- und Feiertagsruhe erforderlich.  
(vgl. BVerfG, Urteil v. 01.12.2009, Az. 1 BvR 2857/07 = NVwZ 2010, 570, 576)

Daher sind Tätigkeiten im Zusammenhang mit Ladenöffnungen als „Arbeit trotz des Sonntags“ zu qualifizieren, so dass diese nur im Interesse des Schutzes höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter zulässig sind.  
(BVerfGE 79, 236, 238 f.; 90, 337, 341; BVerfGE 111, 10, 50)

Aber selbst dann, wenn entgegenstehende Verfassungsgüter eine Ausnahme erforderlich machen können, ist vom Gesetzgeber eine Grenze bei der Freigabe von Arbeit an Sonn- und Feiertagen einzuhalten, die ein hinreichendes Niveau des Sonn- und Feiertagsschutzes gewährleistet.  
(vgl. BVerfGE 111, 10, 51; BVerfGE 79, 236, 238)

Das BVerfG hat in seinem Urteil vom 1. Dezember 2009 betont, dass jede Ausnahme vom Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe und damit jede Sonntagsöffnung eines hinreichenden Sachgrundes bedürfen. Eine materiell voraussetzungslose Freigabe der Öffnung von Verkaufsstellen an Sonntagen steht daher mit Art. 140 GG und Art. 139 WRV nicht mehr in Einklang.  
(vgl. BVerfG, Ur. 01.12.2009, 1 BvR 2857/07 = NVwZ 2010, 570, 577)

Vor diesem Hintergrund kann auch eine gesetzliche Regelung, die eine voraussetzungslose Öffnung von Geschäften an Sonntagen gestattet, nicht mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe im Einklang stehen.  
(vgl. BVerwG, Ur. v. 17.05.2017, 8 CN 1/16; VGH München, Ur. v. 06.12.2013, 22 N 13.788; VGH Kassel, Ur. v. 15. 05. 2014, 8 A 2205/13; OVG Bautzen, Beschl. v. 01.11.2010, 3 B 291/10)

Soweit das BVerwG in der vorstehend genannten Entscheidung eine der Neufassung des § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG vergleichbare Regelung im Ladenöffnungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz als noch verfassungskonform erachtete, war dies darin begründet, dass die Regelung des § 10 S. 1 LadöffnG RhPf i. V. m. Art. 57 Abs. 1 S. 3 LV RhPf einer verfassungskonformen Auslegung dahingehend zugänglich war, dass Sonntagsöffnungen nur im Interesse des verfassungskonform auslegbaren Gemeinwohls gestattet werden können.

Da es in der VerfTH aber an einer dem Art. 57 Abs. 1 S. 3 LV RhPf vergleichbaren Regelung fehlt, kommt eine solche verfassungskonforme Auslegung hier nicht in Betracht.

(vgl. BVerwG, Urt. v. 17.05.2017, 8 CN 1/16)

Der Bayerische VGH begründet seine Auffassung, wonach Ladenöffnungsgesetze, die auf eine Bestimmung der Voraussetzungen für Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagschutz verzichten, als verfassungswidrig anzusehen sind, wie folgt:

„Im Lichte des Art. 139 WRV können deshalb nicht nur Ladenschlussgesetze, die auf die Normierung von Voraussetzungen für die Zulassung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage generell verzichten, keinen Bestand haben.“

(VGH München, Urt. v. 06.12.2013, 22 N 13.788)

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat sich in einer Entscheidung vom 15. Mai 2014 ebenfalls mit der Frage der Verfassungsgemäßheit einer gesetzlichen Regelung, die eine voraussetzungslose Zulassung der Öffnung von Geschäften an Sonn- und Feiertagen gestattet, auseinandergesetzt. Der Verwaltungsgerichtshof erklärt dazu:

„Das Bundesverfassungsgericht sieht Art. 139 WRV i.V.m. Art. 140 GG als verfassungsimmanente Schranke der Gewerbefreiheit an, wie in dem Urteil vom 1. Dezember 2009 klar zum Ausdruck gekommen ist:

„Auf dieser Grundlage ergibt sich, dass gesetzliche Schutzkonzepte für die Gewährleistung der Sonn- und Feiertagsruhe erkennbar diese Tage als solche der Arbeitsruhe zur Regel erheben müssen. Hinsichtlich der hier in Rede stehenden Ladenöffnung bedeutet dies, dass die Ausnahme eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf. Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potenzieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen. Darüber hinaus müssen Ausnahmen als solche für die Öffentlichkeit erkennbar bleiben und dürfen nicht auf eine weitgehende Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen und ihrer Betriebsamkeit hinauslaufen.“

Die vom Beigeladenen in der mündlichen Verhandlung aufgeworfene, hier (noch) nicht entscheidungserhebliche Rechtsfrage, wie sich eine künftige Aufhebung des Erfordernisses eines Freigabeanlasses in § 6 Abs. 1 HLöG auf die Zulässigkeit von sonntäglichen Ladenöffnungen auswirken würde, dürfte damit schon unmittelbar durch das Bundesverfassungsgericht beantwortet sein.“

(VGH Kassel, Urt. v. 15. 05. 2014, 8 A 2205/13)

Im Ergebnis steht die Regelung des § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG aufgrund des Fehlens eines Sachgrunderfordernisses für die Öffnungen nicht im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben zum Schutz der Sonn- und Feiertage.

## 2) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitsprinzip

Die Regelung in § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG würde auch gegen den Bestimmtheitsgrundsatz und das Wesentlichkeitsprinzip verstoßen.

a) Zum Bestimmtheitsgrundsatz

Hinsichtlich der Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen wird der allgemeine Bestimmtheitsgrundsatz durch Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG konkretisiert. Der Bestimmtheitsgrundsatz verlangt danach, dass Inhalt, Zweck und Ausmaß einer erteilten Ermächtigung durch die Regelung vom Gesetzgeber selbst bestimmt werden.

„Das Parlament soll sich seiner Verantwortung als gesetzgebende Körperschaft nicht dadurch entäußern können, dass es einen Teil der Gesetzgebungsmacht der Exekutive überträgt, ohne die Grenzen dieser Kompetenzen bedacht und diese nach Tendenz und Programm so genau umrissen zu haben, dass schon aus der Ermächtigung erkennbar und vorhersehbar ist, was dem Bürger gegenüber zulässig sein soll“ (BVerfGE 58, 257, 277)

Soweit der Exekutive durch die gesetzliche Regelung ein Ermessensspielraum eingeräumt wird, muss dieser Entscheidungsspielraum der Verwaltung durch den Gesetzeszweck, die Tatbestandsvoraussetzungen und die Maßstäbe für die Ermessensentscheidung hinreichend eingegrenzt sein.  
(vgl. Grzeszick, in: Maunz/Dürig, GG-Komm., Art. 20, Rn. 63)

Gemäß der „Selbstentscheidungsformel“ des BVerfG (vgl. BVerfGE 2, 307, 334; 23, 62, 72) muss die Ermächtigungsgrundlage daher selbst festsetzen, dass ein bestimmter Bereich geregelt werden soll. Entsprechend der „Programmformel“ (vgl. BVerfGE 5, 71, 77; 58, 257, 277) muss sich darüber hinaus aus der Ermächtigungsgrundlage auch ergeben, welches vom Gesetzgeber gesetzte Programm durch die Rechtsverordnung erreicht werden soll. Es muss grundsätzlich vorhersehbar sein, in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von der Ermächtigung Gebrauch gemacht werden kann.  
(vgl. BVerfGE 42, 191, 200)

Wesentliche Kategorien sind dabei der Inhalt und das Ausmaß der Ermächtigung, da nur auf Grund dieser Kriterien der Umfang der vom Gesetzgeber delegierten Rechtssetzungsbefugnisse unmissverständlich beschrieben werden kann. Eine rein isolierte Betrachtung dieser einzelnen Kriterien ist jedoch nicht möglich, da sich insbesondere der Inhalt und das Ausmaß einer Regelung gegenseitig ergänzen, durchdringen und erläutern.  
(vgl. BVerfGE 38, 348, 357)

Der Ermächtigung selbst und nicht erst der auf Grundlage dieser Ermächtigung erlassenen Verordnung muss sich, gegebenenfalls durch Auslegung, entnehmen lassen, was an Eingriffen in grundrechtlich geschützte Positionen zulässig ist. Welche inhaltlichen Anforderungen an die Bestimmtheit zu stellen sind, ist dabei von dem konkreten Regelungsbereich und der Intensität der Maßnahme abhängig.  
(vgl. BVerfGE 58, 257, 277 f.; 113, 167, 269; 120, 274, 315 f.)

Die Anforderungen an die Bestimmtheit steigen mit der Intensität des auf Grundlage der Ermächtigungsnorm möglichen Eingriffs in von der Verfassung geschützte Positionen.  
(vgl. BVerfGE 59, 104, 114; 86, 288, 311)

Soweit die Ermächtigungsnorm auch den Eingriff in Grundrechte zulässt, sind die Anforderungen an die Bestimmtheit tendenziell erhöht.  
(vgl. Grzeszick, in: Maunz/Dürig, GG-Komm., Art. 20, Rn. 65)

In keinem Fall darf sich der Gesetzgeber seiner daraus folgenden gesetzgeberischen Verantwortung dadurch entziehen, dass er seine Gesetzgebungskompetenz ganz oder in Teilen auf die Exekutive überträgt.  
(BVerfGE 58, 257, 277 f.; 78, 249, 272)

#### b) Mangelnde Bestimmtheit von § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG

Die Regelung in § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG verstieße gegen den Bestimmtheitsgrundsatz, da sie die Zulassung der Öffnung nicht vom Vorliegen konkreter Sachgründe abhängig macht.  
(vgl. OVG Bautzen, Beschl. v. 01.11.2010, 3 B 291/10; SächsVerfGH, Urt. v. 21.06.2012, Vf. 77-II-11)

Die Regelung in § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG gestattet die Freigabe bestimmter Sonntage für die Öffnung von Geschäften. Damit greift die Regelung zunächst in den verfassungsrechtlichen Schutz der Sonn- und Feiertage aus Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV ein.

Aufgrund der vom BVerfG herausgestellten besonderen Bedeutung und der Reichweite des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes aus Art. 139 WRV sind an die Bestimmtheit einer gesetzlichen Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes besonders hohe Anforderungen zu stellen. Zu beachten ist dabei, dass der Sonn- und Feiertagsschutz als Institution zwar durch die Verfassung selbst garantiert ist, die Art und das Ausmaß dieses Schutzes aber der gesetzlichen Ausgestaltung bedürfen.  
(vgl. BVerfGE 125, 39, 83 ff)

Dies bedeutet, der Gesetzgeber selbst ist aufgerufen, den Gehalt der Sonn- und Feiertagsruhe unter Beachtung der Grundentscheidung der Verfassung näher auszugestalten.

Wegen des Ausgestaltungsspielraums des Gesetzgebers und der vom BVerfG aufgezeigten engen Voraussetzungen für zulässige Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagschutz hat der Gesetzgeber auch bei der Zulassung von Ausnahmen dem Bestimmtheitsgrundsatz in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Der Gesetzgeber muss neben dem Inhalt und dem Ausmaß einer möglichen Ausnahme deshalb insbesondere selbst festlegen, welcher Zweck mit entsprechenden Ausnahmen verfolgt werden soll und in welchem Rahmen Gründe eine solche Ausnahme rechtfertigen können. Hinsichtlich der Gründe für eine Ausnahmeregelung hat der Gesetzgeber dabei insbesondere zu beachten, dass ausschließlich die Verwirklichung des Sonn- und Feiertagsschutzes selbst oder das Interesse des Schutzes anderer Verfassungsgüter Ausnahmen rechtfertigen können. Schließlich hat der Gesetzgeber zu berücksichtigen, dass die Ausnahmeregelung einen hinreichenden Ausgleich der betroffenen Verfassungsgüter gewährleistet.

Diesen Anforderungen wird § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG ganz offensichtlich nicht gerecht, da die Regelung vollständig auf die Voraussetzung des Vorliegens eines Sachgrundes verzichtet. Der Regelung lässt sich daher nicht entnehmen, welches vom Gesetzgeber gesetzte Programm durch die Rechtsverordnung erreicht werden soll oder in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von der Ermächtigung Gebrauch gemacht werden kann. Damit verstößt die Regelung gegen den Bestimmtheitsgrundsatz.

Das Sächsische Obergerverwaltungsgericht führt im Hinblick auf eine § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG entsprechende Regelung in § 8 SächsLadÖffG insoweit aus:

„Diesen verfassungsrechtlichen Vorgaben genügt § 8 Abs. 2 Satz 1 SächsLadÖffG offensichtlich nicht, denn diese Ermächtigungsgrundlage für gemeindliche Verordnungen, mit denen jährlich bis zu vier Sonn- und Feiertage festgelegt werden können, an denen in Abweichung von § 3 Abs. 2 SächsLadÖffG Verkaufsstellen zwischen 12.00 und 18.00 Uhr geöffnet sein können, enthält keine Sachgründe, die eine solche Freigabe der Ladenöffnungszeiten rechtfertigen könnten.

Wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgestellt hat (vgl. BVerfG, a. a. O.), bedarf es für die Ladenöffnung an einem Sonn- oder Feiertag eines Sachgrundes, der dem von der Verfassung geschützten Sonntagsschutz gemäß Art. 140 GG (entspricht Art. 109 Abs. 4 SächsVerf) i. V. m. Art. 139 WRV gerecht wird.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Darlegungen ist daher zusammenfassend festzustellen, dass § 8 Abs. 2 Satz 1 SächsLadÖffG unbestimmt ist und daher offensichtlich den Vorgaben von Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG, Art. 75 Abs. 1 Satz 2 SächsVerf widerspricht. Eine von diesem Ergebnis abweichende Interessenabwägung ist unter diesen Umständen nicht möglich.“

(OVG Bautzen, Beschl. v. 01.11.2010, 3 B 291/10)

**Dementsprechend ist auch § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG wegen eines Verstoßes gegen den Bestimmtheitsgrundsatz verfassungswidrig.**

#### c) Zum Wesentlichkeitsprinzip

Die angegriffene Vorschrift in § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG wird auch den sich aus dem Parlamentsvorbehalt ergebenden Anforderungen nicht gerecht. Der Parlamentsvorbehalt, welcher seine rechtliche Begründung im Rechtsstaatsprinzip und im Demokratiegebot findet, gebietet es dem Parlament, in grundlegenden normativen Bereichen alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen. (BVerfGE 49, 89, 126; 83, 130, 142)

Das Wesentlichkeitsprinzip wird im Bereich des Sonntagsschutzes zusätzlich dadurch unterstrichen, dass es dem Gesetzgeber selbst aufgegeben ist, den Inhalt des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes durch gesetzliche Regelungen auszugestalten und zu konkretisieren.

Diesen Anforderungen wird die Regelung nicht gerecht. Der Gesetzgeber überlässt es vollständig dem Verordnungsgeber, ob und welche Gründe er zur Voraussetzung eines Eingriffs in den Sonntagsschutz macht.

Damit überträgt der Gesetzgeber eine der wesentlichen Entscheidungen in Bezug auf die Ausgestaltung des Sonntagsschutzes vollständig auf den Verordnungsgeber. Dies widerspricht dem Wesentlichkeitsprinzip.

## II) Anwendungsschwierigkeiten

Neben den verfassungsrechtlichen Problemen wären mit der Neuregelung auch erheblichen Unsicherheiten und Schwierigkeiten bei der Anwendung verbunden. Die Regelung in § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG verzichtet auf das Erfordernis eines Sachgrundes für die Sonntagsöffnungen. Damit wird der Eindruck erweckt, die Gestattung von Sonntagsöffnungen auf Grundlage von § 10 Abs. 1 Entw.ThürLadÖffG sei ohne hinreichenden Sachgrund zulässig. Dies ist jedoch unzutreffend, da die Zulassung einer Sonntagsöffnung nur dann verfassungskonform ist, wenn für die Öffnung ein hinreichender Sachgrund besteht.

(vgl. BVerfGE 125, 39; BVerwG Urt. v. 01.11.2015, 8 CN 2.14; Urt. v. 17.05.2017, 8 CN 1.16; Urt. v. 12.12.2018, 8 CN 1.17; Urt. v. 22.06.2020, 8 CN 1.19 u. 8 CN 3.19)

Da sich die Anforderung an einen hinreichenden Sachgrund unmittelbar aus den verfassungsrechtlichen Vorgaben ableitet, gilt dieses Erfordernis auch dann, wenn die Rechtsgrundlage selbst auf das Sachgrunderfordernis verzichtet.

(vgl. BVerfGE 125, 39; BVerwG Urt. v. 17.05.2017, 8 CN 1.16)

Im Ergebnis kann die Neuregelung dazu führen, dass zahlreiche Verordnungen der Gemeinden, die in der Annahme beschlossen werden, es bedürfe für eine Sonntagsöffnung keines Sachgrundes, gleichwohl rechtswidrig wären. Damit wird das Ziel der Regelung, eine Vereinfachung bei der Genehmigung von Sonntagsöffnungen herbeizuführen, nicht erreicht.

## C) Änderung § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG

Die Änderung des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG (im Folgenden: § 12 Abs. 3 Entw.ThürLadÖffG) begegnet unter zwei Gesichtspunkten Bedenken:

### I) Auslegungsschwierigkeiten

Bisher ist in § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG geregelt, dass Arbeitnehmer in Verkaufsstellen mindestens an zwei Samstagen in jedem Monat nicht beschäftigt werden dürfen. Damit regelte das Gesetz ein klares Verbot der Beschäftigung an zwei Samstagen im Monat, welches verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist und sich aus Sicht der Beschäftigten in der Praxis bewährt hat.

(vgl. BVerfG, Urt. v. 14.05.2015, 1 BvR 931/12)

Mit der Neuregelung findet eine Umkehrung dahingehend statt, dass zukünftig nicht mehr die Anzahl der Samstage, an denen Mitarbeiter in Verkaufsstellen nicht beschäftigt werden dürfen, sondern die Anzahl der Samstage, an denen Mitarbeiter in Verkaufsstellen arbeiten können, genannt wird. Diese Umkehrung kann zu Auslegungsschwierigkeiten führen, da in der Neuregelung nicht mehr eindeutig festgehalten ist, dass eine Arbeit bzw. Beschäftigung an mehr als den genannten Samstagen unzulässig ist.

Es fehlt in der Neuregelung an einem eindeutigen Verbot der Arbeit bzw. der Beschäftigung an mehr als den genannten Samstagen. Dies sollte, auch wenn sich ein solches Verbot im Wege der Auslegung ermitteln ließe, im Wortlaut angepasst werden.

Darüber hinaus enthielt die bisherige Regelung ein Beschäftigungsverbot. Dieses richtete sich eindeutig an die Arbeitgeber. Die Neuregelung enthält nun eine Regelung zur Zulässigkeit der Arbeit an Samstagen. Diese Änderung könnte dahingehend missverstanden werden, dass Adressaten der Regelung nicht mehr die Arbeitgeber, sondern die Beschäftigten selbst sind. Auch hier wäre eine Klarstellung sinnvoll.

Um den vorstehenden Anforderungen gerecht zu werden, wäre es möglich, die alte Regelung beizubehalten oder die vorgeschlagene Regelung wie folgt anzupassen:

„Arbeitnehmer in Verkaufsstellen dürfen in Kalendermonaten mit vier Samstagen an nicht mehr als zwei Samstagen und in Kalendermonaten mit fünf Samstagen an nicht mehr als drei Samstagen beschäftigt werden.“

#### II) Beschäftigung an einem weiteren Samstag

Die Regelung, wonach Mitarbeitende auf eigenen Antrag hin, an einem weiteren Samstag im Monate beschäftigt werden dürfen, lehnen wir entschieden ab. Durch die Gewährung von zwei freien Samstagen wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Familienleben erheblich verbessert.

Es ist zu berücksichtigen, dass im Arbeitsverhältnis regelmäßig kein Kräftegleichgewicht zwischen den Parteien herrscht. Damit besteht das Risiko, dass Mitarbeitende in Drucksituationen geraten und zum Verzicht auf einen weiteren freien Samstag gedrängt werden können. Auch hat eine scheinbar individuelle Entscheidung Auswirkungen auf die gesamte Belegschaft und entfaltet eine Sogwirkung.

Für weitere Rückfragen steht Ihnen unser zuständiger Kollege Jörg Lauenroth-Mago, ver.di-Fachbereichsleiter Handel, zur Verfügung.

Freundliche Grüße

gez.  
Landesfachbereichsleiter Handel



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Handelsverband Thüringen e. V.</i></td> <td style="border: none;"><i>Umw</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><i>Füllerstr. 1</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>14</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Handelsverband Thüringen e. V.</i>	<i>Umw</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Füllerstr. 1</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>14</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Handelsverband Thüringen e. V.</i>	<i>Umw</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Füllerstr. 1</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>14</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Arbeitsplatzschmelze	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Im Hinblick auf die Samstagsruhe nimmt die Vorstellung, dass im Saarland funktionierendes Modell existiert, zu den Samstagen mitzuführen, dass dies eine Schritt in Richtung der langfristig lange bestehenden Regelung ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
E. Junt, 26.05. 2021	

THÜR. LANDTAG POST  
11.05.2021 10:52

1180412021



**Handelsverband  
Thüringen  
HVT**

Handelsverband Thüringen, Futterstraße 14, 99084 Erfurt

**Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fusch-Straße 1  
99096 Erfurt**

Futterstraße 14  
99084 Erfurt

Telefon: (0361) 77 80 60  
Telefax: (0361) 7 78 06 12

E-Mail: [buero@handelsverband-thueringen.de](mailto:buero@handelsverband-thueringen.de)  
[www.handelsverband-thueringen.de](http://www.handelsverband-thueringen.de)

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom



Datum

11. Mai 2021

**Stellungnahme Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes  
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

**I. Samstagsregelung**

Dies ist ein erster Schritt zur Akzeptanz der von den Sozialpartnern in Ihrem Tarifwerk gefundenen Weg.

Hinzu kommt, dass die Kostenbelastung durch die Einstellung von zusätzlichem qualifiziertem Personal an den Samstagen in derzeitiger Lage des geschlossenen Non Food kaum noch tragbar ist.

Auch Mitarbeitern, die aus der Kurzarbeit kommen, sollte die Möglichkeit gegeben werden, an den umsatzstärksten Tag zu arbeiten und teilweise dabei Provisionen zu erhalten. Diese Regelung wird die Bremse der Beschäftigung mit höherem Stundenvolumen von Mitarbeiter nicht auflösen, aber es wäre ein Beginn. Der Handel produziert nicht in bis zu 24/7 Schichten, sondern benötigt das Verkaufspersonal

**Der Handel**

*Alles fürs Leben*

auf der Fläche in den Zeitfenstern, in denen Kunden da sind. Im Gegensatz zur Gastronomie stehen dem Handel noch nicht einmal 4 Sonntage im Jahr rechtssicher zur Verfügung, die Mitarbeiter sollen sich dann um ihre Familie kümmern. Dies ist auch verständlich, verschärft aber die Personallage an den Tag der klassischerweise für das immer mehr an Bedeutung im stationären Bereich gewinnende Erlebnisshopping/ Familien Shopping genutzt.

Umsatzanteile einzelner Wochentage am Wochenumsatz (in Prozent)<sup>1</sup>

Betriebstyp	MO	DI	MI	DO	FR	SA
Einzelhandel gesamt	15,3	14,1	14,2	16,2	20,0	20,4
Fachgeschäft (Non-Food)	15,3	14,4	14,4	16,4	20,0	19,6
Fachmarkt	16,8	13,5	13,8	15,1	19,4	21,6

Branche	MO	DI	MI	DO	FR	SA
Bekleidung, Schuhe	14,6	14,3	14,6	15,9	19,4	21,3
Möbel	15,9	14,1	14,3	15,4	18,3	22,0

## II. Sonntage

Die Übernahme der anlassfreien und flexiblen Lösung aus dem Saarland ist ein guter Ansatz, zumal er dort seit Jahren von Verdi und den Kirchen akzeptiert ist.

Die Regelung kommt aus dem Jahr 2006.

Mit freundlichen Grüßen



12310/2021

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/1726		
1	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen Ev. Büro Thüringen	Kirchliche Körperschaft Öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstraße 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) Der Sonntag ist für die Religionsausübung der wichtigste Tag der Woche. Unsere Position ist: Während der Hauptgottesdienste dürfen keine Läden geöffnet sein. Um Missverständnisse bezüglich der Hauptgottesdienstzeiten zu vermeiden, halten wir eine klare Angabe des Zeitraums, in dem Sonntagsöffnungen möglich wären, für zielführender als die vorgeschlagene Neufassung. Wir sehen keinen Änderungsbedarf und betrachten die derzeit geltende Fassung als hinreichend. Die geplante Neuregelung kann die aktuellen Probleme nicht lösen und dürfte zudem den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht entsprechen. Andere Maßnahmen sind besser geeignet, die Zukunft des stationären Einzelhandels zu sichern und weiterzuentwickeln.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 17.05.2021	



Der Beauftragte  
der Evangelischen Kirchen bei Landtag  
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST  
11.05.2021 13:44

11850/2021

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen  
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22  
Fax: 0361 – 5 62 42 25  
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 11.05.21 Aktenzeichen 3.1.0.1.2

Stellungnahme Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/1726 – Zweites Gesetz zur  
Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung,

herzlich danke ich Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der  
CDU – Drucksache 7/1726 – Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes und  
der Beteiligung im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages.

Die mit dem Gesetzentwurf angestrebte weitere Lockerung der Regelungen zur Sonntagsöffnung wird  
von den Evangelischen Kirchen in Thüringen grundsätzlich abgelehnt. Der Sonntag ist für die  
Religionsausübung der wichtigste Tag der Woche. Aus unserer Sicht unterscheidet sich der Sonntag  
grundsätzlich von den Werktagen, da er nicht der Arbeit, sondern dem Gottesdienst, der Familie, der  
Erholung und auch dem gesellschaftlichen Engagement dient. Der Mensch benötigt diese erholsame  
Auszeit, diesen Wechsel von Arbeit und Ruhe, die Zeit für die Reflexion über das vollbrachte Werk.  
Jeder weitere Schritt hin zu einer Aushöhlung des arbeitsfreien Sonntags als kultureller Errungenschaft  
hätte direkte Folgen für das soziale Miteinander. Der familiäre und gesellschaftliche Zusammenhalt  
würde immer stärker gefährdet. Dieser wöchentliche gesellschaftliche Ruhepol darf nicht weiter für  
partikuläre Interessen geschmälert werden.

Der Gesetzentwurf schlägt für § 10 Abs. 1 des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes folgende Änderungen  
vor:

1. Für Ladenöffnungen an bis zu vier Sonn- und Feiertagen bedarf es keines besonderen Anlass  
mehr.
2. Der Zeitraum der Sonntagsöffnung könnte auch früher als 11 Uhr beginnen (bisherige  
Regelung), wobei die Hauptgottesdienstzeiten ausgenommen werden sollen.

Die Evangelischen Kirchen in Thüringen lehnen die vorgeschlagene Neufassung von § 10 Abs. 1 des  
ThürLadÖffG ab mit folgenden Gründen:

a) Grundsatz

Aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben zum Sonn- und Feiertagsschutz gilt ein grundsätzliches  
Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen sowie ein Verbot der Öffnung von Geschäften.

#### b) Zulässigkeit von Ausnahmen

Nach der Rechtsprechung des BVerfG kann es von diesem grundsätzlichen Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe unter Beachtung des Über- und Untermaßverbotes Ausnahmen nur im Interesse der Verwirklichung des Schutzzweckes von Art. 139 WRV selbst (Arbeit für den Sonntag) oder im Interesse des Schutzes anderer verfassungsrechtlich geschützter Güter (Arbeit trotz des Sonntags) geben. In der Entscheidung des BVerfG vom 1. Dezember 2009 heißt es ausdrücklich: „Grundsätzlich hat die typische ‚werktägliche Geschäftigkeit‘ an Sonn- und Feiertagen zu ruhen. Der verfassungsrechtlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz ist nur begrenzt einschränkbar. Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe sind zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich.“ (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009, 1 BvR 2857/07, Urt. v. 09. 06. 2004, 1 BvR 636/02)

In seinem Urteil vom 1. Dezember 2009 hat das BVerfG unter Beachtung der vorgenannten Grundsätze aufgezeigt, dass der Gesetzgeber bei Ausnahmen von der Regel (Sonn- und Feiertagsruhe) einen dem Sonntagschutz gerecht werdenden Sachgrund zugrunde legen muss. Dabei können rein wirtschaftliche Interessen oder ein alltägliches Einkaufsinteresse der Kunden eine solche Ausnahme nicht rechtfertigen. Daher genügen allein weder der Verweis auf Umsatzeinbußen während der Corona-Pandemie, die es aufzuholen oder zu kompensieren gelte, noch die Wettbewerbssituation mit dem Online-Handel, Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe zu begründen.

Weiterhin steigen die Anforderungen an die Begründung der Notwendigkeit für zusätzliche Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen, je weiter die sonstigen Öffnungsmöglichkeiten an den Werktagen sind. Da in Thüringen die allgemeinen Ladenöffnungszeiten von Montag-Freitag jeweils 24 Stunden sowie am Samstag 20 Stunden umfassen und damit Thüringen zu den Bundesländern gehört, in denen die Läden ohnehin die längsten Öffnungszeiten haben, sind die Anforderungen an ausnahmsweise Sonntagsöffnungen im Vergleich zurecht besonders hoch.

Maßgeblich ist mithin, dass jede Sonntagsöffnung eines konkreten Sachgrundes bedarf, der es in Anbetracht der hohen Bedeutung des Sonn- und Feiertagsschutzes und auch der werktäglichen Ladenöffnungszeiten rechtfertigt, die ausnahmsweise Öffnung der Geschäfte im konkreten Umfang zu gestatten. Dabei ist im Einzelfall zu prüfen, ob der erforderliche Sachgrund für eine konkrete Ladenöffnung gegeben ist und ob beide in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bestätigt werden diese verfassungsrechtlichen Vorgaben regelmäßig durch die Obergerichte, wie etwa das OVG Weimar in seinem Urteil vom 22. September 2016 (Az. 3N 182/16) oder das Bundesverwaltungsgericht zuletzt in seinen Entscheidungen vom 22. Juni 2020 (Az. 8 CN 1/19 und 8 CN 3/19)

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Entkopplung der Sonntagsöffnung vom Vorliegen eines hinreichenden Sachgrundes lässt die verfassungsrechtlichen Vorgaben außer Acht.

#### c) Mangelnde Plausibilität der Neuregelung

Auch der Verweis auf die Corona-Krise in der Begründung zum Gesetzentwurf lässt keinen anderen Schluss zu. Die Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind für Einzelhändler bestimmter Branchen dramatisch und beeinträchtigen ihre Möglichkeiten deutlich, Umsätze zu erzielen. Allerdings sind nicht alle Einzelhändler gleichermaßen von Umsatzausfällen betroffen, Lebensmittelhandel und Fahrradhandel etwa haben 2020 höhere Umsätze verzeichnet als im Vorjahr. Ladenöffnungen ohne besonderen Anlass können daher keinesfalls mit Verweis darauf gerechtfertigt werden, dass die Einzelhandelsbranche insgesamt unter wirtschaftlichem Druck steht.

Zudem wird in der Begründung darauf Bezug genommen, dass der Problemstau in Einzelhandel bereits vor Corona vorhanden war und die Pandemie nur eine von drei maßgeblichen Triebkräften (neben Strukturwandel und Digitalisierung) sei. Selbst wenn, was bezweifelt wird, die Sonntagsöffnungen einen positiven Effekt auf die Umsätze der Einzelhändler hätten und es nicht zu diesen Effekt kompensierenden Umsatzminderungen an anderen Tagen kommen sollte, kann nicht angenommen werden, dass eine Öffnung an vier zusätzlichen Tagen (neben den gut 250 Werktagen eines Jahres) den beschriebenen Problemstau auch nur ansatzweise lösen könnte.

Auch gegenwärtig ist die Öffnung an bis zu vier Sonn- und Feiertagen nach geltendem ThürLadÖffG möglich, allerdings unter Begründung des Sachgrunds der Öffnung. Die geplante Neuregelung zielt also rein auf die Abschaffung des Antragsaufwands, sie hat mithin eine wirtschaftliche Intention. Allerdings

können rein wirtschaftliche Interessen eine Ausnahme von der Sonn- und Feiertagsruhe nicht begründen (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009). Entsprechend kann es nicht gerechtfertigt sein, aus denselben wirtschaftlichen Interessen die Einzelfallprüfung zur Begründung der Ausnahme abzuschaffen. Angesichts der verfassungsrechtlichen Vorgaben aus dem Sonntagsschutz und der Vorteile, die sich der Einzelhandel und die Kommunen von den Sonn- und Feiertagsöffnungen versprechen, ist es keine unangemessene Belastung, wenn der Sachgrund für die jeweilige Ladenöffnung dargestellt und seine Angemessenheit geprüft werden müssen.

Zur Unterstützung der Antragstellung wurde bereits 2017 im zuständigen Ministerium ein Kriterienkatalog erstellt, in dem die Anforderungen an die Begründung des besonderen Anlasses präzise dargelegt sind und den Kommunen zur Verfügung gestellt. Zudem wurde eine Liste wiederkehrender Anlässe bei der Fachaufsicht angelegt, wodurch sich der Antragsaufwand in den jeweiligen Folgejahren deutlich reduziert hat. Die für die Verordnungen zur Sonntagsöffnung zuständigen Landkreise können im Ergebnis sachgemäß mit den Kriterien für Sachgründe umgehen.

#### d) Anfrage zur Begründung des Gesetzentwurfs

In der Begründung des geplanten Neuregelung wird dargestellt, dass „die Anzahl der gesetzlich vorgegebenen vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage ... in Summe nicht berührt“ würden.

Verfassungsrechtlich vorgegeben ist die Sonn- und Feiertagsruhe, also das Ruhen der typischen werktäglichen Geschäftigkeit (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009, I BvR 2857/07). Diese Regel kann nur durch Ausnahmen aufgehoben werden, wie sie in Bezug auf allgemeine Ladenöffnungen am Sonntag in § 14 LadSchlG geregelt sind: aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen.

Es sind also nicht vier verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gesetzlich vorgegeben, sondern lediglich als nicht zu überschreitendes Höchstmaß bestimmt. Durch die Begründung wird der fehlerhafte Eindruck erweckt, als wären vier verkaufsoffene Sonntage der Regelfall. Damit würde die Anzahl der tatsächlich stattfindenden verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage in einem Jahr erhöht und sehr wohl „berührt“.

#### e) Ablehnung der erweiterten Zeiträume für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen

Gegenüber dem bisher geltenden Recht würde die geplante Neuregelung den Zeitraum erweitern, innerhalb dessen Sonntagsöffnungen möglich wären. Geplant ist, dass die Sonntagsöffnungen auch früher als 11 Uhr (bisherige Regelung) beginnen können, wobei allerdings die Hauptgottesdienstzeiten ausgenommen werden sollen. Unsere Position ist: Während der Hauptgottesdienste dürfen keine Läden geöffnet sein. Um Missverständnisse bezüglich der Hauptgottesdienstzeiten zu vermeiden, halten wir eine klare Angabe des Zeitraums, in dem Sonntagsöffnungen möglich wären, für zielführender als die vorgeschlagene Neufassung. Wir sehen keinen Änderungsbedarf und betrachten die derzeit geltende Fassung als hinreichend.

Der Gesetzentwurf schlägt für § 12 Abs. 3 des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes folgende Änderungen vor:

1. Arbeitnehmende in Verkaufsstellen sollen auf eigenen Antrag einen weiteren Samstag über die derzeit erlaubten zwei bzw. drei (bei Kalendermonaten mit fünf Samstagen) Samstage pro Kalendermonat hinaus arbeiten dürfen.

Das ThürLadÖffG schützt die Beschäftigten in Verkaufsstellen im Freistaat in besonderem Maße, indem es ihnen an mindestens zwei Samstagen die Arbeit untersagt. Damit dürfen sie an diesen Tagen nicht von ihren Arbeitgebern zur Tätigkeit eingesetzt werden. Diese Regelung hat sich, wie in der Begründung des Gesetzentwurfs ausgeführt, „alles in allem bewährt“.

Der Anspruch auf zwei arbeitsfreie Samstage ist für die Beschäftigten eine der wichtigsten Regelungen im Thüringer Ladenöffnungsgesetz. Denn für die Familien der Beschäftigten gibt es, wenn diese am Wochenende arbeiten müssen, keinen adäquaten Ersatz für das „verlorene“ Wochenende. Daher ist das Recht, sich an zwei Wochenenden ausschließlich um die Familie kümmern zu können, eine überaus wichtige Regelung für die Beschäftigten im Einzelhandel.

Die Evangelischen Kirchen in Thüringen lehnen die vorgeschlagene Änderung von § 12 Abs. 3 des ThürLadÖffG aus den folgenden Gründen ab:

a, Entgrenzung der Arbeitszeit

Für eine theologische Anthropologie ist der Mensch ein Wesen, das konstitutiv vom Wechsel aus Arbeit und Ruhe lebt. Für eine *christliche* Anthropologie bedeutsam ist zudem, dass der Sonntag nach antiker Zählung der *erste* Tag der neuen Woche ist. Für ein christliches Menschenbild ist der Rhythmus also „*erst* ein Tag Ruhe – *dann* sechs Tage Arbeit“. Die biblische Begründung dazu liefert der Dekalog, die Schöpfungserzählung der Genesis und die Berichte von der Auferstehung Jesu am ersten Tag der Woche, dem Sonntag.

Auf religiöser Überlieferung beruhende Zeit-Rhythmen schützen den Menschen davor, vollständig einer ökonomischen Verwertungslogik ausgeliefert zu werden. Die digitalisierte Beschleunigungs-Gesellschaft übt großen Druck aus in Richtung einer immer stärkeren Verflüssigung der Grenzen von kollektiven Ruhe- und Arbeitszeiten. Die möglichst umfassende – räumliche und zeitliche – Erreichbarkeit von Menschen, Waren und Dienstleistungen wäre das Ende einer menschlichen Gesellschaft.

Auch wenn der Änderungsvorschlag des Gesetzes-Entwurfes den Sonntags-Schutz nicht generell abschaffen möchte, sehen wir in diesem Vorschlag einen weiteren Schritt in Richtung solch einer Verflüssigung der Grenzen von Ruhe und Arbeit und lehnen ihn deshalb ab.

b) Besondere Belastung der Beschäftigten

Gerade in der Corona-Pandemie sind die Beschäftigten großen Belastungen ausgesetzt. In manchen Branchen müssen sie nicht nur zeitweise höhere Kundenzahlen bewältigen, sondern sich auch um die Durchsetzung von Hygiene- und Abstandsregeln kümmern. Die grundsätzlich bereits hohen physischen und psychischen Belastungen wurden im vergangenen Jahr durch die Schutz- und Hygienemaßnahmen nochmals erhöht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es zweifelhaft, ob die weitere Reduzierung der Ruhepole am Wochenende ein gutes und sinnvolles Signal ist.

c) Machtverhältnisse im Unternehmen

Die Neuregelung ermöglicht ein Aufweichen der Regelung von zwei arbeitsfreien Samstagen im Monat, indem Arbeitnehmer auf eigenen Antrag einen weiteren Samstag im Kalendermonat arbeiten können. Es ist zweifelhaft, ob dieser Vorschlag ein praxisnahes Bild von den Unternehmensverhältnissen zeichnet oder ob sich die Beschäftigten nicht vielmehr einer Erwartungshaltung der Unternehmensleitung ausgesetzt sehen oder gar zur Antragstellung gedrängt werden. Das ggf. in einigen wenigen Branchen aufgrund provisionsbasierter Entlohnung bestehende Interesse einzelner Beschäftigter wiegt diesen Nachteil für die Beschäftigten aller Branchen nicht auf. Insgesamt wird der Arbeitnehmerschutz hierdurch ungeachtet der vermeintlichen Freiwilligkeit abgesenkt. Dies ist aus der Perspektive des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht wünschenswert.

*Fazit*

Dass der Einzelhandel in den Innenstädten – gerade nach mehr als einem Jahr Corona-Beschränkungen – Probleme hat, ist unbestritten. Auch die Evangelischen Kirchen in Thüringen teilen das Interesse an lebendigen und lebenswerten Innenstädten mit vielfältigem Angebot. Die geplante Neuregelung kann diese Probleme nicht lösen und dürfte zudem den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht entsprechend. Andere Maßnahmen, etwa die Erhöhung der Erlebnisqualität, Fokus auf persönliche Beratung und die Konzentration auf innerstädtische Lagen, dürften besser geeignet sein, die Zukunft des stationären Einzelhandels zu sichern und weiterzuentwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -													
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Verband der Wirtschaft Thüringens</td> <td style="border: none;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Lossiusstraße</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">1</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Wirtschaft Thüringens	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Lossiusstraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	Verband der Wirtschaft Thüringens	e. V.											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Lossiusstraße											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	1											
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt												
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>													
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Erweiterte Öffnungszeiten für den Handel böten die Chance, die Belastungen durch die Maßnahmen der vergangenen Monate in umsatzstarken Zeiten teilweise wieder auszugleichen. Die Begrenzungen auch in der Neufassung des Gesetzes scheinen uns zu streng. Dem Gedanken, dass Einkaufen zunehmend Freizeitcharakter bekommt, könnte noch stärker Rechnung getragen werden. Auch bei erweiterten Öffnungszeiten bleiben die Interessen der Beschäftigten gewahrt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 12.05.2021	

**Stellungnahme  
zu dem Beratungsgegenstand  
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 7/1726**

**Der durch die Pandemiebekämpfung belastete stationäre Handel hat derzeit die Chance auf Erholung - wenn der politische Rahmen für die Selbstorganisation richtig gesetzt wird.**

Der in der Entwurfsbegründung vom September 2020 angesprochene "dreifache Tsunami" wurde durch die verschiedenen Beschränkungen seit November 2020 weiter verstärkt. Dennoch gibt es die realistische Chance auf eine dreifache Gegenbewegung: die beginnende warme Jahreszeit in Verbindung mit erhofften Lockerungen und einer hohen Sparquote (rund 16 Prozent in 2020, der höchste Stand seit der Wiedervereinigung). Das angesparte Geld wird voraussichtlich vor allem im stationären Handel in hochwertige und langlebige Konsumgüter investiert werden. Diese werden aber in der Regel vor allem an den Wochenenden und nach intensiver persönlicher Beratung verkauft.

**Wir begrüßen daher die Planungen zur Samstagsarbeit, die aus unserer Sicht aber deutlich weiter gehen sollten.**

Denn angesichts der langen Phase von Beschränkungen bis hin zur vollständigen Schließung dürfte im Handel kein Potenzial für Personalaufbau vorhanden sein. Gleichzeitig böte eine weitergehende Lockerung der Samstagsarbeit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gelegenheit, wenigstens einen Teil der Einbußen durch eigene Arbeit zu kompensieren. Deswegen sollten hier auch weitere Möglichkeiten zur Samstagsarbeit geboten werden. So überhaupt ein Antrag nötig ist, muss bei der Ausgestaltung darauf geachtet werden, dass er möglichst einfach von den Tarifpartnern gestaltet werden kann.

**Wir schließen uns auch in der Begründung benannten Einschätzung an, dass verkaufsoffene Sonn- und Feiertage regional geprägt sind und daher auch im Ermessen der Akteure vor Ort liegen sollten.**

Wir weisen aber auch hier darauf hin, dass uns die Begrenzung auf nur vier Sonntage im Jahr zu streng und eher willkürlich erscheint. Angesichts des Trends, Einkauf als Freizeiterlebnis zu gestalten, ist diese Begrenzung nicht zeitgemäß.

**Den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird aus unserer Sicht durch die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen (Stichwort: wöchentliche Höchstarbeitszeit) bereits ausreichend Rechnung getragen.**

**Im Übrigen bitten wir, der Stellungnahme des Thüringer Handelsverbandes besondere Beachtung zu schenken.**

Erfurt, den 10.05.2021



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

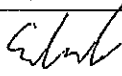
*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  - Drucksach7/1726 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
<b>3.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunalen Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine Vereinfachung und Flexibilisierung des Verfahrens für die Zulassung von Sonntagsöffnungen wird befürwortet.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
 12.5.27	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
<b>1</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesfrauenrat Thüringen e.V.</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstraße 19, 99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesfrauenrat Thüringen e.V.	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19, 99084 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Landesfrauenrat Thüringen e.V.	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19, 99084 Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse          (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Förderung von Chancengleichheit für Frauen	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Arbeit an Sonn- und Feiertagen sollte freiwillig sein. Die Arbeit an mehr als 2 bzw. 3 Sonntagen im Monat muss freiwillig sein und "freiwilligem Zwang" muss vorgebeugt werden.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Weimar, 12.05.2021	



## Stellungnahme des Landesfrauenrates Thüringen e.V. zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zu dem o.g. Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen, dass die Anzahl der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage nicht erhöht wird. Zur Erholung und der gemeinsamen Freizeitgestaltung von Familien und Freunden hat der Sonntag für viele Personen eine wichtige Stellung. Besonders für die Personen, für die Samstag bereits ein normaler Arbeitstag ist, ist der freie Sonntag von großer Bedeutung:

Die Änderungen, dass Arbeitnehmer:innen an mehr als zwei bzw. drei Samstagen arbeiten dürfen, kann für Arbeitnehmer:innen und die Vereinbarkeit von Familie oder Studium und Beruf vorteilhaft sein. Allerdings besteht die Gefahr, dass es zu einer Art „freiwilligen Zwang“ oder „Erpressungsversuchen“ durch die Arbeitgeber:innen kommt. Hierfür wünschen wir uns geeignete vorbeugende Maßnahmen oder Beschwerdestellen.

Nach § 28 des Thüringer Gleichstellungsgesetz ist eine geschlechtsneutrale Form zu verwenden, nicht das generische Maskulinum (§ 12 (3) „Arbeitnehmer“, „Arbeitgeber“).

Erfurt, 12.05.2021

Vorsitzende

Geschäftsführerin

Blank lines for signature and stamp.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, darin weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Liberaler Mittelstand Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Liebkechtstraße 16a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Liberaler Mittelstand Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebkechtstraße 16a	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
Liberaler Mittelstand Thüringen	Eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebkechtstraße 16a										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung Mittelstand	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Abschaffung des Gesetzes	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 12.05.2021	

**Landesgeschäftsstelle**  
Liebknechtstraße 16a  
99085 Erfurt  
0361 3455919

**Thüringer Landtag**  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung

[www.liberaler-mittelstand.com](http://www.liberaler-mittelstand.com)

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**7/1196**  
zu Drs. 7/1726

12.05.2021

Betrifft: Stellungnahme des Liberalen Mittelstandes zum Thüringer Ladenöffnungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns als Liberaler Mittelstand Thüringen e.V. die Gelegenheit geben zum vorliegenden Gesetzentwurf eine Stellungnahme abzugeben.

In Reaktion auf Ihren Schriftsatz „Drs. 7/1726“ erhalten Sie folgende Informationen:

Ich wähle für dieser Anhörung die digitale Form und bitte Sie, mir die Logindaten mitzuteilen, die mir eine Teilnahme über ein Videokonferenzsystem ermöglichen.

Hier nun die Stellungnahme des Liberalen Mittelstandes Thüringen e.V.:

**Der Liberale Mittelstand Thüringen fordert eine ersatzlose Streichung des Gesetzes.**

**Begründung:**

In der digitalisierten Welt, in der rund um die Uhr an 364 Tagen im Jahre online gehandelt wird, darf man den analogen Geschäften keine zeitlichen Zusatzregeln aufbürden. Im Gegenteil, gerade die Möglichkeit zur Öffnung zu Stoß- oder das Finden von Nischenzeiten sind für die Händler eine große Chance im Wettbewerb mit dem Onlinehandel. Der Verkauf vor Ort geht weg von einer reinen Warenbeschaffung hin zu einem Erlebnis mit persönlicher Betreuung und guter Beratung. Und das wird in der Regel nicht montags 10 Uhr, sondern am Abend oder am Wochenende stattfinden.

Zudem teilen wir nicht das verquere Menschenbild, dass Verkäufer nicht gerne arbeiten und nur ausgebeutet werden. Viele Einzelhändler arbeiten mit wenigen gewerblich Beschäftigten in Teilzeit oder auf Minijobbasis. Und gerade diese Personengruppen, Studenten, Ledige oder Menschen mit einem anderen Teilzeitjob, sowie auch Verkäufer, die auf Provisionsbasis bezahlt werden, wollen auch am Wochenende oder am Abend arbeiten und sollten dies auch können.

In Deutschland gibt es ein Arbeitszeitgesetz, welches alles zum Thema „Arbeitszeit“ umfassend regelt und an das sich alle Branchen halten müssen. Vor dem Hintergrund des

Gleichheitsgrundsatzes ist nicht nachzuvollziehen, warum bestimmte Branchen per Gesetz besonders bevorzugt/benachteiligt werden sollen.

Geschäfte unterliegen bereits einer großen Zahl Auflagen aus Bundes-, Landes- und Kommunalgesetzen, sei es der Lärmschutz, unnötiger Bürokratie, wie die Arbeitszeitzachweise, und viele anderer Beschränkungen vor Ort.

Das Ladenöffnungsgesetz ist dabei die unnötigste Beschränkung, ein Relikt aus der Zeit vor der Digitalisierung und Globalisierung und gehört deshalb abgeschafft.

Soweit die Stellungnahme des Liberalen Mittelstandes Thüringen e.V..

Im Namen des Liberalen Mittelstandes bedanke ich mich für Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender Liberaler Mittelstand Thüringen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, - Drucksache 7/1726 -											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer <b>Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen</b> (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gaswerkstraße 23</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07456 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera	Körperschaft des öffentlichen Rechts			Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gaswerkstraße 23	Postleitzahl, Ort	07456 Gera
	Name	Organisationsform									
	Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gaswerkstraße 23									
Postleitzahl, Ort	07456 Gera										
<b>2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td>----</td> <td>----</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname	----	----	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	----	----									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	- unabhängige wirtschaftspolitische Interessenvertretung der IHK-Mitgliedsunternehmen in der Region, in Thüringen, auf Bundes- und EU-Ebene - Durchführung hoheitlicher, vom Staat übertragener Aufgaben in Eigenverantwortung - wirtschaftsorientierte Dienstleistungen im Interesse der IHK-Mitgliedsunternehmen	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern begrüßt grundsätzlich die im Gesetzesentwurf vorgesehene Änderung, das Erfordernis eines besonderen Anlasses zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus dem Gesetzestext des ThürLadÖffG zu streichen. Änderungsbedarf besteht allerdings weiter bei den Voraussetzungen zur Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Advent.  Das Vorhaben, Beschäftigten im Einzelhandel die Möglichkeit einzuräumen, auf eigenen Wunsch einen weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten, ist ein Schritt hin zu mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Gleichwohl bliebe im Grundsatz die Überregulierung der Branche bestehen. Die Möglichkeit des Erlasses einer Verordnung für Ausnahmen vom Samstagsarbeitsverbot sollte zudem auf jeden Fall erhalten bleiben.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>   	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>  	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="checked" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera 11.07.2011	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer  
Industrie- und Handelskammern

Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera | Postfach 3062 | 07490 Gera

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
14.05.2021 09:35

12.107/2021

Unser Zeichen: ad

Gera, 10. Mai 2021

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer  
Ladenöffnungsgesetzes  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
- Drucksache 7/1726 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) und die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

Der Gesetzentwurf besteht aus zwei Teilen:

1. die Änderung des § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG insbesondere dahingehend, dass der Verweis auf den „besonderen Anlass“ als Voraussetzung für die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage nicht mehr im Gesetzestext enthalten ist,
2. die Änderung des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG insbesondere dahingehend, dass den Beschäftigten in Verkaufsstellen die Möglichkeit eingeräumt wird, auf eigenen Wunsch an einem weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten,

zu denen die Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern (LAG) wie folgt Stellung nimmt.

Der stationäre Einzelhandel in unseren Städten und Gemeinden steht mit voranschreitender Digitalisierung und damit verbundenen verändertem Kaufverhalten unter massivem Wettbewerbsdruck. Die Corona-Krise hat diese Situation nochmals deutlich verschärft. Seit Ausbruch der Pandemie in Deutschland ist die Branche mit besonderen, in vielen Fällen existenzbedrohenden Herausforderungen konfrontiert. Die inzwischen seit Monaten andauernden Geschäftsschließungen per Verordnung gefährden den Fortbestand von immer mehr Unternehmen. Im Wirkungszusammenhang mit dem „Shutdown“ im Gastgewerbe, Veranstaltungsverbieten und Kontaktbeschränkungen drohen ganze Innenstädte zu veröden. Den stationären Einzelhandel durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, ist aus Sicht der LAG gerade jetzt und mit Blick auf die Zeit nach der Pandemie unerlässlich.



1. Ein Element hierbei sind **verkaufsoffene Sonn- und Feiertage**. Für den stationären Einzelhandel wie auch für die Kommunen sind diese zusätzlichen Ladenöffnungen wichtige Marketing- und Profilierungsinstrumente. Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage stärken den Erlebniswert der Stadtzentren und leisten einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Attraktivität unserer Innenstädte. Für viele Händler sind verkaufsoffene Sonn- und Feiertage besonders umsatzstarke Tage. Gerade die kaufkräftige Kundschaft nutzt die zusätzlichen Öffnungszeiten gerne für ihre Einkäufe im stationären Handel.

Bereits vor der Corona-Pandemie war die rechtssichere Beantragung und Durchführung von verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen jedoch durch die restriktive Gesetzgebung und die Rechtsprechung, welche die Voraussetzungen für die Sonn- und Feiertagsöffnung immer weiter verschärft hat und die Antragstellungen komplexer werden lässt, mit großen Schwierigkeiten und hohen bürokratischen Hürden für die Antragsteller verbunden.

Nun sind aufgrund des Infektionsschutzes nahezu alle Veranstaltungsformate, die als besonderer Anlass für verkaufsoffene Sonn- und Feiertage nötig wären, auf absehbare Zeit nicht umsetzbar.

Die LAG begrüßt daher die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung, das Erfordernis eines besonderen Anlasses zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus dem Gesetzestext des ThürLadÖffG zu streichen.

Die LAG fordert seit geraumer Zeit, die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage einfacher, unbürokratisch und rechtssicher zu handhaben. Die festgelegte Anzahl von höchstens vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen pro Jahr und pro Kommune wird dabei als grundsätzlich angemessen und ausreichend angesehen.

Um Alternativen zu dem gegenwärtigen Thüringer Modell der Sonntagsöffnung auszuloten, hat die LAG im Jahr 2017 ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben (siehe Anlage 1). Der Verfasser, Prof. Dr. Johannes Dietlein, kommt zu dem Ergebnis, dass die Freigabe von Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen zwar einer Rechtfertigung durch hinreichende Sachgründe bedürfe. Als Rechtfertigung seien jedoch nicht nur besondere Anlässe wie etablierte Feste, Märkte oder ähnliche Veranstaltungen denkbar. Auch zahlreiche weitere Aspekte kämen hierfür in Betracht – darunter die Vermeidung von Leerständen oder von „trading-down“-Effekten, die Wahrung der Funktionsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche, die Steigerung der überörtlichen Sichtbarkeit und die Eigenpräsentation der Kommunen sowie beschäftigungspolitische Ziele der Erhaltung wettbewerbsfähiger stationärer Verkaufsstellen. Der Gesetzgeber hat also in dieser Frage durchaus Gestaltungsspielräume, die es im Sinne der Unternehmen und Innenstädte zu nutzen gilt.

Die LAG hat zudem wiederholt angeregt, die Voraussetzungen zur Freigabe verkaufsoffener Adventssonntage zu lockern. Die derzeitige Bestimmung in § 10 Abs. 2 ThürLadÖffG erlaubt Ladenöffnungen an nur einem Sonntag im Advent – wahlweise des ersten oder zweiten Adventssonntags. Dadurch entstehen insbesondere für Thüringer Einzelhändler in den Grenzregionen Wettbewerbsnachteile gegenüber der

Konkurrenz in den benachbarten Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, wo die Bestimmungen für die Freigabe verkaufsoffene Adventssonntage weniger streng sind. Im Ergebnis geht gerade in der für den Einzelhandel wichtigen Adventszeit Kaufkraft für die Region verloren. Leider adressiert der Gesetzentwurf diese Unzulänglichkeit nicht.

2. Erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Marktteilnehmern aus den angrenzenden Bundesländern und dem stetig wachsenden Internethandel entstehen den Thüringer Einzelhandelsunternehmen nicht zuletzt durch die **Regelung zum Besonderen Arbeitnehmerschutz** in § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG. Danach dürfen Arbeitnehmer in Verkaufsstellen mindestens an zwei Samstagen in jedem Monat nicht beschäftigt werden. Diese Einschränkung der Samstagsarbeit ist bundesweit einmalig.

Die Konsequenzen sind weitreichend: Gerade an den frequenz- und umsatzstarken Samstagen sind viele Thüringer Händler mit einem massiven Personalengpass konfrontiert. Entsprechend ist die Personal- und Arbeitszeitplanung mit deutlich höherem Aufwand verbunden. Vor allem bei kurzfristigen Mitarbeiterausfällen ist es kaum möglich, Personal für den Samstagseinsatz zu finden. Insbesondere bei beratungsintensiven Sortimenten, wie im Elektronik-, Möbel- und Modebereich, erwarten die Kunden jedoch ein hohes Serviceniveau. Dieses kann an den Samstagen mit den verfügbaren Mitarbeitern jedoch nicht immer oder nur schwer gewährleistet werden. Unternehmen berichten, dass bei krankheitsbedingten Ausfällen und während der Urlaubszeit sogar einzelne Abteilungen unbesetzt bleiben müssen. Das hat zur Folge, dass der große Wettbewerbsvorteil des stationären Einzelhandels, die individuelle Kundenberatung, an Qualität verliert.

Die Thüringer Samstagsregelung bedeutet nicht nur eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit, auch für die Beschäftigten im Einzelhandel geht die Vorschrift mit einer erheblichen Beschränkung der persönlichen Freiheit bei der gemeinsamen Gestaltung der Arbeitszeit mit dem Arbeitgeber einher. Die fehlende Flexibilität steht zudem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weg: Unternehmer wie auch Mitarbeiter berichten, dass Beschäftigte durchaus an Samstagen arbeiten wollen, um in der Woche freie Tage für die Familie zu haben. Auch Aushilfen werden durch die Vorschrift eingeschränkt, darunter viele Studierende, die vorrangig nur samstags - jedoch nur eingeschränkt in der fachlichen Kundenberatung - arbeiten können und für die Minijobs eine wichtige Finanzierungsquelle des Studiums sind. Gleichzeitig verlieren nicht nur die Unternehmen wichtige Umsätze, sondern damit auch die Beschäftigten umsatzorientierte Leistungsprämien.

Die LAG hat sich wiederholt für die Rücknahme der restriktiven Regelung zur Samstagsarbeit im ThürLadÖffG ausgesprochen. Den Unternehmern und Beschäftigten im Einzelhandel möge ein Wahlrecht zugestanden werden, ob am Samstag gearbeitet oder die Freizeit gestaltet wird und in welchem Umfang. Hierfür hat die IHK Südthüringen einen Verordnungsentwurf zur Regelung von Ausnahmen bei der Einschränkung von Samstagsarbeit vorgelegt (siehe Anlage 2).

Das Vorhaben der CDU-Fraktion, Beschäftigten im Einzelhandel die Möglichkeit einzuräumen, auf eigenen Wunsch einen weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten, ist ein Schritt hin zu mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und insoweit zu



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer  
Industrie- und Handelskammern

begrüßen. Gleichwohl bliebe im Grundsatz die Überregulierung einer einzelnen Branche weiterbestehen. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht zudem die Möglichkeit des Erlasses einer Verordnung für Ausnahmen vom Samstagsarbeitsverbot nicht vor. Diese Möglichkeit, die derzeit in § 12 Abs. 3 S. 2 ThürLadÖffG geregelt ist, sollte jedoch auf jeden Fall erhalten bleiben.

Wir bitten um Beachtung der Stellungnahme und stehen für diesbezügliche Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer  
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern

#### **Anlagen**

- 1) Rechtsgutachten „Gesetzgeberische Spielräume bei der Regelung von Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen“
- 2) Entwurf einer Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz



Industrie- und Handelskammer  
Südthüringen

# IHK-STANDPUNKT

---

## **Entwurf einer Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungs- gesetz**

(Stand: Juni 2020)

## Update Juni 2020

*Der folgende Entwurfsvorschlag wurde vor der Coronapandemie und der folgenden Wirtschaftskrise erstellt. Die im Entwurf enthaltenen Anpassungen erfahren durch die aktuellen Herausforderungen im Thüringer Einzelhandel und den damit einhergehenden Problemlagen in den Thüringer Innenstädten eine neue Dynamik.*

*Vor allem im Kontext der Nachholung von Umsätzen, der Ermöglichung von Kinderbetreuung an Schul-/Kitatagen und der Wiederbelebung der Innenstädte ist schnelles Handeln auf politischer Ebene gefordert!*

### Wer wir sind:

Die Industrie- und Handelskammer Südthüringen ist Interessenvertreter von rund 29.000 Mitgliedsunternehmen der Landkreise Hildburghausen, Ilm-Kreis, Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg und der kreisfreien Stadt Suhl. Wir nehmen als eigenverantwortliche öffentlich-rechtliche Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung das Gesamtinteresse der zugehörigen Unternehmen gegenüber Kommunen, Landesregierungen sowie Politik und Öffentlichkeit wahr. Die IHK ist eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir auf demokratischem Weg zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei. Unser Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

### Legitimation des vorliegenden Entwurfsvorschlags:

In den Wirtschaftspolitischen Grundpositionen der IHK Südthüringen, deren Basis ein breiter demokratischer Meinungsbildungsprozess ist, hat die Südthüringer Wirtschaft für eine Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Position bezogen. Der Vorliegende Verordnungsentwurf wurde auf Initiative des IHK-Handelsausschusses, der als beratendes Gremium die Organe der IHK Südthüringen berät, erarbeitet und soll zukünftig die Grundlage für die politische Diskussion bilden.

Die Vollversammlung der IHK Südthüringen hat am 11. März 2020 die Wirtschaftspolitischen Grundpositionen für das Jahr 2020 beschlossen. Zuvor hatten sich mehr als 200 Unternehmerinnen und Unternehmer der Regional- und Fachausschüsse unserer IHK an der Diskussion beteiligt. Diese breite Meinungsbildungsprozess zur wirtschaftspolitischen Positionierung ist im Kammerbezirk der IHK Südthüringen seit vielen Jahren fest etabliert.

Der Handelsausschuss der IHK Südthüringen hat sich am 22.03.2018 entschlossen, einen gemeinsamen Vorschlag für eine Ausnahmeverordnung zu § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG zu erarbeiten. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ausschusses gebildet. Die Arbeitsgruppe trat am 02.05.2018 zusammen, der Verordnungsentwurf wurde dann in mehreren Umläufen durch die Mitglieder des Handelsausschusses ergänzt und überarbeitet. Der vorliegende Entwurf wurde durch 14 der insgesamt 17 Ausschussmitglieder bei keiner Gegenstimme gebilligt.

## HINTERGRUND – Regelungsbedarf:

Mit der Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) vom 21. Dezember 2011 dürfen Beschäftigte in Thüringer Verkaufsstellen an zwei Samstagen im Monat nicht beschäftigt werden (§ 12 Abs. 3 ThürLadÖffG). Diese Regelung zum besonderen Arbeitnehmerschutz ist bundesweit einmalig und geht über die übliche Praxis nach § 17 Ladenschlussgesetz (LadSchlG) hinaus, wonach Arbeitnehmer verlangen können, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden. Bei der Regelung in Thüringen handelt es sich nicht um eine Sicherung eines Anrechts auf zwei freie Samstage in Analogie zum Bundesgesetz, sondern um ein absolutes Arbeitsverbot. So ist eine häufigere Beschäftigung von Arbeitnehmern an Samstagen selbst mit deren ausdrücklicher Zustimmung ausgeschlossen. Das zuständige Landesministerium hat klargestellt, dass die Norm der Verwaltung weder einen Ermessens- noch einen Beurteilungsspielraum einräumt. Der § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG normiert ein unmittelbar geltendes Beschäftigungsverbot ohne jeden Auslegungsspielraum, da eine Rechtsverordnung mit Ausnahmeregelungen für bestimmte Personengruppen sowie in Einzelfällen nach § 12 Abs. 3 Satz 2 bisher nicht erlassen wurde.

Bereits in 2012 wurde ein entsprechender Entwurf einer „Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz“ (Vorlage 5/2668) durch das TMSFG vorgelegt und mehrfach im zuständigen Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit des Thüringer Landtags beraten. Letztlich wurde im Dezember 2012 der Verordnungsentwurf durch die damals für Arbeitsschutz zuständige Ministerin Heike Taubert zurückgezogen, auch um das Ergebnis im Verfahren der Verfassungsbeschwerde abzuwarten. Nach Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde im Januar 2015 wurde durch das zuständige Ministerium kein neuer Entwurf einer Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 3 Satz 2 erarbeitet.

Am 29. Dezember 2015 wurde dem Landtag ein Bericht über die Auswirkungen des ThürLadÖffG vorgelegt. Im Fazit des Gutachtens heißt es *„der Gesetzgeber kann durch eine Novellierung des ThürLadÖffG im Bericht erwähnte Unstimmigkeiten oder beschriebene Problemlagen ausgleichen“*. Trotz der dargestellten Unstimmigkeiten und Problemlagen hat der Landesgesetzgeber bisher stets die Novellierung des ThürLadÖffG abgelehnt.

## PRÄAMBEL

Für die Unternehmen des stationären Einzelhandels in Thüringen ist die Regelung nach § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG mit enormen Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung verbunden. Für den stationären Handel ist der Samstag oft der frequenz- und umsatzstärkste Tag der Woche. In einigen Betrieben entfallen mehr als 25 % des Wochenumsatzes allein auf den Samstag. Damit einhergehend ist der Samstag auch für die Mitarbeiter der beratungs- und arbeitsintensivste Tag der Woche. Die Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes hat dazu geführt, dass am wichtigsten Verkaufstag, die Einsatzmöglichkeiten des Personals drastisch reduziert wurden. In Monaten mit nur 4 Samstagen bedeutet dies konkret, dass an jedem Samstag maximal 50 % der Belegschaft verfügbar ist und somit zu wenige Mitarbeiter eingesetzt werden können. Die Folge ist, dass die „verbliebenen“ Beschäftigten eine deutlich höhere Arbeitsbelastung verkraften müssen und die Beratungsqualität und -intensität für die Kunden sinkt.

Weiterhin ist durch diese Neureglung die Personal- und Dienstplanung, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer wesentlich komplizierter und unflexibler geworden. So lassen sich zum Beispiel Mitarbeiterwünsche zu freien Tagen oder längerem Urlaub kaum mehr umsetzen. Ebenso können krankheitsbedingte Dienstaussfälle mit dem verfügbaren Personal nicht adäquat abgefangen werden. Auch Wünschen von Mitarbeitern, die samstags gern öfter arbeiten möchten, weil beispielsweise eine Kinderbetreuung gesichert wäre, kann nicht mehr entsprochen werden. Dies führt seitens der Beschäftigten zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem Arbeitgeber sowie den Arbeitsbedingungen und verschärft letztlich die Personalsituation in den Unternehmen.

Um den Arbeitskräftebedarf an Samstagen überhaupt abdecken zu können, waren Unternehmen als Reaktion gezwungen, den Anteil geringfügig Beschäftigter und Teilzeitkräfte zu erhöhen. Teilweise mussten sogar reguläre Vollzeit- in Teilzeitverträge umgewandelt werden. Dennoch steht den Unternehmen trotz der Anpassungsmaßnahmen an den wichtigen Samstagen zu wenig Personal zur Verfügung, wohingegen wochentags ein Personalüberhang besteht.

Der stationäre Einzelhandel sieht sich großen Herausforderungen gegenüber, so dass weitere Belastungen wie durch das Ladenöffnungsgesetz, den Handelsstandort Thüringen zusätzlich schwächen. Die Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz in hohem Maße bewusst. Sie sind auf qualifizierte und motivierte Fachkräfte angewiesen.

Mit dem vorliegenden Entwurf für eine Ausnahmereverordnung zu § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG sollen Möglichkeiten zur begründeten Ausnahme vom absoluten Arbeitsverbot an zwei Samstagen im Monat legalisiert werden. Die Ausnahmereverordnung soll wirtschaftsverträglich, von allen politischen Parteien lösungsorientiert und im Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten diskutiert und umgesetzt werden.

Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Südthüringen zum

**Entwurf einer  
Thüringer Verordnung  
zur Regelung von Ausnahmen  
zur Einschränkung von Samstagsarbeit  
nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz**

**§ 1**

**Ausnahmen für Personengruppen**

- (1) Geringfügig entlohnte Beschäftigte, kurzfristig Beschäftigte und Werksstudenten in Verkaufsstellen sind von der Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen.
- (2) Personen der nach Abs. 1 bezeichneten Personengruppen können verlangen, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

**§ 2**

**Ausnahmen für krankheitsbedingte Vertretungen**

- (1) Für den Fall eines krankheitsbedingten Arbeitsausfalls von Beschäftigten in Verkaufsstellen können Arbeitnehmer von der Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden, sofern sie den erkrankten Mitarbeiter direkt vertreten.
- (2) Der Arbeitgeber hat die Vertretungsregelung nach Abs. 1 im Arbeitszeitznachweis kenntlich zu machen und den für die Überwachung der Arbeitsschutzbestimmung zuständigen Behörden auf Verlangen durch entsprechende Nachweise zu belegen.
- (3) Beschäftigte können verlangen, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

**§ 3**

**Ausnahmen für freiwillige Beschäftigung  
bei besonderem Freizeitausgleich**

- (1) Beschäftigte können auf eigenen Wunsch von den Normen des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden, sofern ihnen ein besonderer Freizeitausgleich nach § 5 gewährt wird.



**§ 4****Ausnahme für Saisonverkauf**

- (1) In Verkaufsstellen mit deutlichen saisonalen Umsatzausprägungen können Arbeitnehmer in den drei umsatzstärksten Kalendermonaten von den Normen des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden.
- (2) Die Kalendermonate werden von den Verkaufsstelleninhabern festgelegt und sind den für die Überwachung der Arbeitsschutzbestimmung zuständigen Behörden spätestens zwei Wochen im Voraus anzuzeigen und auf Verlangen durch entsprechende Nachweise zu belegen. Widersprechen die Behörden nicht spätestens eine Woche nach dem Eingang der Anzeige, darf die Ausnahmeregelung angewandt werden.
- (3) Beschäftigte können auch im umsatzstärksten Kalendermonat verlangen, an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

**§ 5****besonderer Freizeitausgleich**

- (1) Beschäftigte, die aufgrund von Ausnahmeregelungen nach den §§ 2, 3 und 4 weniger als zwei Samstage im Kalendermonat von der Beschäftigung freigestellt sind, haben Anspruch auf einen angemessenen Freizeitausgleich. Für über die Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG hinaus geleistete Beschäftigung an Samstagen ist ein freier Tag unmittelbar vor oder nach einem beschäftigungsfreien Samstag, Sonntag oder Feiertag zu gewähren. Der Freizeitausgleich muss spätestens zum Folgemonat erfolgen.

# **Gesetzgeberische Spielräume bei der Regelung von Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen**

Gutachterliche Stellungnahme unter Berücksichtigung der  
Verfassungsvorgaben des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV

im Auftrage von

IHK NRW e.V. – in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft  
Hessischer IHKs, IHK Niedersachsen (IHKN), IHK-Arbeitsgemein-  
schaft Rheinland-Pfalz, IHK Schleswig-Holstein, Landesarbeitsge-  
meinschaft der IHKs in Sachsen, Landesarbeitsgemeinschaft der  
IHKs in Sachsen-Anhalt sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der  
Thüringer IHKs

von

**Univ.-Prof. Dr. iur. Johannes Dietlein**

Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre  
Direktor des Zentrums für Informationsrecht  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Juli 2017

## **Gliederung**

<b>I. Ausgangslage .....</b>	<b>2</b>
<b>II. Dogmatische Grundlagen des Sonntagsschutzes nach der Entscheidung des BVerfG ....</b>	<b>6</b>
A. Sonn- und Feiertagsschutzes als Konkretisierung grundrechtliche Schutzpflichten .....	6
B. Materielle Aufladung der Schutzpflicht .....	9
C. Verfassungsrechtliche Direktiven für gesetzliche Regelungen zur Ladenöffnung .....	16
1. Institutionelle Deutung des Sonn- und Feiertagsschutzes .....	16
a) Ursprünge und Entfaltungen dieses Konzeptes .....	16
b) Zum Rechtfertigungskonzeption des Bundesverfassungsgerichts .....	18
2. Legitime Gemeinwohlgründe .....	22
a) Grundfragen der Gemeinwohlkonkretisierung .....	22
b) Negativkatalog .....	24
c) Positivkatalog .....	28
3. Verhältnismäßigkeit .....	29
a) Konturierung der Anforderungen in der Entscheidung vom 1.12.2009 .....	29
b) Konkretisierungsversuche .....	32
c) Differenzierungspotential .....	34
<b>III. Legislative Handlungsspielräume im Lichte der Entscheidung des BVerfG .....</b>	<b>44</b>
A. Zum Streit um die bestehenden einfachrechtlichen Regelungen .....	44
B. Streitthema Adventssonntage .....	47
1. Weihnachtsöffnungen jenseits der Adventssonntage .....	48
2. Vormalige Berliner Sonntagsregelung als Extremvariante .....	48
3. Wechselbezüglichkeiten zwischen sonn- und werktäglicher Ladenöffnung .....	50
4. Begrenzter Rechtfertigungsansatz des vormaligen BerlLadÖffG .....	50
5. Fazit .....	53
C. Sonstige verkaufsoffene Sonn- und Feiertage .....	54
1. Zahlenmäßige Begrenzungen .....	54
2. Turnus der Freigabe .....	56
3. Materielle Anforderungen .....	57
4. Zur Schaffung administrativer Handlungsgrundlagen für die Städte und Gemeinden ..	58
<b>IV. Wesentliche Ergebnisse (Zusammenfassung) .....</b>	<b>62</b>

## I. Ausgangslage

Mit Urteil vom 1.12.2009 hat das Bundesverfassungsgericht in grundsätzlicher Weise über Fragen des Sonntagsschutzes und der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einfachrechtlicher Sonderregelungen zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen entschieden. Entgegen seiner bisherigen Rechtsprechung sah das Gericht dabei in der Garantie des Sonn- und Feiertagsschutzes durch Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV nicht mehr lediglich eine „*objektivrechtliche Institutsgarantie ohne subjektive Berechtigung*“

- so aber noch BVerfG, NJW 1995, 3378, 3379, unter Bezugnahme auf BVerwGE 79, 118 (122), BVerwGE 79, 236 (238); BayVerfGHE 35, 10 (19 ff.); Maunz/Dürig, GG, 7. Aufl., Stand: 31. Erg.Lfg. März 1994, Art. 139 Rdnr. 4; Jarass/Pieroth, GG, 3. Aufl. (1995), Art. 140 GG / Art. 139 WRV; in diesem Sinne auch Dietlein, Festschrift für W. Rübner, 2003, 131, 144; Ehlers, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 7. Aufl. 2014, Art. 140 GG (Art. 139 WRV) Rn. 1; Rozek, NJW 1999, 2921, 2929; Magen, in: Clemens/Umbach (Hrsg.), GG-Mitarbeiterkomm., Bd. II, 2002, Art. 140 (Art. 139 WRV) Rn. 2; Rübner, Festschrift für Heckel, 1999, S. 447, 448; Korioth, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Lsbl., Art. 140 (Art. 139 WRV) 42 Lfg. Februar 2003, Rn. 21 ff. mit weiteren Ausführungen zur objektiven Ausrichtung des Art. 139 WRV; umfassend zu diesem Fragenkomplex auch Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, 2014, S. 121 ff. -.

Vielmehr deutete das Gericht die Norm nunmehr erstmalig zugleich im Sinne einer verfassungsunmittelbare Konkretisierung des in Art. 4 Abs. 1 und 2 GG enthaltenen grundrechtlichen Schutzauftrages des Staates und eröffnete damit erstmalig den Weg zu einer über Art. 4 Abs. 1 und 2 GG vermittelten individuellen Durchsetzung der objektiven Regelungsvorgaben des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV

- BVerfG, Urt. vom 1.12.2009, 1 BvR 2857/07 sowie 1 BvR 2858/07, Ls. 1 sowie Rn. 137 ff. = BVerfGE 125, 39 ff. = DVBl 2010, 108 ff. = EuGRZ 2009, 658 ff. = BayVBl 2010, 466 = JZ 2010, 137 ff. = NVwZ 2010, 570 ff.; auf der Website des BVerfG abrufbar unter: [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/12/rs20091201\\_1bvr285707.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/12/rs20091201_1bvr285707.html); im Folgenden zitiert nach BeckRS 2009, 41838 mit den dortigen Randnummern; dem Gericht folgend insoweit auch Mosbacher, NVwZ 2010, 537, 541, noch weitergehend zuvor Morlok/Heinig, NVwZ 2001, 846, 849, die eine unmittelbare Versubjektivierung der Gewährleistung aus Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV favorisieren; in diesem Sinne etwa auch Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. VI/2, S. 1348; tendenziell in diese Richtung wohl auch Muckel, in: Friauf/Höfling, Berl.-Komm. zum GG, Lsbl. (Stand 12/2016), Bd. 5, Art. 140/Art. 139 WRV Rn. 4 -.

Mit dieser „mittelbaren“ Neuinterpretation des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV errichtete das Gericht das dogmatische Fundament für eine individuelle Einklagbarkeit des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes insbesondere durch kirchliche Institutionen, aber auch durch Arbeitnehmerkoalitionen iS. des Art. 9 Abs. 3 GG. Zugleich setzte das Gericht erste Wegmarken zur Konturierung des verfassungsrechtlichen Mindestschutzes, indem es die in § 3 Abs. 1 Alt. 2 des Berliner Ladenöffnungsgesetzes vorgesehene *„voraussetzungslose siebenstündige (scil.: Laden-) Öffnung an allen vier Adventssonntagen“* für unvereinbar mit dem verfassungsrechtlichen Mindestschutz erklärte

- BVerfG, aaO., Rn. 174 -.

Im Ergebnis unbeanstandet ließ das Gericht dagegen die in demselben Gesetz vorgesehene Möglichkeit, die Öffnung von Verkaufsstellen an vier (weiteren) Sonn- oder Feiertagen *„im öffentlichen Interesse“* durch Allgemeinverfügung zuzulassen. Immerhin formulierte das Gericht Maßgaben für eine verfassungskonforme Auslegung und Anwendung der konkreten Landesregelung, indem es an die Bedeutung des Anlasses für die Ladenöffnung sowie an den zeitlichen Rahmen einer Ladenöffnung spezielle Anforderungen stellte.

In der Folgezeit entwickelte sich auf fachgerichtlicher Ebene eine hochkomplexe Rechtsprechung, die unter Verweis auf die Entscheidung des BVerfG aus dem Jahre 2009 auch die Auslegung der in den übrigen Ländern geltenden Ladenöffnungsregelungen verschärften Anforderungen unterwarf. Leitcharakter entwickelte insoweit namentlich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.11.2015, mit dem das Gericht die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Ladenöffnung *„aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen“* nach § 14 LSchlG Bayern dahingehend interpretiert hat, dass

*„die öffentliche Wirkung der traditionell auch an Sonn- und Feiertagen stattfindenden Märkte, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gegenüber der typisch werktäglichen Geschäftigkeit der Ladenöffnung im Vordergrund stehen muss“,*

was dann der Fall sei, wenn

*„die Ladenöffnung ... als bloßer Annex zur anlassgebenden Veranstaltung erscheint“*

- BVerwG, Urt. vom 11.11.2015, 8 CN 2/14, Rn. 24, NVwZ 2016, 68 -.

Hierzu verlangt das Gericht insbesondere eine vergleichende Prognose der Besucherströme mit und ohne Öffnung von Verkaufsstellen sowie eine Abgrenzung des relevanten Einzugsbereiches. Dabei versteht das Gericht seine

Entscheidung als Verschärfung der *eigenen bisherigen Rechtsprechung und als „weitergehende verfassungskonforme Einschränkung“* des Anwendungsbereichs der einschlägigen Ladenschlussnorm

- BVerwG, aaO., Rn. 24 -.

Hieran anschließend lassen sich zahlreiche fachgerichtliche Urteile nachweisen, die unter Verweis auf die vorgenannte Rechtsprechung eine einschränkende Auslegung und Anwendung der ohnehin tendenziell eher restriktiven Ladenschlussregelungen in den einzelnen Bundesländern propagieren

- vgl. für NRW etwa OVG NRW, Beschl. v. 10. 06.2016 – Az. 4B50416 4 B 504/16, NVwZ-RR 2016, 868 ff.; VG Arnsberg, Beschl. v. 04.05.2017 – Az. 1 L 1318/17, BeckRS 2017, 108867; zuletzt ebenso VG Düsseldorf, Beschl. v. 29.12.2016, 3 L 4339/16, im Internet abrufbar unter: [http://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg\\_duesseldorf/j2016/3\\_L\\_4339\\_16\\_Beschluss\\_20161229.html](http://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_duesseldorf/j2016/3_L_4339_16_Beschluss_20161229.html) -.

Immerhin finden sich gerade in der neueren Rechtsprechung auch kritische Stimmen, die offen ihre Bedenken gegenüber überzogenen Restriktionen bei der Auslegung und Anwendung der geltenden Ladenschlussregelungen formulieren. So äußert namentlich der VGH Baden-Württemberg in einem jüngsten Beschluss vom 13.3.2017

*„nach derzeitigem Erkenntnisstand Zweifel daran, ob diese vom Bundesverwaltungsgericht vorgenommene vergleichsweise enge ‚verfassungskonforme‘ Auslegung tatsächlich erforderlich ist und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 01.12.2009 (1 BvR 2857/07, 1 BvR 2858/07, BVerfG, 125, 39) entspricht“*

- Beschluss vom 13.3.2017, 6 S 309/17, unter Bezugnahme auf den vorausgegangenen Beschluss des Gerichts vom 26.10.2016, 6 S 2041/16 -.

Ansätze zu einer zumindest moderaten Anwendung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts finden sich auch in einem jüngsten Beschluss des OVG NRW

- OVG Münster, Beschluss vom 05.05.2017 - 4 B 520/17, BeckRS 2017, 109552 -,

wonach sich die

*„prägende Wirkung einer mehrtägigen internationalen Leitmesse für den öffentlichen Charakter des Tages ... nicht allein aufgrund einer schematischen Gegenüberstellung der an dem jeweiligen Sonntag zu erwar-*

*tenden Zahl der Messebesucher einerseits und der allein wegen der Öffnung der Verkaufsstellen zu erwartenden Zahl der Ladenbesucher andererseits beurteilen (lässt)“ -.*

Vor dem Hintergrund dieser disparaten Entwicklung ist es in mehreren Bundesländern zu einer Klagewelle gegen verkaufsoffene Sonntage und daraus resultierend zu erheblichen Unsicherheiten sowohl bei den beantragenden Werbegemeinschaften als auch bei den zuständigen Behörden gekommen. Im Zentrum steht dabei die Auslegung des in den einzelnen Landesgesetzen verankerten „Anlassbezugs“. Dies hat IHK NRW e.V. –in Kooperation mit den Landesarbeitsgemeinschaften der IHK Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen – dazu veranlasst, die verfassungsrechtlichen Spielräume für eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen näher ausloten zu lassen, um in der Folge mehr Rechtssicherheit für alle Akteure zu schaffen. Mit der vorliegenden Untersuchung soll es dabei nicht primär darum gehen, etwa verbleibende Interpretationsspielräume bei den in den Bundesländern existierenden partikularen Ladenschlussregelungen freizulegen. Vielmehr soll in einem umfassenden Ansatz nach den legislativen Handlungsmöglichkeiten bei der Ausformulierung künftiger Regelungen zur Frage der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen gefragt werden. Außer Betracht bleiben dabei etwaige parallele landesverfassungsrechtliche Garantien der Sonn- und Feiertage

- vgl. etwa Art. 147 Bay.Verf., Art. 53 Hess.Verf.; teilweise finden sich allerdings auch hier lediglich erneute Verweisungen auf Art. 139 WRV, so etwa in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, hierzu im Einzelnen Kästner, in: BK-GG, Lsbl.I, Art. 140 (Drittbearb.) Rn. 677 ff.; fern Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagschutzes, 2014, S. 145; Muckel, in: Friauf/Höfling, Berl.-Komm. zum GG, Bd. 5, Lsbl. (Stand 12/2016), Art. 140/Art. 139 WRV Rn. 23 -

sowie spezifisch arbeitszeitrechtliche Fragen der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen

- zum Verbot der Sonntagsarbeit nach § 9 Abs. 1 ArbZG etwa Dommermuth-Alhäuser, NZA 2016, 522 ff. -.

In dem so skizzierten Untersuchungsrahmen wird im Folgenden zunächst auf das dogmatische Grundkonzept des Bundesverfassungsgerichts zum Sonn- und Feiertagsschutz sowie die hierbei für die Gesetzgebung maßgeblichen Leitlinien einzugehen sein (II). Vor diesem Hintergrund soll sodann der Frage nachgegangen werden, welche verbindlichen Grenzen dem Gesetzgeber durch die Entscheidung gesetzt werden bzw. inwieweit konkreten Vorgaben für die Gesetzgebung nicht formuliert wurden (III). Die Untersuchung endet mit einer kurzen Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (IV).

## **II. Dogmatische Grundlagen des Sonntagsschutzes nach der Entscheidung des BVerfG**

### **A. Sonn- und Feiertagsschutzes als Konkretisierung grundrechtlicher Schutzpflichten**

Der zentrale Neuansatz des Urteils des BVerfG vom 1. Dezember 2009 liegt darin, dass das Gericht die bislang als rein objektive Norm interpretierte Garantie der Sonn- und Feiertage in Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV über den Umweg des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG vollumfänglich „versubjektiviert“ und damit „klagefähig“ stellt, indem es Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV im Sinne einer spezialgesetzlichen Konkretisierung der allgemeinen grundrechtlichen Schutzpflichten insbesondere aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG, also dem Grundrecht der Religionsfreiheit, erfasst. So ist für die aus den Grundrechten abgeleiteten staatlichen Schutzpflichten nach heute gefestigter Dogmatik davon auszugehen, dass diese nicht allein eine „objektive“ Schutzgewährungspflicht des Staates formulieren, sondern den einzelnen Schutzbegünstigten zugleich einen grundrechtlich fundierten und damit gerichtlich „einklagbaren“ Anspruch auf Schutz gewähren

- grundlegend hierzu Dietlein, Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten, 2. Aufl. 2005, S. 133 ff. -.

Auch wenn die neue subjektive Interpretation nicht unmittelbar an Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV ansetzt, sondern die Norm lediglich als authentische Interpretation der aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG abgeleiteten Schutzpflicht versteht

- vgl. Mager, in: v. Münch/Kunig, GG-Komm., Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 140 GG / Art. 139 WRV Rn. 87 a. E. -,

führt dieser Ansatz de facto zu einer umfassenden Versubjektivierung des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV selbst. Erst mit dieser Abkehr von dem bis dahin rein objektiven Normverständnis wurde prozessual die Möglichkeit eines Individualverfassungsbeschwerdeverfahrens und damit einer Entscheidungszuständigkeit des BVerfG eröffnet. Mit ihr wurde zugleich die Tür für solche verwaltungsgerichtlichen Verfahren eröffnet, in denen sich die Schutzbegünstigten der Sonn- und Feiertagsgarantie gegen konkrete Freigabeentscheidungen bei der Ladenöffnung wenden.

Wenngleich die neue Rechtsauslegung zumindest auf nahe und wohl auch mittlere Sicht nicht zur Diskussion stehen dürfte, sieht sich die Argumentation des Gerichts bei näherer Betrachtung durchgreifenden Bedenken ausgesetzt. Einer der zentralen Einwände liegt dabei in der Überlegung, dass



Schutzpflichten, die sich nicht unmittelbar aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG ergeben, allenfalls solchen Bestimmungen entnommen werden können, die ihrerseits auch individuelle Berechtigungen erhalten

- vgl. Ehlers, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 7. Aufl. 2014, Art. 140 GG (Art. 139 WRV) Rn. 1 -.

Eben dies aber kann – wovon das Bundesverfassungsgericht auch selbst ausgeht – für Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV nicht angenommen werden

- vgl. Ehlers, aaO.; hierzu auch Kästner, in: Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 140 (Art. 139 WRV) – Drittbearbeitung April 2010, Rn. 672 -.

Im Gegenteil weist Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV erkennbar weit über etwaige individuelle Rechtspositionen hinaus, indem er Sonn- und Feiertage als Tage einer „synchronisierten“ gesamtgesellschaftlichen Arbeitsruhe gewährleistet

- so auch BVerfG aaO., Rn. 155 -.

Individuelle Rechte auf ein bestimmtes (Ruhe-) Verhalten Dritter aber können Art. 4 Abs. 1 und 2 GG – auch über das dogmatische Konzept der Schutzpflichtenlehre – richtigerweise nicht entnommen werden.

Dies gilt umso mehr, als das Bundesverfassungsgericht das Niveau der Schutzpflichten aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG vorliegend vollumfänglich auf das Schutzniveau des Art. 140 iVm. Art. 139 WRV anhebt und damit die dogmatischen Grenzen zwischen grundrechtlichen Schutzpflichten und den auf Ausgestaltung gerichteten Einrichtungsgarantien auflöst

- hierzu sogleich unten B; kritisch gegenüber dem dogmatischen Ansatz des BVerfG auch Sachs, JuS 2010, 657 -.

Nicht zu übersehen ist auch, dass die Neuinterpretation des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV im Sinne eines speziellen (grundrechtlichen) Schutzanspruchs die in derselben Norm als „Komplementärfunktion“ ebenfalls verbürgte (Achtungs-) Pflicht des Staates, die Sonn- und Feiertagsruhe nicht durch eigenes Handeln zu gefährden

- hierzu etwa Koriath, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Lsbl., Art. 140 (Art. 139 WRV) 42 Lfg. Februar 2003, Rn. 21: „Der Schutzauftrag bezieht sich auf Maßnahmen Privater und des Staates“ -.

vollständig ausblendet und negiert. Konsequenterweise führt das verfassungsgerichtliche Schutzkonzept daher zu dem irritierenden Ergebnis, dass sich ein Grundrechtsträger zwar gegen einen unzureichenden Schutz der Sonn- und Feiertage erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht zur

Wehr setzen kann, nicht aber gegen eine zielgerichtete Beeinträchtigungen der Sonntagsruhe durch den Staat selbst.

Ungewöhnlich und mit dem verfahrensrechtlichen Grundprinzip des Verbots von Popularklagen nur schwer vereinbar ist schließlich die in personaler Hinsicht unbegrenzte Reichweite des neuen religionsgrundrechtlichen Schutzanspruchs. Die wohl beispiellose Offenheit des unterstellten Schutzanspruches wird nochmals dadurch verschärft, dass das Bundesverfassungsgericht zwar primär auf die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG rekurriert, den Schutz der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen im weiteren Verlauf des Urteils vom 1.12.2000/9 aber zudem auch in einen spezifischen Bezug zum Grundrecht auf Schutz von Leben und Gesundheit (Art. 2 Abs. 2 GG), dem Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) und dem Schutz der Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) setzt

- BVerfG, aaO., Rn. 145 -.

Denn soweit das Gericht den Sonn- und Feiertagsschutz nach Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV- wofür einiges spricht - hiermit zugleich als Konkretisierung der grundrechtlicher Schutzpflichten bezüglich dieser weiteren Grundrechte bzw. Grundrechtsberechtigten deuten will, heißt dies de facto, dass sich der Kreis der Schutzberechtigten schlichtweg nicht mehr eingrenzen lässt. Wohl in eben dieser Intention formuliert das Gericht denn auch an anderer Stelle, dass ein unzureichender Schutz der Sonn- und Feiertage keineswegs nur aus den Reihen religiöser Gemeinschaften geltend gemacht werden könne, sondern potentiell von jedermann, der sich in seiner sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe durch Ladenschlussregelungen gestört sieht. Wörtlich heißt es dort, wenn auch in eher allgemein verklausulierter Form, dass

*„sich auf diesen Schutz auch andere Grundrechtsträger im Rahmen ihrer Grundrechtsverbürgungen berufen (können)“*

- BVerfG, aaO., Rn. 149 -.

Im Ergebnis führt die Neuinterpretation des Bundesverfassungsgerichts damit nicht nur zu einer Umkehrung der bislang rein objektiven Deutung des Sonn- und Feiertagsschutzes, sondern darüber hinaus zu einer personell nicht mehr eingrenzbaren Öffnung des Schutzanspruches und damit zu einem Modell, das zumindest fließend übergeht in die problematische Rechtsfigur eines „allgemeinen Normvollzugsanspruches“

- von einer durch die Rechtsprechung des BVerfG begründeten „Antragsbefugnis für jedermann“ im Verfahren nach § 47 VwGO gehen etwa aus Dommermuth-Althäuser, NZA 2016, 522, 524; Wiebauer, NVwZ 2015, 543, 545; von der Eröffnung von Popularklagen spricht auch Ehlers, vgl. dens., in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 7.

Aufl. 2014, Art. 140 GG (Art. 139 WRV) Rn. 1; zu dieser Problematik auch *Leistner*, NVwZ 2014, 921, 925; zu den verwaltungsprozessualen Konsequenzen denn auch BVerwG, NVwZ 2016, 689 ff.; VGH Kassel, NZA-RR 2014, 664; OVG NRW, NVwZ-RR 2016, 868 u. a. -.

## **B. Materielle Aufladung der Schutzpflicht**

Analysiert man den dogmatischen Ansatz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 weiter, fällt ferner auf, dass sich das Gericht zwar verbal der tradierten Schutzpflichtenlehre bedient, um ein subjektives („klagbares“) Recht der Beschwerdeführer zu begründen, in den rechtlichen Schlussfolgerungen des dogmatischen Neuansatzes aber weit über das Modell der Schutzpflichtenlehre hinausgeht.

Hierzu ist daran zu erinnern, dass das Modell der Schutzpflichtenlehre seiner eigentlichen Konzeption nach eine legislative Leistungspflicht konstituiert, die auf die Wahrung allein eines „*Mindestmaßes*“ oder „*Untermaßes*“ an Schutz beschränkt ist

- grundlegend zum Begriff des „*Untermaßverbotes*“ BVerfGE 88, 203 – Leitsatz 6; zur Thematik umfassend Dietlein, Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten, 2. Aufl. 2005, Vorbemerkungen zur 2. Aufl., S. II f. mwN. sowie S. 114; ders., ZG 1995, 131 ff. mwN. -.

So hat gerade das Bundesverfassungsgericht immer wieder betont, dass der parlamentarische Gesetzgebers grundsätzlich in alleiniger Verantwortung darüber zu entscheiden habe, in welcher Weise er den geforderten Mindestschutz erbringen will

- grundlegend BVerfG, NJW 1975, 573, 576; 1977, 2255 -.

Noch in seiner jüngsten Entscheidung zu der Frage, ob das geltende Waffengesetz in Deutschland ein in Bezug auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bürger (Art. 2 Abs. 2 GG) hinreichendes Schutzniveau aufweist, äußerte das Gericht in Übereinstimmung mit dieser vom ihm selbst als „ständige Rechtsprechung“ bezeichneten Grundlinie:

*„Bei der Erfüllung dieser Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG kommt dem Gesetzgeber wie der vollziehenden Gewalt jedoch ein weiter Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum zu (vgl. BVerfGE 77, 170 <214>). Die Entscheidung, welche Maßnahmen geboten sind, kann nur begrenzt nachgeprüft werden. Das Bundesverfassungsgericht kann eine Verletzung der Schutzpflicht daher nur dann feststellen, wenn die öffentliche Gewalt Schutzvorkehrungen überhaupt nicht getroffen hat*

*oder die ergriffenen Maßnahmen gänzlich ungeeignet oder völlig unzulänglich sind, das gebotene Schutzziel zu erreichen ...“*

-BVerfG, Beschl. v. 23.01.2013 - 2 BvR 1645/10, BeckRS 2013, 46932, unter Verweis auf BVerfGE 56, 54, 80 f.; 77, 381, 405; 79, 174, 202 -.

Nach diesen Grundsätzen aber hätte der Gesetzgeber seiner Schutzpflicht in Bezug auf die grundgesetzliche Garantie der Sonn- und Feiertage bereits dann in verfassungsgemäßer Weise Genüge getan, wenn er „überhaupt“ einen Sonn- und Feiertagsschutz vorsieht, der nicht offensichtlich ungeeignet oder völlig unzulänglich ist. Hierbei wären neben bzw. alternativ zu imperativen Regulierungen durchaus auch Instrumente einer bloß mittelbaren Steuerung – etwa durch die Absenkung von Anreizen für eine wirtschaftliche Betätigung an Sonn- und Feiertagen – in Betracht gekommen

- zur Offenheit des legislativen Gestaltungsrahmens im Rahmen des Sonn- und Feiertagsschutzes denn auch zutreffend Koriath, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Lsbl., Art. 140 (Art. 139 WRV) 42 Lfg. Februar 2003, Rn. 22 -.

Tatsächlich stellt das Gericht eben diesen „offenen“ Ansatz verbal durchaus als Ausgangspunkt der eigenen Überlegungen dar, wenn es ausführt, dass es

*„grundsätzlich Sache des Gesetzgebers ist, ein Schutzkonzept aufzustellen und normativ umzusetzen. Dabei kommt ihm (scil. dem zuständigen Gesetzgeber, d. V.) ein weiter Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum zu. Das BVerfG kann die Verletzung einer solchen Schutzpflicht nur feststellen, wenn Schutzvorkehrungen überhaupt nicht getroffen worden sind, wenn die getroffenen Regelungen und Maßnahmen offensichtlich ungeeignet oder völlig unzulänglich sind, das gebotene Schutzziel zu erreichen, oder wenn sie erheblich hinter dem Schutzziel zurückbleiben*

- BVerfG, aaO., Rn. 136 -.

Auf dieser traditionellen Linie liegt es auch, wenn das Gericht im Anschluss hieran ausführt, dass von einer Verletzung der aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG abzuleitenden Schutzpflicht (erst) dann auszugehen sei, wenn der Gesetzgeber

*„die aus Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 139 WRV folgenden Mindestanforderungen an den Sonn- und Feiertagsschutz unterschreitet“*

- BVerfG, aaO., Rn. 151 -.

Das Konzept des „Mindestschutzes“ wird im weiteren Verlauf der Entscheidung aber unvermittelt aufgegeben und de facto in die Forderung nach einem

möglichst umfassenden Schutz („Maximalschutz“) gewandelt, wenn das Gericht gerade einmal drei Randnummern später von einem durch Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV begründeten „*Regel-Ausnahme-Verhältnis*“ spricht, das nur insoweit eingeschränkt werden dürfe, als Ausnahmen durch „*höher- oder gleichwertige Rechtsgüter*“ gerechtfertigt werden

- so BVerfG, aaO., Rn. 153 –.

Mit dieser qualitativen Steigerung der Schutzanforderungen nämlich wechselt das Gericht unbemerkt die dogmatische Perspektive und verwandelt den angeblichen Schutzpflichtenansatz in das für grundrechtliche Abwehrrechte sowie ausgestaltungsbedürftige „Einrichtungsgarantien“ typische Rechtfertigungsmodell. Nunmehr geht es nicht mehr um die Sicherung von „Mindestanforderungen“, sondern um die möglichst „optimale“ Verwirklichung der grundrechtlich aufgeladenen Garantie des Sonn- und Feiertagsschutzes

- zu der nach heutiger Dogmatik weithin gleichlaufenden Ausrichtung klassischer Abwehrrechte und grundrechtlicher Einrichtungsgarantien wie etwa der Eigentumsgarantie ausführlich Dietlein, in: Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/1, 2006, S. 2247 ff. mwN. –.

Die unzulässige Gleichsetzung des schutzpflichtenspezifischen Konzepts des „Mindestschutzes“ mit dem für einrichtungsrechtliche Garantien geltenden Konzepts der weitest möglichen Entfaltung tritt zumal dann offen zutage, wenn das Gericht resümiert, dass

*„die Institution des Sonn- und Feiertags unmittelbar durch die Verfassung garantiert ist, die Art und das Ausmaß des Schutzes aber einer gesetzlichen Ausgestaltung bedürfen“*

- aaO., Rn. 154 –.

Denn der „*Schutz*“, von dem hier die Rede ist, meint nichts anderes als den einrichtungsrechtlichen Ausgestaltungsauftrag des Gesetzgebers und hat damit partout nichts zu tun mit dem Schutzbegriff der Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten

- im Erg. ähnl. Ehlers, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 7. Aufl. 2014, Art. 140 GG (Art. 139 WRV) Rn. 1, der zutreffend darauf hinweist, dass Schutzpflichten, die sich nicht unmittelbar aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG ergeben, allenfalls solchen Bestimmungen entnommen werden können, die ihrerseits auch individuelle Berechtigungen erhalten –.

Vollends offenbar wird der Paradigmenwechsel vom Schutzpflichtenmodell hin zu einem auf „Optimierung“ gerichteten Rechtfertigungsmodells insbesondere dann, wenn das Gericht in diesem Kontext selbst davon spricht, dass

*„der verfassungsrechtlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz ... nur begrenzt einschränkbar (ist)“*

- BVerfG, aaO., Rn. 153 -.

Denn der vom Gericht bis dahin bemühten Schutzpflichtenlehre geht es gerade nicht darum, (staatliche) „Einschränkungen“ in Bezug auf verfassungsrechtlich vorgesehene Freiräume abzuwehren, sondern darum, grundrechtliche Güter aktiv zu schützen und zu fördern und sie insbesondere vor rechtswidrigen Übergriffen Dritter zu bewahren. Die hier vom Gericht erwähnte Intention, (unberechtigte) Einschränkungen abzuwehren, ist demgegenüber gerade die Eigenart der Grundrechte als Abwehrrechte bzw. (ausgestaltungs- und ggf. optimierungsbedürftiger) Einrichtungsgarantien.

Dass das Gericht entgegen der verbal vorgegebenen Schutzpflichtenkonzeption materiell in das völlig anders geartete Denkkonzept der grundrechtlichen Eingriffsabwehr überleitet, beweisen auch andere Passagen des Urteils, so insbesondere, wenn das Gericht an späterer Stelle verlangt, dass für Ausnahmen von der sonntäglichen Arbeitsruhe

*„ein öffentliches Interesse solchen Gewichts zu verlangen ist, das die Ausnahmen rechtfertigt“*

- BVerfG, aaO., Rn. 182; ähnl. Rn. 185, wo eine 24-Stunden-Öffnung an Sonn- und Feiertagen an die Erfüllung „besonders hohe(r) Voraussetzung(en)“ geknüpft wird, „etwa ein herausragend gewichtiges öffentliches Interesse“ -.

Denn auch die Forderung, sich durch hinreichend tragfähige Gemeinwohlgründe zu rechtfertigen, entspricht exakt der Denkfigur grundrechtlicher Eingriffsabwehr („Interventionsminimum“), nicht aber jener der Schutzpflichtenlehre. Die Neuinterpretation des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV wird damit nur scheinbar durch die Schutzpflichtenlehre gedeckt. In Wahrheit unterwirft das Gericht den Gesetzgeber bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes einem auf Optimierung zielenden Rechtfertigungsmodell. De facto nähert sich das Gericht damit Normauslegungen im neueren Schrifttum an, die den Sonn- und Feiertagsschutz in Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV unmittelbar als grundrechtlich fundiertes Abwehrrecht deuten wollen

- hierfür denn auch v. Campenhausen/Unruh, in: v. Mangoldt / Klein / Starck, GG-Komm., Bd. III, 6. Aufl., 2010, Art. 139 WRV Rn. 15, die freilich – nicht ganz widerspruchsfrei – unter Rn. 16 wiederum für eine

Zuordnung des Sonn- und Feiertagsschutzes zur Schutzpflichtdimension des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG plädieren -.

In der Gesamtschau führt die Analyse der dogmatischen Entscheidungsgrundlagen des Urteils vom 1.12.2009 damit zu dem Ergebnis, dass die vom Bundesverfassungsgericht unterstellte Einordnung des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV als Konkretisierung einer grundrechtlichen Schutzpflicht aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG verfassungsrechtlich nicht tragfähig ist. Dies nicht nur im Hinblick auf die pauschale Öffnung des vermeintlichen Schutzanspruches für jedermann, sondern auch und vor allem hinsichtlich der umfassenden individuellen Durchsetzbarkeit des objektiven Normgehaltes, die das für grundrechtliche Schutzpflichten anerkannte Konzept des „Untermaßverbotes“ bei weitem übersteigt und de facto zu einem nur unter Wahrung enger Voraussetzungen beschränkbaren „Grundrecht auf Sonntagsruhe“ führt

- so im Erg. treffend Mosbacher, NVwZ 2010, S. 537, 538; im Erg. ebenso Dommermuth-Alhäuser, NZA 2016, 522, 528: „*subjektives-öffentliches Recht auf Sonntagsschutz ... für `jedermann`*“; die dogmatisch kaum tragfähige Gleichsetzung der grundrechtlichen Schutzpflicht mit dem objektiv-rechtlichen Gehalten des Sonntagsschutz kritisiert auch Mager, in: v. Münch/Kunig, GG-Komm., Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 140 (Art. 139 WRV) Rn. 88 -.

Nicht zuletzt führt die Neuinterpretation des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV für die durch das Prinzip der Sonn- und Feiertagsruhe in ihrem Grundrecht auf freie Berufsausübung betroffenen Verkaufsstelleninhaber zu der verfassungsrechtlich wohl einmaligen Konsequenz, dass nicht etwa die Beschränkung ihrer beruflichen Freiheitsrechte aus Art. 12 GG zum rechtfertigungsbedürftigen Verfassungsproblem wird, sondern im Gegenteil deren Aufrechterhaltung. Dass sich das Gericht dieser Konsequenz bewusst zu sein scheint, verdeutlichen seine Ausführungen in Randnummer 164 des Urteils, wenn das Gericht hier zunächst mit Bezug auf das Berliner Ladenschlussgesetz heißt, dass mit diesem Gesetz

*„der Konflikt zwischen den grundrechtlichen Positionen der Ladeninhaber (Berufsfreiheit) und Einkaufswilligen (allgemeine Handlungsfreiheit) einerseits und den Beschäftigten, den Ruhesuchenden sowie den Beschwerdeführern (Art. 2, 4 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1 und 2 GG) andererseits im Ausgangspunkt und in der systematischen Anlage zugunsten eines grundrechtlichen Schutzes der Beschwerdeführer und anderer arbeitsruhesuchender Grundrechtsträger entschieden (wird)“,*

hieran dann aber sogleich angefügt wird

*„Im Ansatz entspricht das – für sich betrachtet – dem Schutzauftrag des Art. 139 WRV“*

- BVerfG, aaO. -.

Für den hier unterstellten prinzipiellen Vorrang de Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV vor den Freiheitsrechten des Grundgesetzes findet sich indes keine verfassungsrechtlich tragfähige Begründung. Insbesondere stellen grundrechtliche Schutzpflichten keinen generellen „Eingriffstitel“ in Grundrechte dar, sondern bedürfen, soweit sie über Grundrechtseingriffe realisiert werden, ihrerseits einer vollumfänglichen grundrechtlichen Rechtfertigung

- so bereits Dietlein, die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten, 2. Aufl. 2005, S. 67 ff.; vgl. auch Dommermuth-Althäuser, NZA 2016, 522, 524, unter Verweis auf Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, 2014, S. 311 ff. -.

Sie erscheint umso weniger tragfähig, als Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV gerade keine verfassungsunmittelbare Beschränkung der berufsgrundrechtlichen Freiheitsrechte aus Art. 12 GG zum Inhalt hat, sondern auf einfachgesetzliche und damit in jeder Hinsicht grundrechtlich rechtfertigungsbedürftige Ausgestaltung angewiesen ist. Insofern gilt auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 die verfassungsrechtliche Grundregel, dass es sich bei einer möglichen Liberalisierung des Ladenschlusses

*„nicht um eine Abweichung vom grundrechtlichen Normalzustand, sondern um dessen wenigstens partielle Wiederherstellung geht“*

- so F. Hufen, NVwZ 2001, 1009, 1010 -.

Mit dieser Rückbesinnung auf den liberalen Grundrechtsansatz des Grundgesetzes wird zugleich deutlich, dass die Frage der Verhältnismäßigkeit von Ladenschlussregelungen immer neu im Lichte der tatsächlichen Entwicklungen, zumal mit Blick auf den Online-Handel, reflektiert werden muss. Wenn daher neuere Statistiken belegen, dass gerade die klassischen Ladenschlusszeiten, respektive die Sonntage, wesentliche „Zeitfenster“ für das rasant ansteigende Online-Geschäft sind

- hierzu etwa <https://www.shopanbieter.de/news/archives/8280-zu-diesen-zeiten-shoppen-internetnutzer.html>; hierzu auch eine BITKOM-Studie aus dem Jahre 2014, zitiert nach [https://www.erfurt.ihk.de/servicemarken/branchen/Handel/Online\\_Handel/Aktuelle-Zahlen-und-Fakten-zum-Online-Handel/1394032](https://www.erfurt.ihk.de/servicemarken/branchen/Handel/Online_Handel/Aktuelle-Zahlen-und-Fakten-zum-Online-Handel/1394032): „Online-Shopper kaufen am liebsten sonntags und nach 18 Uhr“; ähnl. A. Berg (BITKOM), Präsentation zum Thema „Trends im Online-Shopping“ vom 13.8.2015, Bl. 4, wonach 71 % der Befragten die Unabhängigkeit von Ladenöffnungszeiten als Grund für den Online-Einkauf nennen; vgl.



<https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-Pls/2015/08-August/Bitkom-Pressekonferenz-Trends-im-E-Commerce-13-08-2015-Praesentation-final.pdf> -,

kann und darf dies nicht nur tatsächlich, sondern auch verfassungsrechtlich bei der Diskussion um die künftige Gestaltung der Ladenschlusszeiten nicht außer Betracht bleiben.

Schlussendlich bleibt in der dogmatische Ansatz der Gerichtsentscheidung vom 1.12.2009 unberücksichtigt, dass der aus Art. 140 GG iVm. Art. 139 GG abgeleitete Schutzauftrag nicht nur in einem (bipolaren) verfassungsrechtlichen Spannungsverhältnis zu den grundrechtlichen Abwehrrechten insbesondere der Verkaufsstelleninhaber steht, sondern – multipolar - zugleich mit diversen anderen grundrechtlichen Schutzverpflichtungen des Staates austariert werden muss. Zu nennen ist beispielhaft etwa die aus dem Grundrecht auf Leben und Gesundheit (Art. 2 Abs. 2 GG) abzuleitende Pflicht des Staates, zum Wohlergehen seiner Bürger auch an Sonn- und Feiertagen einer effektiven Grund- und insbesondere auch Notversorgungsinfrastruktur

- vgl. zu diesem Aspekt etwa BVerfGE 68, 193, 209: *„Der Schutz in Fällen von Krankheit ist in der sozialstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes eine der Grundaufgaben des Staates“* -.

Auch diese zentralen Verfassungspflichten und Staatsaufgaben aber lassen sich – entgegen der Sichtweise des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 1.12.2009 – keinem (gedanklichen) Primat des sonn- und feiertäglich Schutzpflichtenauftrages aus Art. 4 iVm. Art. 140 GG/Art. 139 WRV unterwerfen. Im Gegenteil wird man angesichts der Höchstwertigkeit der betroffenen Schutzgüter sogar umgekehrt von einem recht eindeutigen Vorrang der diesbezüglichen grundrechtlichen Schutzpflichten gegenüber dem vom Bundesverfassungsgericht unterstellten Schutzanspruch in Bezug auf die „Sonntagsruhe“ ausgehen müssen.

Ungeachtet dieser durchaus grundsätzlichen Kritik dürfte in praktischer Hinsicht davon auszugehen sein, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 zumindest vorerst die maßgebliche Leitlinie für die weitere Entwicklung des Sonn- und Feiertagsschutzes in Deutschland sein und damit den Rahmen für mögliche Nachjustierungen der gegenwärtigen Gesetzeslage bieten wird.

## **C. Verfassungsrechtliche Direktiven für gesetzliche Regelungen zur Ladenöffnung**

Auch wenn die umstrittene Frage nach etwaigen subjektiven Schutzansprüchen in Bezug auf die Sonn- und Feiertagsgarantie des Art. 140 GG iVm. Art. 139 GG speziell für die Eröffnung einer gerichtlichen Kontrolle von zentraler Bedeutung ist, so bleibt sie für die im Folgenden vorzunehmend Bestimmung der objektiv-rechtlichen Handlungsspielräume des Gesetzgebers ohne Belang. Denn das subjektiv-öffentliche Recht verkörpert nicht mehr und nicht weniger als die individuelle Rechtsmacht zur Durchsetzung einer objektiven Normanordnung. Sie setzt damit eine objektive Norm voraus, die aber in ihrer konkreten Geltungsanordnung durch den hinzutretenden subjektiven Durchsetzungsanspruch inhaltlich nicht verändert wird. Dies gilt auch und zumal für Grundrechte und die aus ihnen abgeleiteten subjektiv-öffentlichen Rechte. Treffend formulierte insoweit *E. Friesenhahn*, einer der Richter des Bundesverfassungsgerichts „der ersten Stunde“:

*„Grundrechte im Sinne von Abwehr- oder sonstigen Ansprüchen sind keine Normen, sondern sie beruhen auf Normen“*

- ders., in: Verh. des 50. Dt. Juristentages, Bd. 2, Gutachten G, S. G 14 -.

### **1. Institutionelle Deutung des Sonn- und Feiertagsschutzes**

Sucht man den objektiven Normgehalt des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV näher zu erschließen, fällt zunächst auf, dass das Bundesverfassungsgericht von der „*Institution*“ des Sonn- und Feiertagsschutzes spricht, die

*„unmittelbar durch die Verfassung garantiert“*

sei, wobei

*„die Art und das Ausmaß des Schutzes aber einer gesetzlichen Ausgestaltung bedürfen“*

- aaO., Rn. 154 -.

#### **a) Ursprünge und Entfaltungen dieses Konzeptes**

Die hiermit skizzierte dogmatische Grundkonzeption entspricht dem Modell der sog. einrichtungsrechtlichen Garantien, wie sie in der Weimarer Zeit insbesondere durch *Carl Schmitt* unter dem Begriff der „*institutionellen Garantien*“ entwickelt und von den (zivilrechtlichen) „*Institutsgarantien*“ differenziert wurde

- vgl. zum Begriff der institutionellen Garantien insbes. C. Schmitt, Verfassungslehre, 1928, S. 170 f. -

Im Rechtsdenken der Weimarer Zeit, auf die die Norm des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV zurückgeht, verband sich mit diesem Konzept die Vorstellung einer Pflicht des Gesetzgebers, ein Mindestmaß an Normen zum Sonn- und Feiertagsschutz zur Verfügung zu stellen, wohingegen jenseits des näher zu definierenden „Kernbereichsschutzes“ ein („Rand“-)Bereich grundsätzlich freier gesetzgeberischer Gestaltung beginnen sollte.

Die mit diesem Konzept einhergehende Beschränkung der verfassungsrechtlichen Direktivwirkung auf den sog. „Kernbereich“ einer Einrichtungsgarantie ist zumal im Kontext der Grundrechtsexpansion nach Konstituierung des Grundgesetzes zunehmend auf Kritik gestoßen. Die im Detail durchaus vielstimmige Diskussion

- vgl. in diesem Kontext etwa K. Stern, Die verfassungsrechtliche Position der kommunalen Gebietskörperschaften in der Elektrizitätsversorgung, 1966, S. 47, der für eine Erweiterung des zweistufigen Konzepts von Kern- und Randbereich in ein dreistufiges Modell plädierte, indem neben dem strikt gebundenen „Kernbereich“ und dem an das Übermaßverbot gebundenen „Randbereich“ eine dritte „frei regulierbare Zone“ vorzusehen sei -

mündete schließlich in ein heute weithin konsentiertes Verfassungsverständnis, demzufolge die Ausgestaltung jedenfalls grundrechtlicher Einrichtungsgarantien auch im sog. „Randbereich“ verfassungsrechtlichen Bindungen insbesondere an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unterworfen ist, so dass sich der Gesetzgeber für ein Zurückbleiben hinter den grundrechtlichen (Entfaltungs-) Möglichkeiten zu rechtfertigen hat

- vgl. etwa für das Eigentumsgrundrecht als grundrechtlicher Einrichtungsgarantie Dietlein, in: Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/1, 2006, S. 2247 ff. mwN. -

Seine maximale Ausformung erfuhr dieser Gedanke in der Prinzipienlehre Alexys. Nach dieser Theorie werden zumindest die grundrechtlichen Einrichtungsgarantien dem Bereich sog. grundrechtlicher Prinzipien zugeordnet, wobei grundrechtliche Prinzipien – wie alle Prinzipien – *„ein möglichst hohes Maß an Realisierung“* erforderten

- vgl. Alexy, Theorie der Grundrechte, 3. Aufl. 1996, S. 304 -

Das Zurückbleiben des Gesetzgebers hinter dem gedachten Höchstmaß wird danach einem grundrechtlichen Eingriff gleichgeachtet und – zumindest materiell – denselben Rechtfertigungsanforderungen unterworfen

- grundlegend Alexy, Theorie der Grundrechte, 3.Aufl. 1996, S. 305, demzufolge (defizitäre) „Ausgestaltung“ und „Eingriff“ gleichsam zwei Seiten derselben Medaille sind -.

Zwar ist diese Fortentwicklung des institutionellen Denkens keineswegs ohne Widerspruch geblieben. Hinzuweisen ist etwa auf die durchaus beachtlichen Einwände P. Lerches, dass der Optimierungsgedanke das „Höchsterreichbare“ gleichsam als permanente Verfassungsverpflichtung suggeriere und hierdurch die

*„tatsächliche Breite und (der) Variantenreichtum der gesetzgeberischen Bemühungen ... in die Sphäre der gewissermaßen nur als notwendiges Übel hinzunehmende Einschränkungen hinabdrückt“*

- so die Formulierung P. Lerches, Die Verfassung als Quelle von Optimierungsgeboten?, in: Festschrift für Klaus Stern, 1997, S. 197 ff.

Dennoch wird man heute davon ausgehen müssen, dass – ausgesprochen oder unausgesprochen - jedenfalls im Bereich der genuin grundrechtlichen Einrichtungsgarantien ein auf Optimierung gerichteten Denken mit einer korrelierenden Rechtfertigungspflicht des Gesetzgebers für „suboptimale“ Ausgestaltungen breiten Boden gewonnen hat.

## **b) Zum Rechtfertigungskonzeption des Bundesverfassungsgerichts**

In der materiellen Betrachtung dürfte auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 durchaus auf der gedanklichen Linie der sog. Prinzipienlehre liegen. Denn einerseits betont das Gericht, unter ausdrücklichen Verweis auf den einrichtungsrechtlichen Charakter, die gesetzliche Ausgestaltungsbedürftigkeit des Sonn- und Feiertagsschutzes

- aaO., Rn. 153 -;

wobei es hierbei auch einen Ausgleich mit anderen Belangen als jenen des Schutzes der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung zulässt, namentlich soweit es dabei um kollidierende Freiheiten der persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltungsfreiheit geht

- aaO., Rn. 154, 156 -.

Andererseits betont das Gericht in demselben Zusammenhang die nur begrenzte Einschränkung des Sonn- und Feiertagsschutzes durch den Gesetzgeber

- aaO., Rn. 153 -,

was rechtslogisch das Bestehen eines verfassungsrechtlich vorgeprägten bzw. abgeschirmten Schutzbezirkes voraussetzt. Dieser, von den realen einfachgesetzlichen Ausgestaltungen losgelöste Schutzbezirk kann dann aber nur ein „hypothetischer“ Schutzbezirk sein, der hierbei zunächst frei von jeglichen Einschränkungen, also als „Optimum“, gedacht ist.

Im Ergebnis kommt das vom Bundesverfassungsgericht für den Sonn- und Feiertagsschutz proklamierte „*Regel-Ausnahme-Verhältnis*“ damit einem abwehrrechtlichen Schutzkonzept nahe, indem es „*Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe*“ allein „zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter“ für möglich erachtet

- aaO., Rn. 153; hierzu auch die vergleichbare Konzeption des BVerfG im Bereich der gemeindlichen Aufgabengarantie nach Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG, die vom Gericht zwar als (dezentrales Aufgabenverteilungs-) „Prinzip“ interpretiert wird, das sich aber in der konkreten Fallprüfung „*praktisch zum Gesetzesvorbehalt ... wandelt*“, Beschluss vom 19. November 2014 - 2 BvL 2/13, Rn. 56; anders als hier *Leisner*, NVwZ 2014, 921, 924, der – allerdings wohl entgegen den eindeutigen Ausführungen des Gerichts – in dem Urteil vom 1.12.2009 keine Entscheidung für die Anwendung eines Regel-Ausnahme-Prinzips zu sehen vermag; wie hier dagegen auch BVerwG, NVwZ 2016, 689, 691 -.

Was speziell die Regelung der Ladenöffnung angeht, so wird die Wahrung der Arbeitsruhe vom Bundesverfassungsgericht augenscheinlich ohne weitere Diskussion als Teilelement dieses verfassungsrechtlich vorgeprägten („hypothetischen“) Schutzbezirkes erfasst mit der Folge, dass

*die Ausnahme (scil. der Ladenöffnung, d. V.) eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf*

- aaO., Rn. 159 -.

Hinsichtlich der Frage, wann genau Sachgründe dem Rang des Sonntagschutzes „*gerecht werden*“, bleibt das Gericht eher vage. Es votiert für eine einzelfallbezogene und dynamisierende Bewertung, bei der an das „*Gewicht*“ der rechtfertigenden Gründe umso höhere Anforderungen zu stellen sind, je umfänglicher die Freigabe von Verkaufsstellen erfolgt

- aaO., Rn. 159; ähnl. Rn. 185, wo eine 24-Stunden-Öffnung an Sonn- und Feiertagen an die Erfüllung „*besonders hohe(r) Voraussetzung(en)*“ geknüpft wird, „*etwa ein herausragend gewichtiges öffentliches Interesse*“ -.

Ob die „*Gewichtung*“ der verfolgten Sachgründe dabei in die Prüfungskompetenz des Gerichtes fällt oder aber der Gesetzgeber eine eigene, rechtlich nur

begrenzt nachprüfbare Prärogative zur „politischen“ Gewichtung der verfolgten Sachziele hat, klärt das Gericht nicht. Entscheidungen in vergleichbaren grundrechtlich relevanten Konstellationen dürften dafür sprechen, eine politische Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers anzuerkennen. Hierzu ist etwa auf die dem Gesetzgeber bei der Rechtfertigung von (subjektiven) Berufszugangsbeschränkungen zuerkannte Einschätzungsprärogative bei der Fixierung „wichtiger Gemeinschaftsinteressen“ zu verweisen. So ging das Gericht bereits im sog. Handwerksbeschluss vom 17. Juni 1961 von der Befugnis des Gesetzgebers aus, bestimmte von ihm erkannten Gemeinwohlerfordernisse in den Rang wichtiger Gemeinschaftsgüter erheben und hierdurch weitergehende Einschränkungen des Grundrechts der Berufsfreiheit legitimieren zu können.

Wörtlich heißt es hier:

*„Der Gesetzgeber kann auch Gemeinschaftsinteressen zum Anlaß von Berufsregelungen nehmen, die ihm nicht in diesem Sinne "vorgegeben" sind, die sich vielmehr erst aus seinen besonderen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Zielen ergeben, die er also erst selbst in den Rang wichtiger Gemeinschaftsinteressen erhebt. In solchen Fällen kann das Bundesverfassungsgericht die Berufsregelungen nicht schon deswegen beanstanden, weil die ihnen zugrunde liegenden politischen Auffassungen umstritten sind. Das Gericht ist insoweit auf die Prüfung beschränkt, ob die öffentlichen Interessen, deren Schutz die gesetzliche Regelung dient, überhaupt Gemeinschaftswerte von so hohem Rang darstellen können, daß sie eine Einschränkung der freien Berufswahl rechtfertigen. Den Anschauungen des Gesetzgebers hierüber darf es die Anerkennung nur versagen, wenn sie offensichtlich fehlsam oder mit der Wertordnung des Grundgesetzes unvereinbar sind*

- BVerfGE 13, 197, 107 -.

Eine entsprechende Prärogative räumte das Gericht dem Gesetzgeber auch im Hinblick auf die Frage der Geeignetheit und Erforderlichkeit von Grundrechtsbeschränkungen ein, wenn es weiter ausführte, dass die bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung

*"allenthalben auftretenden Wertungs- und Abwägungsfragen ... die Auffassung des Gesetzgebers ... nicht beanstandet werden kann, solange nicht eindeutig ist, dass sie von unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen ausgeht oder mit der Verfassung in Widerspruch steht"*

- BVerfGE 13, 97 (113) -.

Insofern kann davon ausgegangen werden, dass dem Gesetzgeber auch vor dem Hintergrund des vom Bundesverfassungsgericht postulierten „*Regel-Ausnahme-Verhältnisses*“ bezüglich der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe erhebliche politische Bewertungsspielräume gerade auch bei der Gewichtung der im Einzelfall mit einer Ladenöffnung verfolgten Sachziele verbleiben, solange der Gesetzgeber hierbei die tatsächlichen Voraussetzungen zutreffend erfasst und sich nicht sonst wie in Widerspruch zu der Verfassung stellt

- vgl. in diese Richtung ebenso Schmitz, BauR 2000, 1274, 1278 -.

Eben dies scheint das Gericht in seinem Urteil vom 1.12.2009 andeuten zu wollen, wenn es *expressis verbis* auf die Befugnis des Gesetzgebers verweist,

*„im Rahmen seines Gestaltungsspielraums auf eine geänderte soziale Wirklichkeit ... Rücksicht zu nehmen*

- aaO., Rn. 156 -.

Eine absolute Grenze iS. des tradierten Kernbereichsschutzes einrichtungsrechtlicher Garantien scheint das Gericht schließlich auch in Bezug auf den Sonn- und Feiertagsschutz insoweit andeuten zu wollen, als es „*darüber hinaus*“ verlangt, dass

*„Ausnahmen als solche erkennbar bleiben (müssen) und ... nicht auf eine weitgehende Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen und ihrer Betriebsamkeit hinauslaufen (dürfen)*

- aaO., S. 158; mit gleicher Zielrichtung ebda., Rn. 184 a. E. -.

Hierin dürfte damit zugleich jenes „*hinreichende Niveau des Sonn- und Feiertagsschutzes*“ liegen, das der Gesetzgeber nach den vorangegangenen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts

*„in jedem Falle ... wahren (muss)“*

- aaO., Rn. 153 -.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich damit ein dreistufiges Prüfungsbild. Zunächst bedarf der Klärung, welche „*gegenläufigen Schutzgüter*“

- so die Formulierung in Rn. 156 -

als legitime Gemeinwohlgründe für eine einschränkende Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes in Betracht kommen. Sodann wird zu untersuchen sein, unter welchen Voraussetzungen ihr Gewicht als hinreichend iS. der Rechtsprechung anzusehen ist. Schließlich bleibt – gleichsam als negatives Tatbestandsmerkmal – zu klären, dass die „*rote Linie*“ einer weitgehenden

Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen nicht überschritten wird.

## **2. Legitime Gemeinwohlgründe**

### **a) Grundfragen der Gemeinwohlkonkretisierung**

Was Art und Inhalt der möglichen Gründe für eine einschränkende Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes angeht, bleibt die Entscheidung des Gerichts vom 1.12.2009 eher vage. Dies gilt namentlich für die Frage, ob die berücksichtigungsfähigen „*gegenläufigen Schutzgüter*“ notwendig Verfassungsrang haben müssen oder nicht. Für die Annahme eines auf den Ausgleich kollidierender Verfassungsgüter beschränkten Mandates des Gesetzgeber könnte eine Passage des Urteils sprechen, in der es heißt, dass dem Gesetzgeber

*„ein Ausgleich zwischen Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 139 WRV einerseits und Art. 12 Abs. 1, aber auch Art. 2 Abs. 1 GG andererseits aufgegeben (ist)“*

- aaO., Rn. 154 -.

In dieselbe Richtung ließe sich womöglich auch die Formulierung deuten, wonach

*„Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe ... zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich (sind)“*

- aaO, R. 153 -,

was angesichts des Verfassungsrangs des Sonn- und Feiertagsschutzes womöglich dann auch einen Verfassungsrang der „*höher- oder gleichwertigen*“ Rechtsgüter voraussetzen könnte.

Mit dieser Auslegung wäre freilich eine dramatische Einschränkung der Ausgestaltungsspielräume des Gesetzgebers verbunden. Denn das Grundgesetz formuliert anerkanntermaßen keinen abschließenden Kanon legitimer Gemeinwohlgründe, sondern überantwortet die Konkretisierung des Gemeinwohls im Regelfall dem parlamentarischen Gesetzgeber. Begrenzte man aber den Katalog legitimer Gemeinwohlgründe daher auf die im Grundgesetz genannten Gründe, entzöge man dem Gesetzgeber hiermit unvermeidlich sein natürliches Mandat zur weiteren Gemeinwohlkonkretisierung. Die Möglichkeit einschränkender Ausgestaltungen würde dadurch womöglich erheblich reduziert. Für eine solche Auslegung bedürfte es damit durchschlagender Argumente.



Untersucht man die Urteilsgründe näher, so wird man von einer Begrenzung der „*gegenläufigen Schutzgüter*“ allein auf solche mit Verfassungsrang nicht ausgehen können.

Hierfür spricht zunächst, dass das Gericht in seinem Urteil vom 1.12.2009 an keiner Stelle auf ein etwaiges Erfordernis des Verfassungsranges der „*gegenläufigen Schutzgüter*“ verweist. Eben dies aber entspräche dem ansonsten üblichen Vorgehen des Gerichts

- vgl. für Art. 9 Abs. 3 GG etwa BVerfG, Beschl. vom 29. Dezember 2004
- 1 BvR 2283/03, Beschl. vom 03. April 2001, 1 BvL 32/97; zu Art. 33 Abs. 2 GG etwa BVerfG, Beschl. vom 21. April 2015 - 2 BvR 1322/12, Rn. 59, uam. -.

Auch verschiedene Textpassagen des Urteils legen den Schluss nahe, dass das Gericht nicht zwingend einen Verfassungsrang der „*gegenläufigen Schutzgüter*“ verlangt.

Allen voran ist hierbei auf die Auflistung der schon nach geltendem Recht berücksichtigten Gemeinwohlbelange zu verweisen, wenn das Gericht hier explizit eine Reihung von Schutzgütern vornimmt, die mit Verfassungsgütern beginnt, sich dann aber explizit auch für „*sonst gewichtige Rechtsgüter der Bürger oder der Gemeinschaft*“ öffnet, ohne hierbei einen Verfassungsbezug einzufordern

- aaO. Rn. 157 -.

Dieser Auslegung entspricht es, wenn das Gericht sogar im Hinblick auf den (hypothetischen) Extremfall einer flächendeckenden 24-Stunden-Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen und der hierfür erwarteten „*besonders hohe(n) Voraussetzung*“ nicht etwa einschränkend auf den Schutz kollidierenden Verfassungsgüter rekurriert, sondern in unspezifischer Weise ein – wie auch immer geartetes – „*herausragend wichtiges öffentliches Interesse*“ verlangt

- aaO., Rn. 185 -.

Gegen die Verengung der potentiellen Gründe auf solche von Verfassungsrang spricht ferner die vom Verfassungsgericht vorgenommene verfassungskonforme Auslegung der Ausnahmeregelung des § 6 Abs. 1 Satz 1 BerlLad-ÖffG. Denn dort beanstandet das Gericht nicht etwa die recht offene Anknüpfung einer Ausnahmeentscheidung an ein „*öffentliches Interesse*“, sondern verlangt lediglich, dass dieses öffentliche Interesse ein solches Gewicht haben müsse, dass es die Ausnahmen von der Arbeitsruhe rechtfertigt

- aaO., Rn. 182 -.

Nicht zuletzt dürfte die vom Gericht betonte Befugnis des Gesetzgebers, auf „eine geänderte soziale Wirklichkeit“ reagieren zu dürfen

- aaO., Rn. 156 –,

die hier vertretene Einschätzung bekräftigen, dass der Gesetzgeber bei der Berücksichtigung gegenläufiger Schutzgüter nicht auf Gemeinwohlinteressen von Verfassungsrang beschränkt bleibt.

## **b) Negativkatalog**

Festzustellen ist weiter, dass das Bundesverfassungsgericht bestimmte Interessen, die durchaus als „*gegenläufige Schutzgüter*“ eingeordnet werden könnten, grundsätzlich aus dem Katalog potentieller Gemeinwohlgründe ausschließt. So heißt es in der Entscheidung:

*„Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potentieller Käufer genügen grundsätzlich nicht“*

-aaO., Rn. 158; enger dagegen aaO., Rn. 182, wo der im Begriff „*grundsätzlich*“ enthaltene Ausnahmeverbehalt nicht mehr erwähnt wird -.

Das Gericht wählt hier einen Ansatz, den es auch im Kontext der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG verwendet, indem es dort Aspekte des „*Verwaltungsvereinfachung*“ und der „*Kostenersparnis*“ als Argument für eine Beschränkung des Prinzips der möglichst dezentralen Aufgabenwahrnehmung örtlicher Aufgaben ausschließt

- BVerfGE 79, 127, 153 -.

Die dogmatische Begründung für dieses Vorgehen dürfte in beiden Fällen dieselbe sein. In beiden Fällen nämlich geht es darum, dass die aufgeführten „inkriminierten“ (Gegen-) Gründe bereits durch den Verfassungsgeber selbst als nachrangig „mitbedacht“ und gleichsam aktiv in die Verfassungsgarantie – hier des Sonn- und Feiertages, dort der kommunalen Selbstverwaltung – „eingepreist“ wurden. Beschränkungen der Verfassungsgarantie unter Verweis auf die inkriminierten Aspekte bedeuteten insofern keine wirkliche „Ausgestaltung“ der Verfassungsgarantie, sondern deren – zumindest partielle – Korrektur. Ein derartiges Mandat zur Korrektur verfassungsrechtlicher Grundentscheidungen aber kommt dem parlamentarischen Gesetzgeber nicht zu. Vielmehr ist er gemäß Art. 1 Abs. 3 GG der Verfassung unterworfen.

Umgekehrt gilt es aber auch zu beachten, dass das Gericht – ebenso übrigens wie im Bereich der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG

- vgl. BVerfGE 79, 127, 153 –

kein pauschales Verbot dieser Gegengründe annimmt, sondern mit dem Wort des „*grundsätzlichen*“ Nicht-Genügens eine Hintertüre für begründete Sonderfälle offenhält.

(1)

In gleicher Weise impliziert im Übrigen auch der vom Bundesverfassungsgericht selbst verwendete Begriff des „*alltäglichen Erwerbsinteresses*“ die Möglichkeit wenn nicht gar Notwendigkeit weitergehender Differenzierungen für solche Fälle offen, in denen es zwar um „*Erwerbsinteressen*“ potentieller Käufer geht, diese aber aufgrund besonderer Umstände nicht mehr den „*alltäglichen*“ Erwerbsinteressen zugeordnet werden können.

Beispielhaft kann insoweit auf das zeitlich sehr komprimierte Konsumverhalten der Bevölkerung in der Vorweihnachtszeit verwiesen werden, das insbesondere nach seinem zeitlichen Rhythmus, seiner produktmäßigen Orientierung auf werthaltige Güter (Schmuck, Uhren, Unterhaltungselektronik, Möbel etc.) und dem regelmäßig eher familiär konzipierten Einkaufsmodus deutlich von den „*alltäglichen*“ Erwerbsinteressen in der Bevölkerung abgetrennt werden kann

- entsprechende Differenzierungsmöglichkeiten deutet auch das Bundesverfassungsgericht an, wenn es von „*Besonderheiten der Vorweihnachtszeit*“ spricht, auch wenn es hierbei eine generelle Ladenöffnung an vier Adventssonntagen augenscheinlich für zu weitgehend und „*Ladenöffnungen nur an einzelnen Sonntagen*“ für rechtfertigungsfähig erachtet, BVerfG, aaO., Rn. 177; eingehend hierzu unten III. B. -.

Gleiches wird für Erwerbsinteressen anzunehmen sein, die durch ein wie auch immer geartetes spezielles Besucheraufkommen in einem bestimmten Gebiet begründet werden und die damit eben nicht mehr dem „*alltäglichen*“ Bereich zuzuordnen sind.

Der Begriff des „*alltäglichen Erwerbsinteresses*“ böte insoweit zugleich den Ansatz dafür, ein primär freizeitorientiertes, gegenständlich nicht näher fokussiertes Einkaufsbedürfnis der einheimischen Bevölkerung gleichermaßen aus dem Bereich des „*Alltäglichen*“ auszuklammern und als die Bedienung dieses Interesses damit als legitimen Grund für Beschränkungen der Sonn- und Feiertagsruhe anzuerkennen

- hierfür etwa Leisner, NVwZ 2014, 921, 923, unter Verweis auf Stammler, NVwZ 2008, 1313, 1315; ähnl. schon Tegebauer, GewArch

2007, 49, 53; sehr weitgehend Kehrberg, GewArch 2001, 14, 20: „wenn ... der Einkauf zu einer Freizeitbeschäftigung geworden ist, muss dieser Wandel auch in der Verfassungsrealität Berücksichtigung finden ...“ -,

Freilich ist das Bundesverfassungsgericht diesen Schritt bislang nicht offen mitgegangen. Zwar betont das Bundesverfassungsgericht explizit die Befugnis des Gesetzgebers,

*„auf Änderungen im Freizeitverhalten ... Rücksicht zu nehmen“*

- aaO., Rn. 156 -.

Speziell in Bezug auf das Einkaufsverhalten der Bevölkerung fällt indes auf, dass das Gericht das (von ihm) sog. „*Shopping-Interesse*“ potentieller Käufer ohne weitere Differenzierung dem als gegenläufiges Schutzgut grundsätzlich inkriminierten „*alltäglichen Erwerbsinteresse*“ zuordnet

- aaO., Rn. 158 -.

Ob der Umstand, dass das Gericht im weiteren Verlauf der Entscheidung von „*alltägliche(n) Shopping-Interesse(n)*“ spricht, dahin gedeutet werden kann, dass auch das Gericht zwischen „*alltäglichen*“ und freizeitorientierten „*nicht-alltäglichen*“ Shopping-Interessen differenzieren will

- so wohl *Leisner*, NVwZ 2014, 921, 923; zuvor bereits *Fuchs*, NVwZ 2005, 1026, 2028 -

bleibt insofern unklar. Die offenkundige Zurückhaltung des Gerichts dürfte früheren Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in der Entscheidung vom 9.6.2004 geschuldet sein, in denen es heißt:

*„Selbst wenn das Einkaufen an Sonn- und Feiertagen für einen Teil der Bevölkerung infolge von Veränderungen der Einkaufsgewohnheiten keinen "werktäglichen Charakter" hat, sondern zum Freizeitvergnügen geworden sein sollte und - wie die Beschwerdeführerin meint - mit dem Besuch eines Theaters oder Kinos vergleichbar wäre, so dass die Ladenöffnung in diesem Sinne "Arbeit für den Sonntag" wäre, müsste der Gesetzgeber den Schutz der Arbeitsruhe im Zuge der Abwägung mit der Berufsausübungsfreiheit nicht zurücktreten lassen. Auch für die Arbeit für den Sonn- und Feiertag gilt das in Art. 139 WRV normierte Regel-/Ausnahmeverhältnis. Überwiegende Gründe, aus denen eine Befriedigung der gewandelten Freizeitbedürfnisse durch Ladenöffnung dennoch verfassungsrechtlich geboten wäre, sind nicht ersichtlich“*

- vgl. BVerfG, NJW 2004, 2363, 2370 f.; für diese Deutung auch *Kingreen/Pieroth*, NVwZ 2006, 1221, 1225; im Erg. auch *Webers*, GewArch 2005, 60, 62 -.

Freilich zielen die betreffenden Passagen allein auf die Frage, ob der Gesetzgeber einem neuartigen „freizeitorientierten“ Einkaufsverhalten im Rahmen sonn- und feiertäglicher Ladenschlussregelungen verfassungsrechtlich zwingend Raum gewähren „muss“. Die hier maßgebliche Frage, ob der Gesetzgeber die Veränderungen im Einkaufsverhalten zum Anlass nehmen „darf“, um hiermit weitergehende Ladenöffnungsregelungen an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen, wird durch die Ausführungen in der genannten Entscheidung insofern keineswegs abschlägig beschieden.

Vor diesem Hintergrund wird man die Befugnis des Gesetzgebers, auf ein gewandeltes Freizeitverhalten im Bereich des Einkaufens reagieren zu dürfen, wohl nicht a priori verneinen können.

Dabei dürfte der von Leisner selbst formulierte Einwand, dass eine

*„trennscharfe Unterscheidungen (scil: der beiden Shopping-Varianten, d. V.) ... nicht möglich“*

sei, keinen wirklichen Hinderungsgrund für die Eröffnung grundsätzlicher legislativer Gestaltungsspielräume darstellen.

(2)

Weitere Differenzierungen erscheinen aber auch im Hinblick auf die gewiss nicht zufälligen Formulierungen von den „*alleinigen*“ Umsatzinteressen

- aaO., Rn. 182 -

oder den „*bloß*“ wirtschaftlichen Umsatzinteressen der Verkaufsstelleninhaber

- aaO., Rn. 158 -,

möglich und geboten, die beide Raum für eine Berücksichtigung besonderer Umstände belassen und wohl auch belassen sollen. Zu denken ist dabei etwa an Umsatzinteressen, die für den einzelnen Verkaufsstelleninhaber von besonderer, womöglich sogar existenzieller Bedeutung sind

- hierzu zutreffend *Leisner*, NVwZ 2014, 921, 923 -,

aber auch an solche Umsatzinteressen, die in einer spezifischen Verbindung mit besonderen Belangen des Gemeinwohls stehen. Hierbei könnten etwa arbeitsmarktpolitische oder auch städtebauliche Gründe in Betracht kommen, auf die an späterer Stelle einzugehen sein wird. Eben diesem Ansatz entspricht es im Übrigen, wenn das Bundesverfassungsgericht an anderer Stelle explizit z. B. „*beschäftigungspolitische Erwägungen*“ oder Gründe der „*Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich*“

- aaO., Rn. 157 -

als legitime Gründe für Ausnahmen vom Sonntagsschutz benennt.

Insofern bedarf es im Einzelfall durchaus eines differenzierenden Umganges mit den grundsätzlich inkriminierten Umsatz- und Erwerbsinteressen von Verkaufsstelleninhabern und potentiellen Käufern.

### **c) Positivkatalog**

Hervorzuheben ist schließlich, dass das Gericht selbst einige Positivbeispiele für tradierte und aus Sicht des Gerichts augenscheinlich unproblematische Einschränkungen der Sonn- und Feiertagsruhe benennt, die es in die Kategorien „*Arbeit trotz des Sonntags*“ und „*Arbeit für den Sonntag*“ sortiert

- hierzu und zum Folgenden BVerfG, aaO., Rn. 157 -.

(1)

Unter der Rubrik „*Arbeit trotz des Sonntags*“ benennt das Gericht dabei die Sicherheits- und Grundversorgungsinteressen der Bevölkerung (Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei), aber auch private Not- und Bereitschaftsdienste sowie infrastrukturelle Voraussetzungen zur Sicherung der allgemeinen Mobilität. Ihnen liegen – wie eingangs der Untersuchung hervorgehoben – verfassungsunmittelbare Schutzpflichten des Staates zugrunde, denen aufgrund der Höchststrangigkeit der betroffenen Schutzgüter ohne Weiteres ein Vorrang gegenüber der vom Bundesverfassungsgericht angenommenen Schutzpflicht in Bezug auf die Sonntagsruhe zukommt. Bemerkenswert ist in diesem Kontext ferner die Berücksichtigungsfähigkeit (allgemeiner) wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Interessen wie namentlich der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, aber auch die Erwähnung produktionstechnischer Gründe im industriellen Bereich, mit denen zugleich die Zumutbarkeitsgrenzen in Bezug auf bestimmte Unternehmensparten bzw. Produktionsformen nachjustiert werden.

Die letztgenannten Fallkonstellationen einer zur Wahrung grundrechtlicher Zumutbarkeitsgrenzen, aber auch im öffentlichen Interesse erfolgenden Nachjustierung von Öffnungszeiten dürften durchaus einer Erweiterung zugänglich sein. Bereits an dieser Stelle sei auf das drängende Problem des „Ladensterbens“ und der damit einhergehenden Verödung der Innenstädte hingewiesen. Auch hier nämlich geht es längst nicht mehr um „bloße“ Erwerbsinteressen der Verkaufsstelleninhaber, sondern letztlich um deren wirtschaftliches Überleben - und aufgrund der negativen Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die Versorgungssituation vor Ort und damit zugleich um die

genuin öffentlichen Interessen an der Erhaltung notwendiger Versorgungsinfrastrukturen sowie attraktiver Wohn- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den Städten insgesamt

- zur Wahrung der Urbanität bzw. des Schutzes der Innenstädte und des mittelständischen Fachhandels als erheblichem Gemeinwohlzweck etwa Runkel, UPR 1998, 242; dies konstatiert auch F. Hufen, NVwZ 2001, 1009, 1010 – ungeachtet seiner kritischen Einschätzung in Bezug auf territorial-differenzierende Lösungsmodelle -.

Hierauf wird im Rahmen der Konturierung verbleibender Handlungsspielräume des Gesetzgebers zurückzukommen sein

- unten III. -.

(2)

Unter der Rubrik „*Arbeit für den Sonntag*“ erwähnt das Gericht schließlich explizit die Hotel- und Gastronomiebranche – erkennbar als Beispiel für legitime Beherbergungs- und Verpflegungsinteressen der Bevölkerung in ihrer freien Zeit – sowie die Sicherung der Mobilität als Voraussetzung für eine Realisierung der Erholungsfunktion der Sonn- und Feiertage.

(3)

Der vorgenannten Rubrik der „*Arbeit für den Sonntag*“ dürfen auch die in neuerer Zeit besonders umstrittenen Ladenöffnungen aus Anlass von Märkten und sonstigen Veranstaltungen zuzuordnen sein, die damit zumindest im Ausgangspunkt einem legitimen öffentlichen Interesse dienen und damit grundsätzlich Anknüpfungspunkt verfassungskonformer Beschränkungen der Sonn- und Feiertagsruhe sein können.

In welchem quantitativen Umfange Ladenöffnungen hierbei verfassungsrechtlich zulässig sein können, ist dabei eine Frage der Gewichtung der kollidierenden Interessen und wird daher an späterer Stelle zu prüfen sein.

### **3. Verhältnismäßigkeit**

Neben dem Vorliegen eines legitimen Gemeinwohlgrundes verlangt das Gericht, dass dem konfligierenden Sachgrund ein hinreichendes Gewicht zukommt, um die Beschränkung des Regelfalls der Sonn- und Feiertagsruhe zu rechtfertigen.

#### **a) Konturierung der Anforderungen in der Entscheidung vom 1.12.2009**

Hinsichtlich der exakten Bemessung dieser Anforderung bleiben die Ausführungen des Gerichts allerdings eher vage und im Allgemeinen. So spricht es davon, dass *„ein öffentliches Interesse solchen Gewichts zu verlangen (ist), das die Ausnahmen von der Arbeitsruhe rechtfertigt“*

- aaO., Rn. 181 -.

An anderer Stelle formuliert das Gericht, dass die kollidierenden Rechtsgüter, in deren Interesse bzw. zu deren Schutz die Sonn- und Feiertagsruhe eingeschränkt wird, *„höher oder gleichwertig“* sein müssten

- aaO., Rn. 154 -.

Ähnlich offen führt das Gericht mit Blick speziell auf Ladenöffnungsregelungen aus, dass jede Ausnahme

*„eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf“*

- aaO., Rn. 158 -.

(1)

Immerhin lässt das Gericht keinen Zweifel daran, dass es gerade der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen *„bei der Bewertung der Durchbrechung der Arbeitsruhe ... großes Gewicht“* beimisst

- aaO., Rn. 166 -.

Das Gericht bezieht sich hierbei namentlich auf die *„öffentliche Wirkung“* der Ladenöffnung, die den Charakter und damit das *„öffentliche Bild“* des Tages in besonderer Weise präge. Dabei verweist das Gericht nicht allein auf die unmittelbaren Wirkungen der Öffnung von Verkaufsstellen, sondern zugleich auf die Folgewirkungen von innerstädtischen Ladenöffnungen etwa für den öffentlichen Straßenverkehr, aber auch für die im Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- aaO. -.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Forderung des Gerichts nach einem zumindest gleichen Gewicht der gegenläufigen Sachgründe unmittelbar auch auf das hier zu ermittelnde Rechtfertigungsniveau durchschlagen.

(2)

Dass es insoweit gleichwohl keine statisch zu bemessende Rechtfertigungsschwelle gibt, vielmehr einer dynamischen, nach der jeweiligen *„Eingriffintensität“* abstufenden Abwägung bedarf, wird deutlich, wenn das Gericht ausführt:



*„Dem Regel-Ausnahme-Gebot kommt generell umso mehr Bedeutung zu, je geringer das Gewicht derjenigen Gründe ist, zu denen der Sonn- und Feiertagsschutz ins Verhältnis gesetzt wird und je weitergreifend die Freigabe der Verkaufsstellenöffnung in Bezug auf das betroffene Gebiet sowie die einbezogenen Handelssparten und Warengruppen ausgestaltet ist. Deshalb müssen bei einer flächendeckenden und den gesamten Einzelhandel erfassenden Freigabe der Ladenöffnung rechtfertigende Gründe von besonderem Gewicht vorliegen, wenn mehrere Sonn- und Feiertage in Folge über jeweils viele Stunden hin freigegeben werden sollen“*

- aaO., Rn. 159 -.

Hierbei setzt das Gericht das Rechtfertigungsniveau zusätzlich auch in Relation zu der Ausgestaltung der sonstigen, werktäglichen Ladenöffnungszeiten mit der Folge, dass die Arbeitsruhe an den Sonn- und Feiertagen *„noch mehr an Bedeutung und Gewicht“* gewinne, wenn etwa die werktäglichen Ladenöffnungszeiten die maximale Ausweitung auf 24 Stunden erfahren haben

- aaO., Rn. 169 -.

Für womöglich vollständige Freigaben im Sinne einer flächendeckenden, allgemeinen 24-Stunden-Öffnung an Sonn- und Feiertagen steigert das Gericht diese Anforderungen nochmals dahingehend, dass der Gesetzgeber in diesem Falle

*„dem verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Schutz nur dadurch Rechnung tragen (könnte), dass er dafür eine besonders hohe Voraussetzung vorsähe, etwa ein herausragend gewichtiges öffentliches Interesse“*

- aaO., Rn. 185 -.

Im Ergebnis konstruiert das Gericht damit ein gestuftes Rechtfertigungsmodell oder „Kaskadenmodell“, das sich

- von dem „Normalfall“ der Rechtfertigung einzelner Ausnahmeregelungen durch *„hinreichend gewichtige Gegengründen“*
- über die Forderung nach *„besonders gewichtigen Gründe“* bei räumlich und gegenständlich nicht näher begrenzten Freigaben „in Folge“ und über jeweils viele Stunden
- bis hin zu dem Erfordernis der Rechtfertigung durch *„herausragend gewichtige Gemeinwohlgründe“* für flächendeckende, allgemeine 24-Stunden-Öffnung an Sonn- und Feiertagen

steigert.

Die Parallele zu der vom Bundesverfassungsgericht für das Grundrecht der Berufsfreiheit entwickelten „Drei-Stufen-Lehre“

- grundlegend BVerfGE 7, 377 ff.; eingehend *Dietlein*, in: Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/1, 2006, S. 1890 ff. -

ist insoweit nicht zu übersehen.

Eine letzte, unüberschreitbare Linie, die dem Konzept des einrichtungsrechtlichen „Kernbereichsschutzes“ entspricht, zieht das Gericht schließlich dort, wo Ladenöffnungsregelungen (bzw. der Verzicht auf diese) zu einer weitgehenden Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen führen und Ausnahmen nicht mehr als solche erkennbar sind

- aaO., S. 158; mit gleicher Zielrichtung Rn. 184 a. E. -.

## **b) Konkretisierungsversuche**

Vor dem Hintergrund der in hohem Maße wertungsabhängigen Rechtfertigungskriterien stellt sich zunächst und vor allem die Frage nach dem „*quis iudicabit*“: Wer entscheidet über das Vorliegen der hinreichenden Gewichtigkeit der Gegengründe, der Gesetzgeber oder das Verfassungsgericht? Die Verfassungsunterworfenheit der Gesetzgebung, wie sie namentlich durch Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 3 GG festgelegt wird, spricht insoweit zunächst für eine alleinige Entscheidungszuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts. Ein klassisches Problem des Verfassungsrechts ergibt sich gleichwohl insoweit, als – auch nach Einschätzung des Verfassungsgerichts – die Verfassungsrechtsprechung nicht in den Bereich genuin politischer Einschätzungen und Bewertungen übergreifen darf. Es widerspräche den demokratischen Grundprinzipien der politischen Verantwortung, wenn ein Verfassungsgericht, dessen Handeln bewusst dem Erfordernis periodischer demokratischer Rückbestätigung entzogen ist, politische Prognosen und Einschätzungen der im parlamentarischen Prozess agierenden Entscheidungsträger durch eigene, ebenso wenig absicherbare Prognosen und Einschätzungen zu ersetzen befugt wäre. Diese Sichtweise hat sich nach anfänglichem Schwanken

- siehe etwa BVerfGE 7, 377 ff., wo das Gericht mehrfach eigene Gefahreinschätzungen an die Stelle legislativer Einschätzungen setzt, vgl. insbesondere S. 415 und S. 423: „*Nach der Überzeugung des Gerichts werden die hier vermuteten Gefahren überschätzt*“ –

auch das Bundesverfassungsgericht zu Eigen gemacht und insbesondere für den Bereich der legislativen Gemeinwohlkonkretisierung sowie die Gewichtung kollidierender Schutzgüter weite Einschätzungsspielräume des Gesetzgebers akzeptiert. Eine Grenze zieht das Gericht diesen Einschätzungs- und Beurteilungsspielräumen erst dort, wo die Erwägungen des Gesetzgebers

*„so offensichtlich fehlsam sind, dass sie vernünftigerweise keine Grundlage für gesetzgeberische Maßnahmen abgeben können“*

- BVerfGE 77, 84, 106 ff.; ähnlich bereits BVerfGE 13, 97, 113 -.

Gerade im Kontext der zu Art. 12 GG entwickelten „Dreistufenlehre“, deren Vorbildfunktion für das hier einschlägige sonn- und feiertagsspezifische Rechtfertigungsmodell bereits oben nachgewiesen wurde, hat das Bundesverfassungsgericht schon früh originäre, verfassungsgerichtlich nur begrenzt nachprüfbare Einschätzungsprärogativen des Gesetzgebers anerkannt, die namentlich auch die Gewichtung kollidierender Gemeinwohlbelange betreffen. Bereits oben

- vgl. 1 b -

wurde insoweit auf den sog. Handwerksbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juni 1961 verwiesen, mit dem das Gericht konstatierte, dass die bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung

*„allenthalben auftretenden Wertungs- und Abwägungsfragen ... die Auffassung des Gesetzgebers ... nicht beanstandet werden kann, solange nicht eindeutig ist, dass sie von unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen ausgeht oder mit der Verfassung in Widerspruch steht“.*

Dass diese richterliche Zurückhaltung auch die höchste Rechtfertigungsebene von Grundrechtseingriffen betrifft, die einer Rechtfertigung durch „überragend wichtige Gemeinschaftsinteressen“ bedürfen, stellte das Gericht wenige Jahre später in seinem Beschluss zum „Mühlenstrukturgesetz“ vom 18. Dezember 1968 klar, in dem es heißt:

*„Dem Gesetzgeber kann es ... nicht verwehrt sein, auch künftigen, nicht auszuschließenden Gefahren rechtzeitig vorzubeugen ... Dem dürfen die Gerichte nicht ihre eigenen – ebensowenig strikt beweisbaren – Überzeugungen über den voraussichtlichen Verlauf einer ... Entwicklung entgegensetzen“*

- BVerfGE 25, 1, 17 -.

Vor diesem Hintergrund wird man eine Befugnis des Gesetzgebers zur autonomen Gewichtung der von ihm verfolgten Gemeinwohlziele und -zwecke

auch in Ansehung der Ladenschlussregelungen nicht ernstlich bezweifeln können. Vorauszusetzen ist dabei freilich, dass die Erwägungen des Gesetzgebers nicht jene Schwelle der offensichtlichen Fehlsamkeit dahingehend überschreiten, dass sie vernünftigerweise keine Grundlage für gesetzgeberische Maßnahmen mehr abgeben können. Die hiermit gezogene „rote Linie“ dürfte freilich in der Praxis nur in extremen Ausnahmefällen relevant werden.

### **c) Differenzierungspotential**

Auf der Grundlage der vorangegangenen Systematisierungen lässt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Spielraum für weitreichende Differenzierungen, die damit auch Ansätze für „niedrigschwellige“ Öffnungsregelungen bietet.

(1)

Denn wenn das Gericht besonders hohen Anforderungen für flächendeckende, auf viele Stunden bemessene und den gesamten Einzelhandel erfassende Freigabe der Ladenöffnung an mehreren Sonn- und Feiertagen stellt

- aaO., Rn. 159 -,

bedeutet dies umgekehrt, dass die konkreten Rechtfertigungsanforderungen umso niedriger anzusetzen sind, je mehr sonntägliche Ladenöffnungen räumlich, zeitlich und gegenständlich umhegt sind, also etwa

- nur an einzelnen Sonn- und Feiertagen vorgesehen sind,
- auf eine begrenzte Stundenzahl,
- auf bestimmte Orte oder Ortsteile,
- auf bestimmte Handelssparten oder Warengruppen begrenzt bleiben und womöglich
- in einem normativen Umfeld stehen, das spezifische Arbeitnehmerschutzregelungen (Zeitausgleich/Freiwilligkeitsmodelle) oder auch eingeschränkte werktägliche Ladenöffnungen vorsieht und hierdurch Bedeutung und Gewicht des sonn- und feiertäglichen Ladenschlusses relativiert

-zu letztgenanntem Konnex BVerfG, aaO., Rn. 169; zur sozialpolitischen Abfederung von Ladenöffnungen durch das Recht der allgemeinen Arbeitszeitregeln auch BVerfGE 111, 10, 46 – *diss. vote* Papier u. a. -.

Mit dieser Dynamisierung der Rechtfertigungsanforderungen dürften auch vormalige Einwände aus dem Schrifttum entschärft sein, die aus der Formulierung des Art. 139 WRV, wonach die Sonn- und Feiertage explizit „als Tage“ geschützt werden, strenge Vorgaben selbst für kurzzeitige Ladenöffnungen ableiten wollten

- vgl. Kingreen/Pieroth, NVwZ 2006, 1221, 1226, dort freilich nur bezogen auf eine regelmäßige kurzzeitige Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen -.

(2)

Ebenso bietet der Umstand, dass das Gericht der „*öffentlichen Wahrnehmung*“ bzw. der „*prägenden öffentlichen Betriebswirkung der Verkaufsstellenöffnung*“

- Rn. 184 -,

zugleich sachliche Ansatzpunkte dafür, im Bereich weniger öffentlich wahrnehmbarer Aktivitäten zu einer deutlicheren Berücksichtigung konfligierender Rechtsgüter zu gelangen. So erwähnt das Gericht selbst die Möglichkeit von wettbewerbs- und arbeitsmarktpolitisch begründeter Ausnahmeregelungen für den industriellen Bereich,

*„zumal diese (scil.: Ausnahme, d. V.) der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend entzogen ist und ihr damit kein prägender Charakter für den äußeren Ruherahmen der Sonntag zukommt“*

- Rn. 157 -.

Entsprechende Erwägungen aber dürften nicht nur dort greifen, wo gewerbliche Tätigkeiten durch die innerbetriebliche Organisation gleichsam dem öffentlichen Blick entzogen sind. Vielmehr greifen die Überlegungen des Gerichts erkennbar auch dort, wo bestimmte Gewerbe- einschließlich Einkaufsbereiche aufgrund ihrer Lage oder anderer Umstände von dem klassischen sonn- und feiertäglichen Lebensumfeld räumlich separiert werden können, insbesondere auch deshalb, weil sie typischerweise ausschließlich oder zumindest typischerweise vorrangig oder sogar allein zu Einkaufszwecken aufgesucht werden. Denn eine womöglich „*werktägliche Geschäftigkeit*“, von der ausschließlich die hieran interessierten Bevölkerungsteile berührt werden, schlägt in diesem Falle erkennbar nicht auf die vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobenen Bevölkerungskreise zurück,

*„die weder arbeiten müssen noch einkaufen wollen, sondern Ruhe und seelische Erhebung suchen, namentlich auch die Gläubigen christlicher Religionen und die Religionsgemeinschaften selbst, nach deren Verständnis der Tag ein solcher der Ruhe und der Besinnung ist“*

- aaO., Rn. 166 -.

Diese einschränkenden Erwägungen mögen zwar mit Blick etwa auf den Arbeitnehmerschutz nicht ohne Weiteres zu einem vollständigen Zurücktreten des Sonn- und Feiertagsschutzes führen, müssen aber nach der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Schutzkonzeption zumindest zu einer erheblichen Absenkung der Rechtfertigungsanforderungen an die Öffnung von Verkaufsstellen führen. Dies erst recht, soweit die Belange des Arbeitnehmerschutzes durch besondere Absprachen, etwa Zeitausgleichs- oder Freiwilligkeitsabreden, gesichert werden können. Denn eine individuelle Pflicht zur Sonntagsruhe wird man Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV gewiss nicht entziehen können.

(3)

Schließlich impliziert die hier durchgängig hervorgehobene Einschätzungsprärogative mit der in diese eingeschlossene Kompetenz zur Konkretisierung von Gemeinwohlzielen, dass der Gesetzgeber auch neue, bislang noch nicht in den Diskurs um den Sonn- und Feiertagsschutz einbezogene Einsichten bzw. Absichten zu Gemeinwohlzielen erklärt und diesen hierbei auch eine besondere gesellschaftspolitische Wertigkeit beimisst

- zu eng insoweit K. Fuchs, NVwZ 2005, 1026, die als Gemeinwohlbelange nur solche Gründe ansieht, *„die in der öffentlichen Diskussion besonders berücksichtigt werden und im öffentlichen Interesse liegen“* -.

(a)

Beispielhaft lässt sich insoweit das seit längerem zu beobachtende und zunehmend drängende städtebauliche Problem der Verödung zahlreicher Innenstädte nennen

- hierzu zuletzt eine Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und des Handelsverbands Deutschland (HDE), derzufolge bis 2020 schätzungsweise 50.000 Standorte vom Markt verschwinden werden, was etwa zehn Prozent des derzeitigen Angebots ausmache, vgl. hierzu den Zeitungsbeitrag aus der „Welt“  
<https://www.welt.de/wirtschaft/article165248634/Deutschlands-Innenstaedte-drohen-zu-veroeden.html> -,

das zugleich, wenn nicht gar vorrangig eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens der örtlichen Verkaufsstelleninhaber insbesondere des mittelständischen Fachhandels darstellt, die durch die Ladenschlussregelungen unmittelbar in ihren grundrechtlich geschützten Positionen betroffen werden. In diesem Kontext ist zusätzlich darauf hinzuweisen, dass § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB *„die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche“* explizit als einen in der Bauleitplanung zu berücksichtigenden öffentlichen Belang bzw. legitimes Gemeinwohlinteresse ausweist. Hinter diesem öffentlichen Belang

stehen namentlich die grundrechtlich geschützten Versorgungsinteressen der Bevölkerung, insbesondere die Versorgungsinteressen der weniger mobilen, älteren Bewohner, aber auch das für die Erhaltung attraktiver Wohnverhältnisse gewichtige Interesse an einer Entzerrung und Dämpfung des innerstädtischen Verkehrs durch eine möglichst wohnortnahe Versorgung.

Den dargestellten öffentlichen sowie privaten-grundrechtlichen Belangen kommt schon nach geltendem Recht ein erheblicher verfassungsrechtlicher Rang zu, der keinesfalls a priori hinter den Aspekten der Sonn- und Feiertagsruhe zurücktritt. Insbesondere kommt dem Gesetzgeber hinsichtlich der Zwecktauglichkeit sonn- und feiertäglicher Ladenöffnungen eine verfassungsgerichtlich nur eingeschränkt kontrollierbare Einschätzungsprärogative zu, die keineswegs zur Vorlage geschlossene „Beweisketten“ zwingt. Dass sich hieraus beachtliche Handlungsspielräume ergeben, legen gerade auch neuere Untersuchungen da, die auf eine nicht zu unterschätzende Relevanz der Ladenöffnungsregelungen für den wirtschaftlichen Erfolg des mittelständischen Einzelhandels hindeuten. Hinzuweisen ist in diesem Kontext namentlich auf die forcierte Entwicklung des Online-Handels, der ausweislich neuerer Untersuchungen speziell in den allgemeinen, respektive sonn- und feiertäglichen Ladenschlusszeiten „boomt“

- hierzu eine BITKOM-Studie aus dem Jahre 2014 mit der Aussage: „Online-Shopper kaufen am liebsten sonntags und nach 18 Uhr“, vgl. <https://www.erfurt.ihk.de/servicemarken/branchen/Handel/Online-Handel/Aktuelle-Zahlen-und-Fakten-zum-Online-Handel/1394032>; ähnl. A. Berg (BITKOM), Präsentation zum Thema „Trends im Online-Shopping“ vom 13.8.2015, Bl. 4, wonach 71 % der Befragten die Unabhängigkeit von Ladenöffnungszeiten als Grund für den Online-Einkauf nennen; abrufbar unter <https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-PIs/2015/08-August/Bitkom-Presse-konferenz-Trends-im-E-Commerce-13-08-2015-Praesentation-final.pdf> -

und einen zunehmenden Anteil des Umsatzvolumens auf sich konzentriert.

Da eine Begrenzung des Online-Einkaufs schon aus europarechtlichen Gründen nationalstaatlich nicht durchsetzbar sein dürfte, liegt die Überlegung nach, den gebotene Interessenausgleich bzw. das Gemeinwohlinteresse an einer Belebung der Innenstädte zumindest auf kurze und mittlere Sicht durch eine Nachjustierung bzw. kontrollierte Ausweitung der sonn- und feiertäglichen Öffnungszeiten für den stationären Handel zu bewirken. Dagegen dürfte sich das Problem des Einzelhandels in den Innenstädten derzeit nicht allein durch den – sicherlich wünschenswerten – Ausbau des parallelen Internetversandes durch die lokalen Verkaufsstellen lösen lassen

- in diese Richtung aber Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, 2014, S. 395 f. -.

Entsprechendes dürfte im Hinblick auf ebenfalls denkbare planungsrechtliche Reaktionsmöglichkeiten des Gesetzgebers gelten. Denn unabhängig davon, ob man diesen überhaupt eine gleiche Eignung zubilligen könnte

- hiergegen dezidiert Schmitz, BauR 2000, 1274, 1280 -,

bleibt es nach dem Konzept des Grundgesetzes dem Gesetzgeber überantwortet zu entscheiden, welche Instrumente er für geeignet und erforderlich erachtet, um gegen die von ihm für relevant erachteten Gemeinwohrlücken oder -gefährdungen vorzugehen. Der hiernach eröffneten Bewertungsspielraum endet erst dort, wo die Erwägungen des Gesetzgebers so offensichtlich fehlsam sind, dass sie

*„vernünftigerweise keine Grundlage für gesetzgeberische Maßnahmen abgeben können“*

- BVerfGE 77, 84, 106 ff. -.

Eben dies aber wird man in Ansehung vielfältiger Studien zu den Zusammenhängen zwischen der Ladenöffnung und der Stadtentwicklung keinesfalls annehmen können.

(b)

Eine gesetzlichen Verfolgung der dargestellten öffentlichen sowie privatrechtlichen Belange steht insbesondere nicht entgegen, dass das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 23.3.1982 zur Stuttgarter Klett-Passage angenommen hat, dass

*„die Abwehr polizeilicher Gefahren, die durch die Verödung der Klett-Passage in den Abendstunden entstehen“,*

im Hinblick auf den Zweck und die Systematik des § 23 LadSchlG nicht berücksichtigungsfähig seien

- BVerwG, NJW 1982, 2513, 2514; für eine Fokussierung des Bundesladenschlussgesetzes auf Ziele des Arbeitsschutzes sowie der Sicherung der Wettbewerbsneutralität in Bezug auf Verkaufsstellen ohne Angestellte BVerfG, NJW 2004, 2363, 2364; vgl. auch Rozek, NJW 1999, 2921, 2923; für eine „städtebauliche Relevanz“ des Ladenschlussrechts aber etwa Schmitz, BauR 2000, 1274, 1275-.

Denn die dortigen Ausführungen bezogen sich allein auf die Interpretation der dort einschlägigen einfachgesetzlichen Regelung des § 23 LadSchlG und



können damit die grundsätzliche Befugnis des Gesetzgebers, den Gefahren einer Verödung der Innenstädte sowie insbesondere einer drohenden Funktionsbeeinträchtigung zentraler Versorgungsbereiche - ggf. im Rahmen einer Neuordnung des Ladenschlussrechtes - entgegen zu wirken, nicht in Frage. Insbesondere ändert diese Öffnung des Blickwinkels nichts an den kompetenziellen Grundlagen für die Ladenschlussgesetzgeber, da maßgeblich für die kompetenzielle Zuordnung nicht das Ziel einer Regelung ist, sondern der betroffene Regelungsbereich

- vgl. etwa BVerfG, NJW 2008, 2409, 2411 Rn. 98 „*Maßgebend für die Verteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern in Art. 74 GG ist der Gegenstand des jeweiligen Gesetzes ... , nicht das vom Gesetzgeber in den Blick genommene Gemeinwohlziel*“ -,

der hier auch weiterhin allein das Ladenschlussrecht bliebe.

(c)

Auch soweit territorial differenzierende Ansätze für sonn- und feiertägliche Ladenöffnungen im Schrifttum vereinzelt als ihrerseits grundrechtswidrig eingestuft werden, vermag dies nicht zu überzeugen. Dies gilt namentlich für den von F. Hufen – übrigens entgegen eigener früherer Bewertungen - erhobenen Vorwurf eines verfassungswidrigen Gleichheitsverstößes

- so F. Hufen, NVwZ 2001, 2001 ff.; anders noch ders., NJW 1986, 1291, 1300, der dort „*die Sorge um die weitere Lebensfähigkeit der Innenstädte*“ durchaus als relevanten „*städtebauliche(n) Aspekt*“ benennt und „*die Offenhaltung wenigstens einiger Geschäfte*“ fordert; noch deutlicher ders., ebda., S. 1301, wenn dort „*zonenmäßige Differenzierungen*“ innerhalb von Stadtgebieten vorgeschlagen werden -.

Die Annahme eines Gleichheitsverstößes dürfte bereits an der Unterschiedlichkeit der Sachverhalte scheitern. Denn Art. 3 Abs. 1 GG verbietet allein die sachwidrige Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem, nicht aber die differenzierende Antwort des Gesetzgebers auf Problemlagen, die sich an verschiedenen Stellen in unterschiedlicher Art und Intensität manifestieren. Dass es insoweit aber relevante Unterschiede zwischen Innenstadtbereichen als den traditionellen Zentren des gesellschaftlichen Lebens auf der einen Seite und den Standorten „auf der grünen Wiese“ auf der anderen Seite gibt, steht außer Frage

- hierzu eingehend Schmitz, BauR 2000, 1274, 1275; a. A. aber wohl F. Hufen, NVwZ 2001, 1009, 1011, der sogar die „*Abgrenzbarkeit von 'Innenstadt' und 'grüner Wiese'*“ in Zweifel zieht -.

Entsprechendes gilt zumal für die „zentralen Versorgungsbereiche“ im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB, die eine verbrauchernahe Versorgung sicherstel-

len und zu einer Verminderung des Anfahrtsverkehrs beitragen sollen. Gerade hierin unterscheiden sich die zentralen Versorgungsbereiche maßgeblich von Standorten, die nur über eine längere Anfahrt erreichbar sind. Angesichts dieser höchst unterschiedlichen Ausgangslage erscheint es weder rechtlich noch tatsächlich gerechtfertigt, etwaige Differenzierung zur Lösung der Sonderprobleme in den Innenstädten mit dem von Hufen formulierten Etikett des „City-Privilegs“ zu belegen. Vielmehr geht es um öffentliche Interessen, die der Gesetzgeber legitimerweise aufzugreifen befugt ist

- wie hier auch Schmitz, BauR 2000, 1274, 1278 -.

Auch der von F. Hufen erhobene Vorwurf eines unzulässigen Eingriffs in den durch Art. 12 GG geschützten Wettbewerb greift im Ergebnis nicht durch. Fraglich ist bereits, ob administrative Freigaben der Ladenöffnung, die sich auf örtlich begrenzte Bereiche beziehen, überhaupt als Eingriff in Grundrechtspositionen der außerhalb der betroffenen Zonen angesiedelten Verkaufsstelleninhaber eingestuft werden können. Hiergegen spricht, dass das Bundesverfassungsgericht die Ableitung eines Rechts auf „*Schutz vor Konkurrenz*“ aus Art. 12 GG bislang durchgängig abgelehnt hat

- BVerfGE 39, 329, 336; BVerfG, NJW 1995, 2938, 2939; zu dieser gewiss problematischen Rechtsprechung eingehend Dietlein, in: Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/1, 2006, S. 1860 ff -.

Mittelbar nachteilige Effekte auf die Wettbewerbssituation werden nach diesem dogmatischen Konzept regelmäßig erst relevant, wenn es um „*schwere und unerträgliche Beeinträchtigungen*“ geht

- weitergehend iS. einer Spürbarkeitsgrenze immerhin Rozek, NJW 1999, 2921, 2929 -.

Diese besondere Ausgangssituation lässt sich auch nicht mit der These beiseiteschieben, dass territorial begrenzte Ladenöffnungen als (zielgerichtete) „*Bekämpfung*“ von Einkaufszentren zu verstehen seien

- so aber F. Hufen, aaO., S. 1012; anders noch ders., NJW 1986, 1291, 1301, wonach „*nicht dagegen (spräche), den Städten und Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ... solche Bereiche zu schaffen*“ -.

Denn zum einen werden drohende Abwärtsentwicklungen bei zentralen Versorgungsbereichen oder insgesamt in Innenstädten nicht notwendig mit suburbanen Gegenpolen in Verbinden stehen, sondern können auch auf andere Gründe zurückgehen.

Zum anderen ist mit Wallerath davon auszugehen,

*„dass Ausnahmeregelungen keine Maßnahmen bedeuten, mit denen der Staat 'zielgerichtet' gewisse Rahmenbedingungen verändert, um zu Lasten bestimmter Unternehmen einen im öffentlichen Interesse liegenden Erfolg herbeizuführen“*

- vgl. dens., NJW 2001, 781, 787, der selbst freilich über die Deutung der Ladenöffnungsregulierung im Sinne einer staatlichen Verteilung begrenzter Ressourcen bzw. die staatliche Zuteilung von Erwerbschancen zu parallelen Ergebnissen gelangen will -.

Soweit daher außerhalb bestimmter Bezirke ansässigen Unternehmen die faktischen Vorteile einer anderenorts aus legitimen Gemeinwohlgründen, insbesondere der Bekämpfung regional begrenzter Fehlentwicklungen durchgeführten Maßnahme vorenthalten bleiben, handelt es sich hierbei nicht um staatliche (mittelbare) Eingriffsakte, sondern um bloße „Reflexwirkungen“. Diese Reflexwirkungen aber können allenfalls in extremen Ausnahmefällen als „mittelbare Eingriffe“ gedeutet werden, wäre aber selbst dann - ebenso wie klassische Eingriffe - durchaus auch rechtfertigungsfähig.

Ganz auf der Linie der hier vertretenen Einschätzung verneint denn auch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung überwiegend eine sog. „drittschützende“ Wirkung ladenschlussrechtlicher Regelungen in Bezug auf Unternehmen, die gegen die behördliche Erteilung ladenschlussrechtlicher Ausnahmegenehmigungen an ihre Wettbewerber vorgehen wollen

- vgl. grdl. BVerwGE 65, 167, 169 und 1971 = NJW 1982, 1513 ff.; OVG Bautzen, NJW 1999, 2539; VGH München, BayVBl. 1985, 125; hierzu auch Tegebauer, GewArch. 2002, 185, 189 f.; a. A. aber OVG Bremen, NVwZ 2002, 873 ff. m. abl. Anm. Schmitz, NVwZ 2002, 822 ff., sowie - freilich mit der Beschränkung auf „Mitbewerber derselben Branche ... in der Nachbarschaft des Geschäftslokals“ VGH Mannheim, GewArch. 1979, 391; eingehend zu dieser Problematik Wallerath, NJW 2001, 281 ff. mwN; Sodan, in: Sodan/Ziekow, VwGO-Kommentar, 4. Aufl. 2014, § 42 Rn. 447 mwN. -.

Soweit F. Hufen die Legitimität derartiger Zielvorgaben ferner unter den - ebenfalls eingriffsakzessorischen - Aspekten der „Geeignetheit“ und „Erforderlichkeit“ parzellierender Lösungen in Frage stellt, steht diesen Erwägungen die hier bereits mehrfach erwähnte Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers entgegen. Gerade in Bezug auf nicht abschließend geklärte Sachverhalte sowie die Tauglichkeit potentieller Handlungsinstrumentarien gibt diese Einschätzungsprärogative dem Gesetzgeber weitreichende Spielräume, die erst an der Grenze des „*offensichtlich Fehlsamen*“ enden

- hierzu bereits oben 1 b -.

Verfassungsrechtlich nicht durchschlagend ist insofern namentlich der gegen territorial-differenzierende Modelle vorgebrachte Einwand, dass

*„nicht nachweisbar (ist), dass eine undifferenzierte erweiterte Abendöffnung der Versorgungsvielfalt und Urbanität der Innenstädte schaden würde“*

- so aber F. Hufen, aaO., S. 1011; entsprechendes gilt für die dortigen Ausführungen zur Erforderlichkeit territorial differenzierender Lösungsmodelle -.

Denn der hier suggerierten „Nachweispflicht“ unterliegt der Gesetzgeber im Rahmen der Prävention und Abwehr von ihm für nachteilig erachtete Entwicklungen gerade nicht.

Und selbst wenn die Unschädlichkeit unbegrenzter Ladenöffnungen zur Zielerreichung unterstellt würde, wäre spätestens nach dem Konzept des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 eine territoriale Begrenzung von Ladenöffnungsregelungen immer noch mit Blick auf das aus Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV abzuleitende Gebot eines möglichst umfassenden Schutzes der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen, wenn nicht sogar zu fordern.

Soweit F. Hufen schließlich die „Angemessenheit“ territorial differenzierender Modelle unter Verweis auf den Vertrauensschutz der außerhalb der Zentren angesiedelten Unternehmen in Frage stellt, kann auch dies die Legitimität des dargestellten Gemeinwohlziels nicht erschüttern. Denn abgesehen davon, dass es auch hierbei um einen eingriffsakzessorischen Aspekt geht, der mangels Eingriffsqualität in aller Regel nicht erst zum Zuge kommt, liegt ein relevanter Verstoß gegen die Angemessenheit staatlichen Handelns erst vor, wenn die Nachteile einer Maßnahme außer Verhältnis zu dem verfolgten Zweck stehen. Eben dies aber wird man für Maßnahmen zur Prävention und Abwehr drohender Gefahren für die Innenstädte sowie insbesondere zentrale Versorgungsbereiche, die zugleich dem Prinzip der möglichst umfassenden Wahrung der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe Rechnung tragen müssen, nicht annehmen können. Insofern dürften sich die Parameter gerade durch das nach dem Erscheinen der Untersuchung von F. Hufen ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 maßgeblich verändert haben.

(d)

Vor dem Hintergrund der eingangs dargestellten Gemeinwohlkonkretisierungsfunktion des Gesetzgebers und der damit einhergehenden Befugnis auch zur Gewichtung der von ihm zu verfolgenden Gemeinwohlinteressen ist

somit von einem Mandat des Gesetzgebers auszugehen, städtebauliche Belange wie insbesondere das Ziel der Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche oder der Wahrung intakter Wohn- und Lebensverhältnisse in den Innenstädten auf spezialgesetzlicher Basis als Rechtfertigungsgrund für Beschränkungen der Sonn- und Feiertagsruhe aufzugreifen. Hierbei wären nach Maßgabe legislativer Einschätzung räumliche Differenzierungen nicht nur innerhalb bestimmter Bereiche einer konkreten Gemeinde bzw. Stadt denkbar, sondern ggf. auch Differenzierungen nach der Größe von Städten und Gemeinden bzw. Differenzierungen nach Städten und Landgemeinden

- hierzu etwa Schmitz, BauR 2000, 1274, 1275 f. -.

In Betracht zu ziehen wären schließlich aber auch differenzierende Ausnahmeregelungen nach Maßgabe konkreter objektiver Parameter zur Bewertung des Zustandes der Innenstädte, wobei etwa abgestellt werden könnte auf

- relevante Leerstände von Wohn- und Geschäftsimmobilien,
- eine schwindende Diversität des Ladenangebotes, insbesondere auch im mittelständischen Einzelhandel,
- die Fluktuation der Anbieter oder „*trading-down*“-Effekte im Sinne von Mindernutzungen.

### III. Legislative Handlungsspielräume im Lichte der Entscheidung des BVerfG

#### A. Zum Streit um die bestehenden einfachrechtlichen Regelungen

Die vorangegangenen Überlegungen legen nahe, dass die geltenden Ladenschlussgesetze die verfassungsrechtlich bestehenden Handlungsspielräume der zuständigen Landesgesetzgeber keineswegs ausschöpfen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die derzeit vor den Verwaltungsgerichten ausgefochtenen Streitigkeiten über die Reichweite einer zulässigen Ladenöffnung „aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen“ nach dem im Freistaat Bayern fortgeltenden § 14 Bundesladenschlussgesetz

- grundlegend BVerwG, Urt. vom 11.11.2015 – 8 CN 2/14 -.

Denn die dortigen Auseinandersetzungen betreffen – ebenso wie die oben erwähnte Diskussion um die Ladenöffnung als Instrument der Gefahrenprävention - allein die Auslegung einer durch den einfachen Gesetzgeber aktuell formulierten Regelungsvorgabe für Ladenöffnungen, die damit einer grundsätzlich jederzeitigen „Nachjustierung“ durch den Parlamentsgesetzgeber offensteht.

Denkbar wäre dabei insbesondere, dass der Landesgesetzgeber den Versorgungsinteressen der Besucher eine stärkere Gewichtung zuerkennt oder aber andere, bislang kaum berücksichtigte Gemeinwohlinteressen wie etwa das der werbenden Eigendarstellung der Kommunen oder des örtlichen Gewerbes anlässlich bestimmter öffentlicher Veranstaltungen neu oder zumindest stärker in eine Neuregelung einfließen ließe. Auf den naheliegenden Gemeinwohlbelang der Erhaltung und Förderung zentraler Versorgungsbereiche im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB, der aufgrund der ökonomischen Relevanz anlassbezogener Ladenöffnungen durchaus auch in diesem Kontext aufgegriffen werden könnte, wurde insoweit bereits hingewiesen.

Soweit das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 11.11.2015 davon ausgeht, dass die vormalige Rechtsprechung zu § 14 LadSchlG dem Regel-Ausnahme-Verhältnis des Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV

*„noch nicht genügend Rechnung (trägt), weil sie nur verlangt, dass der Markt für sich genommen einen starken Besucherstrom auslöst, aber nicht ausschließt, dass daneben die Ladenöffnung den öffentlichen Charakter des Tages maßgeblich prägt“*

- aaO., Rn. 23, zu dieser Rechtsprechung, die auf eine relevante wirtschaftliche Inanspruchnahme durch die Veranstaltungsbesucher abstellte, Tegebauer, GewArch 2004, 321, 324 mwN. -,

betrifft dies zwar ebenfalls nur die Auslegung der gegenwärtigen und damit nachjustierbaren Regelung mit ihrer primär versorgungsspezifischen Ausrichtung

- vgl. oben 2 b -.

Gleichwohl soll an dieser Stelle auf offenkundige Schwachstellen in der Argumentation des Gerichts hingewiesen werden. So steht die vom Bundesverwaltungsgericht als Argument für „*weitergehende verfassungskonforme Einschränkung*“ der Norm geäußerte Besorgnis, dass „*die Ladenöffnung den öffentlichen Charakter des Tages maßgeblich prägt*“, erkennbar in einem kaum überbrückbaren Kontrast zu der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach gerade der Ladenöffnung wegen ihrer öffentlichen Wahrnehmbarkeit gleichsam naturgemäß eine prägende Wirkung für den äußeren Charakter des Tages zukommt und eben deshalb der Notwendigkeit einer hinreichenden sachlichen Rechtfertigung unterliegt

- vgl. BVerfG, Urt. vom 1.12.2009, Rn. 166: „*Gerade die Ladenöffnung prägt aber wegen ihrer öffentlichen Wirkung den Charakter des Tages in besonderer Weise*“ -.

Die vom Bundesverwaltungsgericht explizit verfolgte Intention, nämlich zu verhindern, dass neben den Märkten auch „*die Ladenöffnung den öffentlichen Charakter des Tages maßgeblich prägt*“, deutet damit eine typische Wesenseigenschaft der Ladenöffnung fehlerhaft im Sinne eines zwingenden Ausschlussgrundes für Ladenöffnungen. Die dahinterstehende Vorstellung, dass den Märkten und sonstigen Veranstaltungen nur dann eine verfassungsrechtlich hinreichende Rechtfertigungswirkung zukommen könne, wenn die Ladenöffnung gleichsam als „*Quantité négligeable*“ bzw. neben den Märkten nicht mehr wahrnehmbar zurücktritt, kann dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 erkennbar nicht mehr entnommen werden

- im Erg. auch VGH Bad.-Württ., Beschl. vom 13.3.2017, 6 S 309/17 Rn. 11 -.

Vielmehr wird man in Ansehung des vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Schutzkonzeptes gerade umgekehrt davon ausgehen müssen, dass die verfassungsrechtlichen Rechtfertigungsanforderungen an sonn- und feiertägliche Ladenöffnungen umso geringer zu bemessen sind, je weniger die Ladenöffnung einen maßgeblichen Einfluss auf den öffentlich-wahrnehmbaren Charakter des Tages hat. Die vom Bundesverwaltungsgericht für erforderlich erachtete Dominanz einer marktähnlichen Veranstaltung für die öffentliche Prägung des Tages müsste insofern bei konsequenter Fortsetzung

des Gedankens dazu führen, dass das vom Bundesverfassungsgericht statuierte Rechtfertigungserfordernis mangels einer maßgeblichen Prägung des Tages durch die Ladenöffnung – gerade umgekehrt - gänzlich entfiele.

Nicht zuletzt aber führt die Auslegung des Bundesverwaltungsgerichts zu der wenig einleuchtenden Konsequenz, dass eine nach dem Gesetzestext mögliche Verwaltungsentscheidung zugunsten der Öffnung von Verkaufsstellen aus Anlass von Messen und Märkten rechtmäßig solange ist, wird sonstige Dritte an der Ladenöffnung kein oder allenfalls ein geringes Interesse zeigen, dieselbe Verwaltungsentscheidung bei gleichbleibender Frequentierung durch Messe- oder Marktbesucher aber rechtswidrig wird, sobald das Angebot auch von Dritten als attraktiv wahrgenommen und angenommen wird. Mit dieser Rechtsprechung sanktioniert das Bundesverwaltungsgericht dann aber im Ergebnis nichts anderes als das Interesse weiterer Bevölkerungsteile an einer flexibleren sonn- und feiertäglichen Ladenöffnung. Zugleich verhindert diese Rechtsauslegung gerade in größeren Städten de facto weitgehend eine Umsetzung der gesetzlichen Zielvorgaben, da anlassbezogene Ladenöffnungen hier automatisch auf das Interesse großer Teile der Bevölkerung stoßen werden.

Auch insoweit erscheint eine Korrektur der höchstrichterlichen Rechtsprechung und eine Rückkehr zu der früheren Auslegung, derzufolge die durch die Ladenöffnung selbst ausgelösten Besucherströme bei Prüfung des Ausnahmegrundes ohne Relevanz bleiben

- vgl. in diesem Sinne noch OVG NRW, Beschl. vom 22.11.2002: *„Dabei ist es unschädlich, wenn die weiteren, erst durch die verlängerte Ladenöffnungszeit angezogenen Besuchermengen die durch die Veranstaltung selbst ausgelöste Besuchermenge möglicherweise sogar um ein Vielfaches übersteigen“*, NVwZ 2003, 493, 494 -,

dringend geboten und verfassungsrechtlich möglich. Ob diese zeitnah erfolgen wird, lässt sich freilich – ungeachtet der offenen Distanzierung des VGH Baden-Württemberg von der restriktiven Rechtsprechung

- vgl. oben I. sowie III. 1. -

schwer absehen. Denn immerhin kommt dem Bundesverwaltungsgericht eine abschließende Kompetenz in der Auslegung jedenfalls einfachrechtlicher Normen des Bundes zu.

Unabhängig hiervon aber verbleibt den Landesgesetzgebern die Möglichkeit, weitergehende Öffnungsentscheidungen aus Anlass von Messen, Märkten und anderen besucherrelevante Veranstaltungen dahingehend präzise zu for-



mulieren, dass neuerliche „verfassungskonforme Auslegungen“ in oben genanntem Sinne an dem klaren Wortlaut und dem erkennbar entgegen gesetzten Willen des Gesetzgebers scheiterten

- vgl. hierzu nur BVerfGE 101, 312, 329: *„Die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung endet dort, wo sie mit dem Wortlaut und dem klar erkennbaren Willen des Gesetzgebers in Widerspruch treten würde“*, unter Bezugnahme auch BVerfGE 18, 97, 111; 98, 17, 45 -.

Den Gerichten bliebe dann – soweit sie an ihrer restriktiven und nach hiesiger Auffassung nicht tragfähigen Argumentation festhalten wollten - keine andere Wahl, als eine von ihnen für verfassungswidrig erachtete Norm dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen (Art. 100 Abs. 1 GG). Da zufolge der dortigen Rechtsprechung indes kein Anlass für eine einengende Auslegung von Ladenöffnungsregelungen anlässlich von Märkten und Messen besteht, ließen sich neu und inhaltlich eindeutig formulierten Ladenöffnungsregelungen auf diesem Wege vor fachgerichtlichen „Uminterpretationen“ abschirmen.

Im Folgenden soll es daher darum gehen, die Gestaltungsspielräume des zuständigen (Landes-) Gesetzgeber im Rahmen künftiger Regulationsinitiativen näher zu konturieren. Hierbei soll zunächst dem Themenbereich „Adventssonntage“ näher nachgegangen werden (2). Hieran anschließend wird auf die legislativen Handlungsspielräume in Bezug auf die übrigen Sonn- und Feiertage einzugehen sein.

## **B. Streitthema Adventssonntage**

Soweit es um das Thema verkaufsoffene Sonntage im vorweihnachtlichen Einkaufsgeschäft geht, scheinen die legislativen Handlungsspielräume nach der Entscheidung vom 1.12.2009 zunächst eher eng bemessen. Zwar anerkennt das Bundesverfassungsgericht – wie bereits hervorgehoben – nicht näher bestimmte *„Besonderheiten der Vorweihnachtszeit“* bzw. des Weihnachtsgeschäftes. Und in der Tat dürfte sich das Weihnachtsgeschäft namentlich durch das eher enge, periodisch wiederkehrende Zeitfenster, seine spezifische Produktorientierung auf hochwertige Güter wie Schmuck, Uhren und Elektronik, aber auch Spiele und Bücher, sowie dem spezifischen, nicht selten im Familienverbund durchgeführten Einkaufsmodus auf Kundenseite deutlich von den *„alltäglichen Erwerbsinteressen“* im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abheben. Dennoch sieht das Gericht die Gestaltungsspielräume des Gesetzgebers auch mit Blick auf die Besonderheiten der Vorweihnachtszeit dahingehend beschränkt, dass dies eine Ladenöffnung

*„nur an einzelnen Sonntagen rechtfertigen (könnte)“*

- aaO., Rn. 177 -.

Welcher Spielraum dem Gesetzgeber mit dem Verweis auf „*einzelne Sonntage*“ konkret verbleibt, ist damit freilich nicht exakt bestimmbar.

Der „Duden“ definiert den Begriff „einzeln“ im Sinne von „*für sich allein*“, „*nicht mit anderen zusammen*“, „*gesondert*“, alternativ aber auch im Sinne von „*vereinzelt*“, „*einige[s]*“, „*wenige[s]*“

- <http://www.duden.de/rechtschreibung/einzeln#Bedeutung2> -.

Nach dem erstgenannten Begriffsverständnis wäre danach vor allem darauf abzustellen, dass verkaufsoffene Sonntage im Advent nicht in einer aufeinander folgenden Reihe vorgesehen werden dürfen, sondern gleichsam als „Solitär“ jeweils für sich alleine stehen müssen. Dies würde auf eine Anzahl von maximal zwei verkaufsoffenen Adventssonntagen (erster und dritter oder zweiter und vierter Adventssonntag) hinauslaufen. Diese Anzahl würde wohl auch noch dem an zweiter Stelle genannten – eher quantitativen – Ansatz („*einige*“, „*wenige*“) entsprechen

- für ein Limit von maximal zwei Adventssonntagen denn auch Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, 2014, S. 405 -.

Ob hiermit die legislativen Spielräume tatsächlich ausgeschöpft sind, erscheint allerdings keineswegs eindeutig. So darf nicht übersehen werden, dass die betreffenden Passagen des Urteils auf einen ganz bestimmten Lebenssachverhalt bezogen sind, der keineswegs alle denkmöglichen Konstellationen der Ladenöffnung im Weihnachtsverkehr abdeckt.

### **1.-Weihnachtsöffnungen jenseits der Adventssonntage**

So ist zunächst darauf hinzuweisen, dass sich die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts allein auf Verkaufsöffnungen speziell an den vier Adventssonntagen beziehen. Insofern verbleibt nach dieser Rechtsprechung durchaus Raum dafür, Sonntage außerhalb des Advents, also etwa weitere Sonntage im November, ebenfalls bereits für das Weihnachtsgeschäft zu öffnen.

### **2. Vormalige Berliner Sonntagsregelung als Extremvariante**

Ferner ist zu konstatieren, dass es in der umstrittenen Berliner Adventssonntagsregelung des § 6 Abs. 1 Alt. 2 BerlLadÖffG (a. F.) um den Extremfall einer flächendeckenden, generellen und voraussetzungslosen Freigabe der Öffnung aller Verkaufsstellen im Kontext einer ohnehin 24-stündigen werktäglichen Ladenöffnung ging

- von einer „*besonders weit*“ gehenden Regelung spricht auch Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/2, 2011, S. 1346 -,

an die das Gericht in Anbetracht der maximalen Beeinträchtigungswirkung für die Sonntagsruhe denn auch maximale Rechtfertigungsanforderungen stellte. Die durch diese Normzuspitzung hervorgerufene Eskalation darf nicht den Blick dafür verstellen, dass durchaus auch „schlankere“ Varianten einer (zeitlich, räumlich oder gegenständlich) „dosierte“ Ladenöffnung an den Adventssonntagen denkbar wären, die sich dann zugleich deutlich geringeren Rechtfertigungsanforderungen ausgesetzt sähen.

Zu denken wäre insoweit etwa

- zeitlich enger begrenzte (nachmittägliche) Ladenöffnungen, die zumal außerhalb der Zeiten der Hauptgottesdienste liegen,
- an orts- oder stadtteilsbezogene Ladenöffnungen, insbesondere solche, die auf „zentrale Versorgungsbereiche“ im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB beschränkt bleiben,
- an Ladenöffnungen, die auf im Weihnachtsgeschäft besonders relevante Verkaufsstellen oder Warengruppen beschränkt bleiben oder
- an Ladenöffnungen, die solche Verkaufsstellen betreffen, die sich – wie insbesondere die Bereiche Bücher, Filme und Musik, Kleider und Schuhe sowie Elektronik und Computer gehen, zunehmend aber auch um die Segmente Möbel, Kosmetik und Spielwaren - im Weihnachtsgeschäft in einem verschärften Wettbewerb mit Online-Anbietern sehen

- vgl. hierzu die statistische Auflistung bei <http://www.absatzwirtschaft.de/medien-bekleidung-und-elektronik-sind-wichtigste-umsatztreiber-im-online-weihnachtsgeschaef-16397/> -.

Hierbei wäre auch an eine Kombination von räumlichen, zeitlichen und gegenständlichen Beschränkungen zu denken, was dann mit Blick auf die vielfältigen Besonderheiten des vorweihnachtlichen Einkaufs womöglich sogar

Raum für eine Erstreckung von Ladenöffnungsfreigaben auf alle vier Adventssonntage böte.

### **3. Wechselbezüglichkeiten zwischen sonn- und werktäglicher Ladenöffnung**

Nicht außer Acht gelassen werden dürfen schließlich die vom Bundesverfassungsgericht selbst hervorgehobenen „Wechselbezüglichkeiten“ zwischen der werktäglichen und einer sonntäglichen bzw. adventssonntäglichen Ladenöffnung, die in ihrem spezifischen Konnex gleichsam ein „System kommunizierender Röhren“ bilden. So leitet das Bundesverfassungsgericht die überaus hohen Rechtfertigungsanforderungen an eine flächendeckende Ladenöffnung an den Adventssonntagen im konkreten Falle auch daraus ab, dass das Land Berlin bereits für die Ladenöffnung an den Werktagen keinerlei Begrenzungen vorgesehen habe, so dass hierdurch

*„die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen noch mehr an Bedeutung und Gewicht (gewinnt)“*

- aaO., Rn. 169 -.

Zudem werde durch die an den Werktagen maximal ausgedehnten Ladenöffnungszeiten der mögliche Rechtfertigungsgrund der Bedarfsdeckung zusätzlich abgewertet

- aaO., Rn. 171, ebenso Rn. 179-.

Anerkennt man diese Wechselbezüglichkeiten zwischen der werktäglichen sowie der sonntäglichen Ladenöffnung, bedeutet dies umgekehrt aber zugleich, dass sich die legislativen Handlungsspielräume im Hinblick auf eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen – einschließlich der Adventssonntage - in dem Maße erhöhen, in dem der zuständige Gesetzgeber die Ladenöffnung „unter der Woche“ zeitlich beschränkt.

### **4. Begrenzter Rechtfertigungsansatz des vormaligen BerlLadÖffG**

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass das Bundesverfassungsgericht die Frage der Ladenöffnung an den Adventssonntagen – der Logik des Gesetzes folgend - allein unter dem Rechtfertigungsaspekt der Bedarfsdeckung und der hiermit einhergehenden „Besonderheiten der Vorweihnachtszeit“

- aaO., Rn. 177 -

geprüft und erörtert hat. Nicht Gegenstand der richterlichen Entscheidung waren insoweit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische, aber auch städtebaulich relevante Zielsetzungen dahingehend, dass das Weihnachtsgeschäft eine der wesentlichen ökonomischen Fundamente und je nach Region womöglich sogar Überlebensbedingung des stationären Handels, darstellt. Zwar findet sich ein knappes *obiter dictum* des Gerichts speziell zu den möglichen beschäftigungspolitischen Effekten verkaufsoffener Sonntage, die das Gericht dahingehend einschätzt, dass

*„sich bislang kein Hinweis auf die Gefahr eines beachtlichen Einbruchs im Einzelhandel ergeben (hat)“*

- aaO., Rn. 171 -.

Doch selbst hinsichtlich dieser beschäftigungspolitischen Frage, die sich allenfalls partiell mit den oben dargestellten Problemfeldern überschneidet, kann aus den Äußerungen des Gerichts keineswegs der Schluss gezogen werden, dass dem Gesetzgeber diesbezügliche Präventionsmaßnahmen verwehrt wären. Denn die Einschätzung von Risikolagen ist – auch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – das ureigene Feld der Gesetzgebung und steht damit grundsätzlich außerhalb jeder gerichtlichen Kontrolle. So anerkennt das Bundesverfassungsgericht selbst für – anders als hier – „fernliegend“ erscheinende Risiken eine Befugnis des Gesetzgebers, angemessene Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Hierzu wurde bereits oben auf die Ausführungen im Urteil zum sog. Mühlengesetz verwiesen, wo es heißt:

*„Dem Gesetzgeber kann es aber nicht verwehrt sein, auch künftigen, nicht auszuschließenden Gefahrenlagen rechtzeitig vorzubeugen ... Dem dürfen die Gerichte nicht ihre eigenen – ebenso wenig strikt beweisbaren – Überzeugungen über den voraussichtlichen Verlauf einer wirtschaftlichen Entwicklung entgegensetzen“*

- BVerfGE 25, 1, 17 -.

Die ökonomische Einschätzung des Gerichts, dass mit der Ladenschließung an den Weihnachtssonntagen keine Gefahr eines beachtlichen Einbruchs im Einzelhandel einhergehe, bewirkt verfassungsrechtlich somit keine Bindung des Gesetzgebers an diese Einschätzung.

Wesentlicher aber dürfte sein, dass die jüngsten Wirtschaftsdaten erhebliche Zweifel an der seinerzeitigen Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts begründen und – im Gegensatz zu der dortigen Einschätzung – auf eine deutliche Verschlechterung der Situation des Einzelhandels gerade auch in Bezug

auf das Weihnachtsgeschäft hindeuten. So belegen neuere statistische Auswertungen nicht nur den erheblichen Anteil des Weihnachtsgeschäftes an dem Jahresumsatz des Einzelhandels

- statistische Auswertungen zeigen für das Jahr 2013 einen Anteil des Weihnachtsgeschäfts am Jahresumsatz bei Spielwaren in Höhe von 28 Prozent auf; für die Bereiche Keramik- und Glaswaren liegt der Wert bei 26 Prozent, für Bücher bei 24 Prozent und für Unterhaltungselektronik bei 23 Prozent. Der Gesamtanteil des Weihnachtsgeschäfts am Jahresumsatz im Einzelhandel liegt danach bei immerhin 18 Prozent; vgl. <https://de.statista.com/statistik/faktenbuch/333/a/services-leistungen/shopping/umsatz-weihnachtsgeschaef/> -,

sondern auch und zugleich den zunehmenden Konkurrenzdruck des Online-Weihnachtsgeschäfts, der sich speziell auch auf die im stationären Weihnachtsgeschäft zentralen Warengruppen wie Unterhaltungselektronik, Bücher oder Spielwaren bezieht

- <http://www.absatzwirtschaft.de/medien-bekleidung-und-elektronik-sind-wichtigste-umsatztreiber-im-online-weihnachtsgeschaef-16397/> -.

Diese Entwicklung erscheint umso besorgniserregender, als neue Untersuchungen gerade die Loslösung des Online-Handels von den Ladenschlusszeiten als eines der zentralen Argumente für den rasanten Anstieg der dortigen Umsatzentwicklung ausmachen und hierbei den Sonntag als einen der zentralen Zeitfenster für den Online-Handel identifizieren

- so zitiert die IHK Erfurt auf ihrer Website eine BITKOM-Studie aus dem Jahre 2014 mit der Aussage: „*Online-Shopper kaufen am liebsten sonntags und nach 18 Uhr*“, im Internet abrufbar unter: <https://www.erfurt.ihk.de/servicemarken/branchen/Handel/Online-Handel/Aktuelle-Zahlen-und-Fakten-zum-Online-Handel/1394032>; ähnl. A. Berg (BITKOM), Präsentation zum Thema „*Trends im Online-Shopping*“ vom 13.8.2015, Bl. 4, wonach 71 % der Befragten die Unabhängigkeit von Ladenöffnungszeiten als Grund für den Online-Einkauf nennen; abrufbar unter <https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-PIs/2015/08-August/Bitkom-Pressekonferenz-Trends-im-E-Commerce-13-08-2015-Praesentation-final.pdf> -.

In Anbetracht der dem Gesetzgeber zukommenden Befugnis zur Gemeinwohlkonkretisierung kann daher kein ernstlicher Zweifel daran bestehen, dass der Gesetzgeber die mit dieser Situation einhergehenden Risiken von Ladenschließungen in den Innenstädten, insbesondere auch für die Aufrechterhaltung und die Funktionsfähigkeit der zentralen Versorgungsbereiche iS. des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB, in Angriff zu nehmen berechtigt und womöglich

sogar verpflichtet ist. Denn neben der vom Bundesverfassungsgericht thematisierten Schutzpflicht in Bezug auf das eher abstrakte Prinzip der Sonn- und Feiertagsruhe konstituiert das Grundgesetz zugleich sehr konkrete Schutz- und Förderpflichten auch in Bezug auf die Sicherung gedeihlicher Lebens- und Wohnverhältnisse für die Bürger, zu denen zumal die Grundversorgung im Nahbereich zählt, aber auch Schutz- und Förderpflichten gegenüber einem drohenden Verfall des gewerblichen und privaten Immobilien- und Unternehmenseigentums in den Innenstädten.

Vor diesem Hintergrund wird man dem Gesetzgeber die Befugnis nicht bestreiten können, dem Ziel der Erhaltung zentraler Versorgungsbereich sowie der Revitalisierung der Innenstädte eine „*besonders hohe*“, ggf. sogar „*herausragende*“ Gemeinwohlbedeutung beizumessen

- zu diesen Kategorien oben II C 3 b-,

was dann wiederum auch Beschränkungen der Sonntagsruhe – womöglich auch an zusätzlichen Adventssonntagen – rechtfertigen könnten.

## 5. Fazit

Mit Blick auf die dargestellte Breite der von Ladenschlussregelungen berührten Gemeinwohlinteressen sowie in Anbetracht der vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten konkreter Ladenöffnungen wird man eine generelle und starre Grenze von zwei verkaufsoffenen Adventssonntagen nach hiesiger Auffassung nicht annehmen können. Immerhin aber wird eine mehr als zwei Adventssonntage betreffende „flächendeckende“, gegenständlich und zeitlich kaum näher eingegrenzte Ladenöffnung, wie sie nach der früheren Regelung des Berliner Ladenöffnungsgesetzes vorgesehen war, rechtlich nur zum Zwecke der Realisierung „*besonders gewichtiger*“ Gemeinwohlgründe möglich sein. Insofern würde dann der allgemeine Verweis auf „*Besonderheiten des Weihnachtsgeschäftes*“ nicht hinreichen. Immerhin aber dürften gewiss Spielräume bestehen, Ladenöffnungen für das Weihnachtsgeschäft bereits an einzelnen Sonntagen vor dem ersten Advent vorzusehen.

## C. Sonstige verkaufsoffene Sonn- und Feiertage

### 1. Zahlenmäßige Begrenzungen

Was die im politischen Raum vieldiskutierte Frage nach der maximal zulässigen Anzahl verkaufsoffener Sonn- und Feiertage im Jahr angeht, ist festzustellen, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 keine konkrete Höchstmarke formuliert

- so auch Mosbacher, NVwZ 2010, 537, 541 –

und in Anbetracht des dort entwickelten dynamischen Rechtfertigungskonzeptes auch nicht formulieren kann. Insbesondere soweit das Gericht die in dem vorgelegten Berliner Ladenöffnungsgesetz vorgesehene Ladenöffnung an vier (weiteren) Sonn- und Feiertagen für unbedenklich erachtet

- aaO., Rn. 181 -,

wird man dies nicht als Festlegung einer maximal zulässigen Höchstzahl verkaufsoffener Sonn- und Feiertage interpretieren können. Hiervon dürfte auch das Bundesverfassungsgericht selbst ausgehen, wenn es an späterer Stelle des Urteils ausführt, dass

*„der Berliner Landesgesetzgeber erkennbar gesehen (hat), dass er bei dem von ihm verfolgten Konzept einer flächendeckenden Freigabe der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen unter geringen Voraussetzungen und ohne warengruppenspezifische Beschränkungen nur eine niedrige jährliche Höchstzahl ... ansetzen durfte*

- aaO. Rn. 194 -.

Diese Höchstzahl aber habe er

*„in nicht zu beanstandender Weise mit acht Sonn- und Feiertagen angesetzt“*

- aaO. -.

Auch unter Berücksichtigung der besonders intensiven Öffentlichkeitswirkung einer flächendeckenden, zeitlich und gegenständlich nicht näher eingegrenzten Ladenöffnung auf der einen sowie der geringen Voraussetzungen auf der anderen Seite ordnet das Gericht hier die Anzahl von acht verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen hier also augenscheinlich als „niedrig“ und „nicht zu beanstanden“ an. Diese Formulierung legt den Schluss nahe, dass das verfassungsrechtlich zulässige Höchstmaß verkaufsoffener Sonn- und Feiertage mit dieser Zahl keinesfalls ausgeschöpft ist und womöglich deutlich gesteigert werden kann.



gert werden kann, soweit es um die Verfolgung besonders wichtiger Gemeinschaftsgüter geht oder die Ladenöffnungen womöglich zeitlich, räumlich oder auch gegenständlich näher umgrenzt werden.

Soweit daher im Schrifttum – wenn auch vor dem Urteil vom 1.12.2009 – teilweise eine verfassungsrechtlich zulässige Höchstzahl von „vier bis sechs verkaufsoffenen Sonntage(n)“ in den Raum gestellt wurde

- so Kingreen/Pieroth, NVwZ 2006, 1221, 1226: „wahrt jedenfalls die verfassungsrechtliche Regel-Ausnahme-Vorgabe“ -,

lässt sich dies mit der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr in Einklang bringen. Dies gilt im Übrigen auch in umgekehrter Richtung, da eine allein auf eine „Höchstzahl“ ausgerichtete, ansonsten aber nicht durch „*gegenläufige Rechtsgüter*“ bzw. tragfähige Gemeinwohlgründe legitimierte Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts selbst dann nicht zu rechtfertigen wäre, wenn sie sich auf wenige Sonn- und Feiertage beschränkte.

Kann es insofern bereits im Ansatz nicht überzeugen, mit fixen Zahlen zu agieren, gilt dies auch für jüngere literarische Stellungnahmen, die im Anschluss an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 erneut abstrakte Festlegungen treffen wollte, auch wenn das für verfassungsgemäß erachtete Höchstmaß hierbei auf 12 verkaufsoffene Sonn- und Feiertage angehoben wird

- vgl. Mosbacher, NVwZ 2010, 537, 541: „Der kritische Bereich beginnt nunmehr ab dreizehn, weil damit ein Durchschnitt von einem verkaufsoffenen Sonntag pro Monat überschritten würde“; ähnl. Chr. Hufen, Der Ausgleich verfassungsrechtlich geschützter Interessen bei der Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes, 2014, S. 405, wonach „mehr als ein verkaufsoffener Sonntag im Monat bzw. eine Öffnung an mehr als einem Viertel der Sonntage unzulässig sein (dürfte)“ -.

Gegenüber derlei Zahlenspielen dürfte es in der Logik des vom Bundesverfassungsgericht formulierten gestuften Rechtfertigungsmodells

- oben II C 3 b -

liegen, die verfassungsrechtlichen Obergrenze für von Ladenöffnungen betroffenen Sonn- und Feiertage nicht abstrakt numerisch, sondern nur konkret unter Berücksichtigung des Gewichts der vom Gesetzgeber zur Rechtfertigung der jeweiligen Beschränkungen herangezogenen Gemeinwohlgründe bzw. „*gegenläufigen Rechtsgüter*“

- so die Formulierung in Rn. 156

zu bestimmen.

Anders gewendet bedeutet dies, dass es eine fixe Obergrenze schlichtweg nicht gibt. Vielmehr können unterschiedlich gewichtige Gemeinwohlzwecke zu unterschiedlich hohen Obergrenzen für zulässige Ladenöffnungen führen. Bleiben daher nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts flächendeckende Freigaben an acht Sonn- und Feiertagen „*unter geringen Voraussetzungen*“ zulässig,

- aaO., Rn. 194 -,

werden unter strengeren Voraussetzungen, insbesondere also zur Verfolgung besonders gewichtiger Gemeinwohlziele höhere Zahlenansätze ebenfalls zulässig sein. Hier könnten dann etwa Ziele der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit stationärer Verkaufsstellen gegenüber dem Onlinehandel oder Aspekte der Belebung der Innenstädte zählen. Verfassungsrechtlich gerechtfertigt erschiene eine Erhöhung des zahlenmäßigen Ansatzes schließlich auch dann, wenn der Gesetzgeber anstelle flächendeckender Ladenöffnungen stadtteilbezogene und damit zeitversetzte Differenzierungen ermöglichen wollte, die im Saldo nicht zu einer quantitativen Erweiterung der Ladenöffnungen führen.

Der hiermit definierte Bereich dynamischer, d. h. gegenläufige Rechtsgüter berücksichtigender Ausgestaltungen des Sonn- und Feiertagsschutzes findet seine letzte „absolute“ Grenze erst in dem vom Bundesverfassungsgericht skizzierten Kernbereichsschutz. Er wird dort tangiert, wo Ladenöffnungsregelungen (bzw. der Verzicht auf diese) zu einer weitgehenden Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen führen und Ausnahmen nicht mehr als solche erkennbar sind

- aaO., S. 158; mit gleicher Zielrichtung Rn. 184 a. E. -.

## **2. Turnus der Freigabe**

Auch hinsichtlich des Turnus möglicher Freigaben wird man der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1.12.2009 keine konkreten Vorgaben entnehmen können. Insbesondere erscheint sehr fraglich, ob die im Kontext der Adventssonntagsregelung formulierte Aussage, wonach die Besonderheiten der Vorweihnachtszeit „*Ladenöffnungen nur an einzelnen Sonntagen rechtfertigen*“ könnten

- aaO., Rn. 177 -,

zwingend im Sinne verfassungsrechtlich obligatorischer „Abkühlpausen“ zwischen einzelnen verkaufsoffenen Sonntagen verstanden werden muss. Auch hier wird man – wie im Kontext der Adventssonntagsregelung dargestellt –

auf die Bedeutung der kollidierenden Gemeinwohlüter sowie die Belastungsintensität der konkreten Ladenöffnungsregelung abstellen müssen.

### **3. Materielle Anforderungen:**

Was die materielle Rechtfertigung sonntäglicher Ladenöffnungen durch „gegenläufige Rechtsgüter“ angeht, kann ohne Weiteres an die bisherigen Darlegungen angeknüpft werden.

Grundgedanke ist hierbei, dass die „allgemeinen Erwerbsinteressen“ der Käufer sowie die „bloßen Umsatzinteressen“ der Verkaufsstelleninhaber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „grundsätzlich“ keine hinreichende Rechtfertigungswirkung für Beschränkungen der Sonn- und Feiertagsruhe entfalten. Umgekehrt gilt aber auch, dass die dargestellten „inkriminierten“ Gründe das denkbare Repertoire potentiell gegenläufiger Gemeinwohlgründen für eine wie auch immer bemessene Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen nicht annähernd ausschöpfen.

Insbesondere sind die allgemeinen Erwerbsinteressen potentieller Käufer sowie die bloßen Umsatzinteressen der Verkaufsstelleninhaber abzugrenzen von

- dem Gemeinwohlinteresse an der Erhaltung „zentraler Versorgungsbereiche“ iS. des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB,
- dem Gemeinwohlinteresse an einer Erhaltung und Wiederherstellung geordneter Wohn- und Lebensverhältnisse in den Innenstädten, insbesondere der Vermeidung von Leerständen, des Abdriftens der Angebotsstrukturen („*trading-down*“-Effekte) oder einer übermäßigen Mieterfluktuation bei Gewerbe- und Wohnimmobilien,
- dem wirtschafts- und beschäftigungspolitisch begründbaren Gemeinwohlinteresse an der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit stationärer Verkaufsstellen gegenüber dem – auch zeitlich - omnipräsenten Online-Handel,
- etwaigen besonderen (eigentums- und berufs-) grundrechtlichen Schutzinteressen der Verkaufsstelleninhaber vor womöglich existenzbedrohenden Folgen eines strikten Sonn- und Feiertagsschutzes sowie

- besonderen Erwerbsinteressen potentieller Käufer, die sich aufgrund besonderer Umstände von dem allgemeinen und „alltäglichen“ Bedarfsdeckungsinteressen abheben.

Ob und inwieweit diesen potentiellen Gemeinwohlaspekten ein hinreichendes Gewicht zur Beschränkung des Prinzips des Sonn- und Feiertagsruhe zukommt, ist dabei vor allem von zwei Parametern abhängig, nämlich

- zum einen von dem konkret anzusetzenden Rechtfertigungsniveau, das sich wiederum nach dem konkreten räumlichen, zeitlichen und gegenständlichen Umfang der sonn- und feiertäglichen Ladenöffnung richtet, sowie
- zum anderen davon, welches Gewicht der zur Gemeinwohlkonkretisierung berufene Gesetzgeber dem von ihm – ggf. auch kumulativ – verfolgten Gemeinwohlbelang in verfassungskonformer Weise beimisst.

Insbesondere für von Immobilienleerständen oder von einem Abwandern des mittelständischen Fach- und Einzelhandels („*trading-down*“-Effekte) bedrohte Innenstädte wird man hierbei durchaus beachtliche Spielräume des Gesetzgebers annehmen müssen, um das wirtschafts- und beschäftigungspolitisch, aber auch städteplanerisch fundierte gewichtige Gemeinwohlziel der Erhaltung bzw. Wiederherstellung intakter Wohn- und Arbeitsstrukturen auch über den Weg sonntäglicher Ladenöffnungen zu erreichen.

Entsprechende legislative Handlungsspielräume wird man insbesondere dort anzuerkennen haben, wo es um den Schutz und die Erhaltung zentraler Versorgungsbereiche mit ihren versorgungs- und verkehrsspezifischen Implikationen geht. Da Ladenöffnungen hierbei zudem regelmäßig örtlich begrenzt bleiben werden, reduziert dies nach dem dynamischen Rechtfertigungsansatz des Bundesverfassungsgerichts zusätzlich die Rechtfertigungsanforderungen an diesbezügliche Ladenöffnungen, wodurch die legislativen Handlungsspielräume nochmals erhöht werden.

#### **4. Zur Schaffung administrativer Handlungsgrundlagen für die Städte und Gemeinden**

Allenfalls in seltenen Ausnahmefällen wird es möglich sein, die Öffnung von Verkaufsstellen an bestimmten Sonn- und Feiertagen unmittelbar durch (Landes-) Gesetz festzulegen. Vielmehr liegt eine Delegation dieser Entscheidung an die Administrative, regelmäßig die Städte und Gemeinden nahe. Als Handlungsformen kommen hierbei Rechtsverordnungen, Satzungen oder Allgemeinverfügungen in Betracht.

Was die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die in dem jeweiligen Parlamentsgesetz zu formulierenden Entscheidungsvorgaben angeht, hat sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1.12.2009 durchaus großzügig gezeigt. Die in dem seinerzeitigen § 6 Abs. 1 BerlLadÖffG einzig formulierte Voraussetzung, dass eine (flächendeckende und umfassende) Ladenöffnung „im öffentlichen Interesse“ liegen müsse, hat das Bundesverfassungsgericht im Ergebnis für verfassungskonform und damit zulässig erachtet. Dabei hielt das Gericht nicht einmal eine (korrigierende) „verfassungskonformen Auslegung“ für erforderlich, wie es klassischerweise im Falle einer Überschreitung verfassungsrechtlicher Grenzen zur Anwendung kommt, sondern beließ es – untechnisch - bei einer „*einschränkenden Auslegung*“ der Norm

- aaO., Rn. 180 -.

Bei der Anwendung der Norm sei danach lediglich darauf zu achten, dass

*„ein öffentliches Interesse solchen Gewichts zu verlangen (ist), das die Ausnahmen von der Arbeitsruhe rechtfertigt“*

- aaO., Rn. 182 -.

Vor diesem Hintergrund ließen sich die tatbestandlichen Voraussetzungen für großzügigere Sonderregelung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen auch weiterhin sehr allgemeinen (z. B. „*aus hinreichenden Gründen des öffentlichen Interesses*“) formulieren.

Freilich sind mit einem solchen Vorgehen notwendigerweise auch Nachteile Risiken verbunden, so insbesondere der bereits im Kontext der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts dargestellte Nachteil, dass die Auslegung des Begriffs des „*hinreichenden Grundes*“ und damit die Reichweite einer Öffnungsregelung hiermit letztlich den Gerichten überantwortet werden. Offene „unbestimmte Rechtsbegriffe“ könnten insoweit erneut den Anknüpfungspunkt für übermäßig restriktive Normauslegungen durch die Fachgerichte liefern. Insofern dürfte vieles dafür sprechen, die möglichen Tatbestände und damit die Reichweite möglicher Ladenöffnungsentscheidungen durchaus konkret auszuformulieren. Denkbar wären hierbei auch eine Staffelung der Höchstzahlen und eine hieran angepasste Steigerung der tatbestandlichen Voraussetzungen.

- So könnte – ähnlich der aktuellen Regelung in § 6 Abs. 1 Berliner Ladenöffnungsgesetz – eine Ermächtigung der (Kommunal-) Verwaltungen zur Freigabe einer von der Höchstzahl her unbedenklichen Größenordnung (nicht unmittelbar aufeinanderfolgender) verkaufsoffe-

ner Sonn- und Feiertage vorgesehen werden, soweit hinreichende Gemeinwohlgründe (bzw. – so die dortige Regelung - ein öffentliches Interesse) vorliegen.

- Darüber hinausgehend ließe sich dann zusätzlich eine Ermächtigung der (Kommunal-) Verwaltungen zur Freigabe weiterer verkaufsoffener Sonn- und Feiertagen formulieren, soweit diese Ausnahmen durch besonders gewichtige Gemeinwohlgründe gerechtfertigt werden.

In einem nachfolgenden Absatz könnten sodann (nicht abschließende) („Regel“-) Beispiele für „hinreichende“ sowie für „besonders gewichtige“ Gemeinwohlgründe formuliert werden. Dieses Vorgehen hätten den Vorteil, dass der Gesetzgeber seine Befugnis zur Konkretisierung und Gewichtung von Gemeinwohlinteressen

- hierzu oben II C 1 b sowie 3 b -

vollumfänglich ausüben und seine verfassungsrechtlich gewährleistete Einschätzungsprärogative auf diese Weise auch gegenüber autonomen Gewichungen durch die Gerichte durchsetzen könnte.

Als besonders gewichtige Gemeinwohlbelange kämen dabei etwa in Betracht:

- die – ggf. auch vorbeugende – Bekämpfung von Gefahren für die Funktionsfähigkeit zentraler Versorgungsbereiche,
- die – ggf. auch vorbeugende - Bekämpfung von Risiken für ein attraktives, zukunftsfähiges und ausgewogenes Angebot an stationären Verkaufsstellen, insbesondere des Einzelhandels,
- die – ggf. auch vorbeugende - Bekämpfung von drohenden Fehlentwicklungen der örtlichen Lebens- und Wohnverhältnisse insbesondere in den Innenstädten sowie – verbunden hiermit -
- die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des stationären Handelns gegenüber dem rasant anwachsenden Online-Handel.

Als zumindest hinreichend gewichtige Gemeinwohlinteressen wird man des Weiteren etwa benennen können:

- die Besonderheiten des vorweihnachtlichen Einkaufsgeschäftes

- Versorgungs- und Präsentationsinteressen im Kontext von Messen, Märkte, aber auch anders geartete „Events“ mit überregionaler Bedeutung,
- das Interesse an einer Steigerung der überörtlichen Sichtbarkeit sowie der Selbstdarstellung der Kommunen als attraktiver und lebenswerter Standort, dies zum einen unter touristischen Aspekten (Stärkung des „Wochenend-Tourismus“), zum anderen aber auch unter dem in demographischer Hinsicht zunehmend gewichtigen Aspekt der Ansiedlung neuer Einwohner und der Gewinnung von Fachkräften
- erst Recht alle besonders gewichtigen Gemeinwohlinteressen der oben genannten Art.

Für gegenständlich und womöglich zeitlich begrenzte Ladenöffnungen in der Vorweihnachtszeit, die dann ggf. sogar über die Anzahl von zwei nicht aufeinanderfolgenden Sonntag erweitert werden könnten, käme als hinreichendes Gemeinwohlinteresse auch in Betracht

- die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit solcher stationärer Verkaufsstellen, die sich aufgrund ihres Warensortimentes speziell im Weihnachtsgeschäft in einem verschärften Wettbewerb mit Online-Anbietern sehen.

Soweit die Ladenöffnungen zeitlich enger bemessen werden, könnten womöglich bereits die vom Bundesverfassungsgericht erwähnten „*Besonderheiten der Vorweihnachtszeit*“ – zumal im Verbund mit dem Gedanken der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des stationären Handels gegenüber dem Online-Handel - hinreichen, um gegenständlich nicht näher begrenzte Ladenöffnungen zu rechtfertigen.

#### IV. Wesentliche Ergebnisse (Zusammenfassung)

In der Gesamtschau stellen sich die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung damit wie folgt dar:

1.

Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV enthält nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine unmittelbare Garantie der „*Institution des Sonn- und Feiertags*“, die hinsichtlich der Art und des Ausmaßes des Schutzes auf gesetzliche Ausgestaltung angelegt und angewiesen ist. Die Verfassungsnorm verknüpft die Garantie der Institution des Sonn- und Feiertages insoweit mit einem Gesetzgebungsauftrag an die Adresse des zuständigen (Landes-) Gesetzgebers.

2.

Zugleich entfaltet Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV eine inhaltliche Direktiv- bzw. Steuerungswirkung des Gesetzgebungsauftrages dahingehend, dass die typisch werktägliche Geschäftigkeit an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich zu ruhen hat und Ausnahmen nur zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich sind. Das vom Bundesverfassungsgericht propagierte „*Regel-Ausnahme-Verhältnis*“ begründet im Ergebnis eine auf Optimierung angelegte Pflicht des Gesetzgebers zur Ausgestaltung. Abstriche von dem Verfassungsziel einer möglichst umfassenden Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen werden vom Bundesverfassungsgericht dementsprechend im Sinne einer rechtfertigungsbedürftigen „*Beschränkung*“ der Verfassungsgarantie interpretiert.

3.

Das Erfordernis einer Rechtfertigung durch hinreichende Sachgründe gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere für die gesetzliche Freigabe von Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen. Denn aufgrund ihrer öffentlichen Wirkung präge die Ladenöffnung den Charakter eines Tages in besonderer Weise. Eine nicht durch hinreichende Sachgründe gerechtfertigte („anlasslose“) Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen ist damit verfassungsrechtlich von vornherein nicht zulässig.

4.

Dem Grundkonzept des „*Regel-Ausnahme-Verhältnis*“ entspricht es umgekehrt, dass dem Prinzip der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe kein genereller Vorrang vor gegenläufigen Schutzgütern zukommt. Vielmehr kann und ggf. muss der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung



des Sonn- und Feiertagsschutzes gegenläufigen höher- oder gleichwertigen Schutzgütern Rechnung tragen.

5.

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt hierbei ein Stufenmodell, demzufolge die Rechtfertigungsanforderungen für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen umso höher anzusetzen sind, je weitreichender und intensiver die durch die Ladenöffnung bewirkten Beeinträchtigungen der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe ausfallen. Im Einzelnen bedarf es hiernach

- für den „Normalfall“ einzelner Ausnahmeregelungen einer Rechtfertigung durch *„hinreichend gewichtige Gegengründe“*,
- für räumlich und gegenständlich nicht näher begrenzten Freigaben „in Folge“ und über jeweils viele Stunden einer Rechtfertigung durch *„besonders gewichtigen Gründe“* sowie
- für flächendeckende, allgemeine 24-Stunden-Öffnung an Sonn- und Feiertagen einer Rechtfertigung durch *„herausragend gewichtige Gemeinwohlgründe“*.

6.

Eine letzte, unüberwindbare Grenze im Sinne eines Kernbereichsschutzes zieht das Gericht erst dort, wo Ladenöffnungsregelungen (bzw. der Verzicht auf diese) zu einer weitgehenden Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen führen und Ausnahmen nicht mehr als solche erkennbar sind.

7.

Potentiell gegenläufige Schutzgüter können sich vor allem aus der Verfassung selbst ergeben, so etwa aus den Grundrechten Dritter, insbesondere den Grundrechten der beruflichen und unternehmerischen Entfaltung stationärer Verkaufsstelleninhaber (Art. 12 und 14 GG), aber auch aus anderweitigen verfassungsrechtlichen Schutz- und Daseinsvorsorgepflichten des Staates, etwa im Bereich der Notfallvorsorge als Ausfluss der grundrechtlichen Schutz- und Vorsorgepflichten des Staates für Leib und Leben der Bürger (Art. 2 Abs. 2 GG).

8.

Die potentiell gegenläufigen Schutzgüter bleiben dabei aber nicht auf Güter von Verfassungsrang beschränkt. Vielmehr steht dem Gesetzgeber jenseits des Bereiches verfassungsunmittelbar garantierter Schutzgüter ein originäres Mandat zur Konkretisierung des Gemeinwohls und damit zur autonomen Definition von Gemeinwohlzielen zu,

die damit ihrerseits Rechtfertigungsgrundlage für legislative Einschränkungen der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe sein können.

9.

Das Mandat des Gesetzgebers zur Konkretisierung von Zielen des Gemeinwohls schließt dabei auch die Befugnis zur (politischen) Gewichtung der verfolgten Gemeinwohlziele ein. Insbesondere kommt dem Gesetzgeber das Recht zu, von ihm formulierte Gemeinwohlziele in den Rang wichtiger oder auch besonders wichtiger Gemeinschaftsinteressen zu erheben. Die hierin zum Ausdruck kommende Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers ist verfassungsgerichtlich nur eingeschränkt kontrollierbar. Soweit es daher um die Frage geht, ob sonntägliche Ladenöffnungen durch hinreichend gewichtige Gemeinwohlgründe gedeckt werden, können die Gerichte die vom Gesetzgeber vorgenommene Gewichtung gegenläufiger Gemeinwohlziele nicht durch eine eigene Gewichtung ersetzen.

10.

Einen Vorbehalt im Hinblick auf die Konkretisierung gegenläufiger Gemeinwohlgründe formuliert das Bundesverfassungsgericht immerhin insoweit, als den „*alltäglichen*“ Erwerbsinteressen der Bürger sowie den „*bloßen*“ Umsatzinteressen der Verkaufsstelleninhaber trotz deren grundrechtlicher Fundierung „*grundsätzlich*“ keine rechtfertigende Wirkung für Einschränkungen der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe zukommen kann. Die dahingehenden Beeinträchtigungen sieht das Gericht gleichsam als typische Nebenfolgen der Arbeitsruhe in den grundgesetzlichen Schutz der Sonn- und Feiertage eingepreist.

11.

Das solchermaßen konturierte Mandat des Gesetzgebers eröffnet auch in Ansehung des verfassungsrechtlichen „*Regel-Ausnahme-Prinzips*“ nicht unerhebliche Spielräume bei der Ausgestaltung der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe. So ergibt sich zunächst eine äußerst breite Palette potentiell berücksichtigungsfähiger gegenläufigen Schutzgüter und Gemeinwohlinteressen.

12.

Diese können sich zunächst – jenseits der klassischen „*alltäglichen*“ Erwerbsinteressen – aus „*besonderen*“ Einkaufsinteressen der Bürger ergeben, wobei etwa an die vom Bundesverfassungsgericht erwähnten „*Besonderheiten der Vorweihnachtszeit*“, aber auch an Einkäufe aus Anlass von besonderen Veranstaltungen oder sonstigen besonderen Umständen (z. B. Urlaubs- oder Kuraufenthalte) angeknüpft werden könnte. Soweit die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung in Bezug

auf Ladenöffnungen aus Anlass von Messen und Märkten derzeit eine äußerst restriktive Auslegung vertritt, handelt es sich in weiten Teilen um einen Streit über die Auslegung einfachen Gesetzesrechts. Insofern bestünde durchaus die Möglichkeit einer klarstellenden Nachjustierung durch den Gesetzgeber.

13.

Ob und inwieweit zusätzliche Spielräume aus dem geänderten Konsumverhalten der Bürger (Einkauf als „*Freizeitvergnügen*“) abgeleitet werden können, ist bislang nicht abschließend geklärt. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung aus dem Jahre 2004 festgestellt, dass der Gesetzgeber einem geänderten und zunehmend „freizeitorientierten“ Einkaufsverhalten im Rahmen sonn- und feiertäglicher Ladenschlussregelungen nicht zwingend Raum gewähren müsse. Die in dem hier vorliegenden Kontext maßgebliche Frage, ob der Gesetzgeber Veränderungen im Einkaufsverhalten der Menschen zum Anlass nehmen „*darf*“, um weitergehende Ladenöffnungsregelungen an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen, wird durch die Ausführungen in der genannten Entscheidung indes keineswegs abschlägig beschieden. Der Umstand, dass das Gericht in seinem Urteil vom 1.12.2009 darauf hinweist, dass der Gesetzgeber „*auf Änderungen im Freizeitverhalten ... Rücksicht ... nehmen*“ darf, könnte insofern durchaus Fingerzeig für die gerichtliche Anerkennung weitergehender legislativer Gestaltungsspielräume sein.

14.

Tragfähige Gegengründe für eine sonntägliche Ladenöffnung können sich nach den bewusst zurückhaltenden Formulierungen des Bundesverfassungsgerichts aber auch aus Umsatzinteressen ergeben, sofern diese einen speziellen Hintergrund aufweisen und sich hierdurch von den generellen („*bloßen*“) Umsatzinteressen der Verkaufsstelleninhaber abheben. Zu denken wäre hierbei an eine Lockerung der Ladenschlusszeiten zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit stationärer Verkaufsstellen gegenüber dem Online-Handel. Diese Zielsetzung erschiene umso gewichtiger, als der Online-Handel gerade auch während der traditionellen Ladenschlusszeiten sowie insbesondere an Sonn- und Feiertagen erhebliche Umsätze tätigt.

15.

Als potentielle Rechtfertigung für Beschränkungen des Verfassungsprinzips der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe kämen auch zahlreiche weitere Aspekte in Betracht, so etwa

- städtebauliche Ziele der Sicherung oder Wiederherstellung geordneter und attraktiver Wohn- und Lebensverhältnisse in den Innenstädten, insbesondere die Vermeidung von Leerständen oder von „*trading-down*“-Effekten,
- die Wahrung der Funktionsfähigkeit „zentraler Versorgungsbe-  
reiche“ iS. des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB,
- die Steigerung der überörtlichen Sichtbarkeit sowie die Eigen-  
präsentation der Kommunen als attraktiver und lebenswerter  
Standort, dies zum einen unter touristischen Aspekten (Stich-  
wort „Wochenend-Tourismus“), zum anderen aber auch unter  
dem unter demographischen Aspekten zunehmend wichtigen  
Interesse an der Ansiedlung neuer Einwohner bzw. der Anwer-  
bung von Fachkräften sowie
- beschäftigungspolitische Ziele der Erhaltung wettbewerbsfähi-  
ger stationärer Verkaufsstellen.

16.

In welchem Umfange diese potentiellen Gemeinwohlaspekte die ver-  
fassungsrechtliche „Regel“ der sonn- und feiertäglichen Arbeitsruhe  
zurückzudrängen in der Lage sind, bemisst sich dabei zum einen nach  
Art und Ausmaß der konkret vorgesehenen Ladenöffnung sowie zum  
anderen nach Maßgabe der konkret verfolgten Gemeinwohlinteressen,  
deren Bestimmung und Gewichtung im Grundsatz der politischen Ent-  
scheidung des Gesetzgebers (Einschätzungsprärogative) überantwor-  
tet bleibt. Dabei ist auch eine kumulative Verfolgung mehrerer Ge-  
meinwohlgründe durch den Gesetzgeber denkbar, die dann zu einer  
Steigerung des (Gesamt-) Gewichts der Gegengründe und damit zu ei-  
ner Erweiterung der Ausgestaltungsspielräume des Gesetzgebers  
führte.

17.

Eine abstrakte „Höchstzahl“ zulässiger verkaufsoffener Sonn- und Fei-  
ertage wird man der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts  
nicht entnehmen können. Vielmehr entspricht es der Rechtsprechung  
des Gerichts, dass die verfassungsrechtlichen Obergrenze für von La-  
denöffnungen betroffenen Sonn- und Feiertage nicht abstrakt nume-  
risch, sondern konkret unter Berücksichtigung des Gewichts der vom  
Gesetzgeber zur Rechtfertigung der jeweiligen Beschränkungen her-  
angezogenen Gemeinwohlgründe bzw. „gegenläufigen Rechtsgüter“ zu  
bestimmen ist.

18.

Auf der Linie der vorgenannten Erwägungen liegt es, wenn das Bun-

desverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1.12.2009 eine flächendeckende Freigabe der Ladenöffnung an insgesamt acht Sonn- und Feiertage im Kalenderjahr nicht beanstandet hat, wobei die dortigen Freigaben nach eigener Einschätzung des Gerichts an nur „*geringe Voraussetzungen*“ geknüpft waren. Insbesondere soweit es um die Verwirklichung gewichtiger Gemeinwohlgründe oder um räumlich, zeitlich oder gegenständlich enger umgrenzte Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen geht, dürfte diese Rechtsprechung dem Gesetzgeber daher deutlich weitergehende Handlungsspielräume belassen. Auch soweit der Gesetzgeber anstelle flächendeckender Freigaben auf stadtteilbezogene („Einzel“-) Freigaben setzte, erschien eine proportionale Erhöhung der Anzahl der betroffenen Sonn- und Feiertage nur folgerichtig und verfassungsrechtlich legitim.

19.

Speziell in Bezug auf das Weihnachtsgeschäft lässt sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schließlich dahin deuten, dass die „*Besonderheiten der Vorweihnachtszeit*“ eine flächendeckende Freigabe der Ladenöffnungszeiten für zwei nicht aufeinander folgende Adventssonntage rechtfertigen können. Dass mit dieser Vorgabe die gesetzgeberischen Spielräume – etwa für territorial oder nach Verkaufsstellen differenzierende Öffnungsregelungen oder für Ladenöffnungen im Vorfeld des Adventes – vollumfänglich ausgeschöpft wären, erscheint eher fraglich, ist aber bislang nicht geklärt.

Düsseldorf, den 13. Juli 2017

# IHK-STANDPUNKT

---

## **Entwurf einer Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungs- gesetz**

(Stand: Juni 2020)

## Update Juni 2020

*Der folgende Entwurfsvorschlag wurde vor der Coronapandemie und der folgenden Wirtschaftskrise erstellt. Die im Entwurf enthaltenen Anpassungen erfahren durch die aktuellen Herausforderungen im Thüringer Einzelhandel und den damit einhergehenden Problemlagen in den Thüringer Innenstädten eine neue Dynamik.*

*Vor allem im Kontext der Nachholung von Umsätzen, der Ermöglichung von Kinderbetreuung an Schul-/ Kitatagen und der Wiederbelebung der Innenstädte ist schnelles Handeln auf politischer Ebene gefordert!*

### Wer wir sind:

Die Industrie- und Handelskammer Südthüringen ist Interessenvertreter von rund 29.000 Mitgliedsunternehmen der Landkreise Hildburghausen, Ilm-Kreis, Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg und der kreisfreien Stadt Suhl. Wir nehmen als eigenverantwortliche öffentlich-rechtliche Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung das Gesamtinteresse der zugehörigen Unternehmen gegenüber Kommunen, Landesregierungen sowie Politik und Öffentlichkeit wahr. Die IHK ist eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir auf demokratischem Weg zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei. Unser Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

### Legitimation des vorliegenden Entwurfsvorschlags:

In den Wirtschaftspolitischen Grundpositionen der IHK Südthüringen, deren Basis ein breiter demokratischer Meinungsbildungsprozess ist, hat die Südthüringer Wirtschaft für eine Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Position bezogen. Der Vorliegende Verordnungsentwurf wurde auf Initiative des IHK-Handelsausschusses, der als beratendes Gremium die Organe der IHK Südthüringen berät, erarbeitet und soll zukünftig die Grundlage für die politische Diskussion bilden.

Die Vollversammlung der IHK Südthüringen hat am 11. März 2020 die Wirtschaftspolitischen Grundpositionen für das Jahr 2020 beschlossen. Zuvor hatten sich mehr als 200 Unternehmerinnen und Unternehmer der Regional- und Fachausschüsse unserer IHK an der Diskussion beteiligt. Diese breite Meinungsbildungsprozess zur wirtschaftspolitischen Positionierung ist im Kammerbezirk der IHK Südthüringen seit vielen Jahren fest etabliert.

Der Handelsausschuss der IHK Südthüringen hat sich am 22.03.2018 entschlossen, einen gemeinsamen Vorschlag für eine Ausnahmeverordnung zu § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG zu erarbeiten. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ausschusses gebildet. Die Arbeitsgruppe trat am 02.05.2018 zusammen, der Verordnungsentwurf wurde dann in mehreren Umläufen durch die Mitglieder des Handelsausschusses ergänzt und überarbeitet. Der vorliegende Entwurf wurde durch 14 der insgesamt 17 Ausschussmitglieder bei keiner Gegenstimme gebilligt.

## HINTERGRUND – Regelungsbedarf:

Mit der Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) vom 21. Dezember 2011 dürfen Beschäftigte in Thüringer Verkaufsstellen an zwei Samstagen im Monat nicht beschäftigt werden (§ 12 Abs. 3 ThürLadÖffG). Diese Regelung zum besonderen Arbeitnehmerschutz ist bundesweit einmalig und geht über die übliche Praxis nach § 17 Ladenschlussgesetz (LadSchlG) hinaus, wonach Arbeitnehmer verlangen können, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden. Bei der Regelung in Thüringen handelt es sich nicht um eine Sicherung eines Anrechts auf zwei freie Samstage in Analogie zum Bundesgesetz, sondern um ein absolutes Arbeitsverbot. So ist eine häufigere Beschäftigung von Arbeitnehmern an Samstagen selbst mit deren ausdrücklicher Zustimmung ausgeschlossen. Das zuständige Landesministerium hat klargestellt, dass die Norm der Verwaltung weder einen Ermessens- noch einen Beurteilungsspielraum einräumt. Der § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG normiert ein unmittelbar geltendes Beschäftigungsverbot ohne jeden Auslegungsspielraum, da eine Rechtsverordnung mit Ausnahmeregelungen für bestimmte Personengruppen sowie in Einzelfällen nach § 12 Abs. 3 Satz 2 bisher nicht erlassen wurde.

Bereits in 2012 wurde ein entsprechender Entwurf einer „Thüringer Verordnung zur Regelung von Ausnahmen zur Einschränkung von Samstagsarbeit nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz“ (Vorlage 5/2668) durch das TMSFG vorgelegt und mehrfach im zuständigen Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit des Thüringer Landtags beraten. Letztlich wurde im Dezember 2012 der Verordnungsentwurf durch die damals für Arbeitsschutz zuständige Ministerin Heike Taubert zurückgezogen, auch um das Ergebnis im Verfahren der Verfassungsbeschwerde abzuwarten. Nach Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde im Januar 2015 wurde durch das zuständige Ministerium kein neuer Entwurf einer Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 3 Satz 2 erarbeitet.

Am 29. Dezember 2015 wurde dem Landtag ein Bericht über die Auswirkungen des ThürLadÖffG vorgelegt. Im Fazit des Gutachtens heißt es *„der Gesetzgeber kann durch eine Novellierung des ThürLadÖffG im Bericht erwähnte Unstimmigkeiten oder beschriebene Problemlagen ausgleichen“*. Trotz der dargestellten Unstimmigkeiten und Problemlagen hat der Landesgesetzgeber bisher stets die Novellierung des ThürLadÖffG abgelehnt.



## PRÄAMBEL

Für die Unternehmen des stationären Einzelhandels in Thüringen ist die Regelung nach § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG mit enormen Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung verbunden. Für den stationären Handel ist der Samstag oft der frequenz- und umsatzstärkste Tag der Woche. In einigen Betrieben entfallen mehr als 25 % des Wochenumsatzes allein auf den Samstag. Damit einhergehend ist der Samstag auch für die Mitarbeiter der beratungs- und arbeitsintensivste Tag der Woche. Die Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes hat dazu geführt, dass am wichtigsten Verkaufstag, die Einsatzmöglichkeiten des Personals drastisch reduziert wurden. In Monaten mit nur 4 Samstagen bedeutet dies konkret, dass an jedem Samstag maximal 50 % der Belegschaft verfügbar ist und somit zu wenige Mitarbeiter eingesetzt werden können. Die Folge ist, dass die „verbliebenen“ Beschäftigten eine deutlich höhere Arbeitsbelastung verkraften müssen und die Beratungsqualität und -intensität für die Kunden sinkt.

Weiterhin ist durch diese Neureglung die Personal- und Dienstplanung, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer wesentlich komplizierter und unflexibler geworden. So lassen sich zum Beispiel Mitarbeiterwünsche zu freien Tagen oder längerem Urlaub kaum mehr umsetzen. Ebenso können krankheitsbedingte Dienstaussfälle mit dem verfügbaren Personal nicht adäquat abgefangen werden. Auch Wünschen von Mitarbeitern, die samstags gern öfter arbeiten möchten, weil beispielsweise eine Kinderbetreuung gesichert wäre, kann nicht mehr entsprochen werden. Dies führt seitens der Beschäftigten zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem Arbeitgeber sowie den Arbeitsbedingungen und verschärft letztlich die Personalsituation in den Unternehmen.

Um den Arbeitskräftebedarf an Samstagen überhaupt abdecken zu können, waren Unternehmen als Reaktion gezwungen, den Anteil geringfügig Beschäftigter und Teilzeitkräfte zu erhöhen. Teilweise mussten sogar reguläre Vollzeit- in Teilzeitverträge umgewandelt werden. Dennoch steht den Unternehmen trotz der Anpassungsmaßnahmen an den wichtigen Samstagen zu wenig Personal zur Verfügung, wohingegen wochentags ein Personalüberhang besteht.

Der stationäre Einzelhandel sieht sich großen Herausforderungen gegenüber, so dass weitere Belastungen wie durch das Ladenöffnungsgesetz, den Handelsstandort Thüringen zusätzlich schwächen. Die Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz in hohem Maße bewusst. Sie sind auf qualifizierte und motivierte Fachkräfte angewiesen.

Mit dem vorliegenden Entwurf für eine Ausnahmereverordnung zu § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG sollen Möglichkeiten zur begründeten Ausnahme vom absoluten Arbeitsverbot an zwei Samstagen im Monat legalisiert werden. Die Ausnahmereverordnung soll wirtschaftsverträglich, von allen politischen Parteien lösungsorientiert und im Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten diskutiert und umgesetzt werden.

Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Südthüringen zum

**Entwurf einer  
Thüringer Verordnung  
zur Regelung von Ausnahmen  
zur Einschränkung von Samstagsarbeit  
nach dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz**

**§ 1**

**Ausnahmen für Personengruppen**

- (1) Geringfügig entlohnte Beschäftigte, kurzfristig Beschäftigte und Werkstudenten in Verkaufsstellen sind von der Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen.
- (2) Personen der nach Abs. 1 bezeichneten Personengruppen können verlangen, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

**§ 2**

**Ausnahmen für krankheitsbedingte Vertretungen**

- (1) Für den Fall eines krankheitsbedingten Arbeitsausfalls von Beschäftigten in Verkaufsstellen können Arbeitnehmer von der Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden, sofern sie den erkrankten Mitarbeiter direkt vertreten.
- (2) Der Arbeitgeber hat die Vertretungsregelung nach Abs. 1 im Arbeitszeitznachweis kenntlich zu machen und den für die Überwachung der Arbeitsschutzbestimmung zuständigen Behörden auf Verlangen durch entsprechende Nachweise zu belegen.
- (3) Beschäftigte können verlangen, in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

**§ 3**

**Ausnahmen für freiwillige Beschäftigung  
bei besonderem Freizeitausgleich**

- (1) Beschäftigte können auf eigenen Wunsch von den Normen des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden, sofern ihnen ein besonderer Freizeitausgleich nach § 5 gewährt wird.

## **§ 4 Ausnahme für Saisonverkauf**

- (1) In Verkaufsstellen mit deutlichen saisonalen Umsatzausprägungen können Arbeitnehmer in den drei umsatzstärksten Kalendermonaten von den Normen des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG ausgenommen werden.
- (2) Die Kalendermonate werden von den Verkaufsstelleninhabern festgelegt und sind den für die Überwachung der Arbeitsschutzbestimmung zuständigen Behörden spätestens zwei Wochen im Voraus anzuzeigen und auf Verlangen durch entsprechende Nachweise zu belegen. Widersprechen die Behörden nicht spätestens eine Woche nach dem Eingang der Anzeige, darf die Ausnahmeregelung angewandt werden.
- (3) Beschäftigte können auch im umsatzstärksten Kalendermonat verlangen, an einem Samstag von der Beschäftigung freigestellt zu werden.

## **§ 5 besonderer Freizeitausgleich**

- (1) Beschäftigte, die aufgrund von Ausnahmeregelungen nach den §§ 2, 3 und 4 weniger als zwei Samstage im Kalendermonat von der Beschäftigung freigestellt sind, haben Anspruch auf einen angemessenen Freizeitausgleich. Für über die Norm des § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürLadÖffG hinaus geleistete Beschäftigung an Samstagen ist ein freier Tag unmittelbar vor oder nach einem beschäftigungsfreien Samstag, Sonntag oder Feiertag zu gewähren. Der Freizeitausgleich muss spätestens zum Folgemonat erfolgen.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern</i></td> <td><i>Arbeitsgemeinschaft der 3 Thüringer Handwerkskammern</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Fischmarkt 13</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern</i>	<i>Arbeitsgemeinschaft der 3 Thüringer Handwerkskammern</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Fischmarkt 13</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern</i>	<i>Arbeitsgemeinschaft der 3 Thüringer Handwerkskammern</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Fischmarkt 13</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Wahrnehmung und Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten und Aufgaben der Thüringer Handwerkskammern</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Die drei Thüringer Handwerkskammern begreifen die Änderungen und stimmen diesen vollumfänglich zu.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.05.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)												
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer												
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher												



	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	<p><b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b>          (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilidokG)</p> <p>Der Gesetzentwurf wird als in Teilen verfassungswidrig und gegen die Interessen der Arbeitnehmer*innen, vor allem im Einzelhandel, gerichtet betrachtet und klar abgelehnt.</p> <p>Die beabsichtigte Streichung der Anlassbezugs für Sonntagsöffnungen missachtet den besonderen Schutz von Sonn- und Feiertag aus Art. 40 der Verfassung des Freistaats Thüringen i. V. m. Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 der Weimarer Reichsverfassung. Dort heißt es: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Den damit verbundenen hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Regelung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen und der damit einhergehenden Veränderung des besonderen Charakters dieser durch Arbeits- und Geschäftsruhe geprägten Tage, wird die beabsichtigte Neuregelung nicht gerecht.</p> <p>Weiterhin ist beabsichtigt, das LadÖffG so zu ändern, dass Arbeitnehmer*innen „auf eigenen Antrag“ einen weiteren Samstag im Monat arbeiten (können) sollen. Das wäre in klarer Rückschritt im Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Wenn die betriebliche Notwendigkeit von zusätzlicher Samstagsarbeit behauptet wird, können sie in der Regel nicht ablehnen. Die suggerierte Freiwilligkeit verkennt völlig die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Beschäftigte im Einzelhandel sind grundsätzlich konfrontiert mit familienunfreundlichen und ungünstigen Arbeitszeiten konfrontiert. Wochenendarbeit belastet die Work-Life-Balance, verringert die Vereinbarkeit von Familie Berufe, führt zu vermehrtem Stress und gesundheitlichen Folgen.</p> <p>Viele Arbeitsverhältnisse im Handel entsprechen ohnehin nicht den Kriterien „Guter Arbeit“. Es fehlen Mitbestimmung, die Regelung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durch Tarifverträge sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der gesetzliche Schutz darf nicht aufgeweicht werden.</p> <p>Die Beschäftigten insbesondere in den Handelseinrichtungen der Grundversorgung haben erhebliche Leistungen im öffentlichen Interesse zur Bewältigung der Krise erbracht und tun dies auch weiterhin. Sie noch zusätzlich zu belasten und unter Druck zu setzen, geht in die falsche Richtung. Unabhängig von verfassungsrechtlichen Fragen ist der Gesetzentwurf aus Arbeiternehmer*innen-Perspektive abzulehnen.</p>		
5.	<p>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilidokG)</p> <table border="1"> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)</td><td><input type="checkbox"/> nein</td></tr> </table> <p>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?</p>	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein		
	<p>In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?</p> <table border="1"> <tr> <td><input type="checkbox"/> per E-Mail</td></tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> per Brief</td></tr> </table>	<input type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
<input type="checkbox"/> per E-Mail			
<input type="checkbox"/> per Brief			
6.	<p>Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilidokG)</p> <table border="1"> <tr> <td><input type="checkbox"/> ja</td><td><input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)</td></tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)		



	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 23.05.2021	

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung

- Versand ausschließlich per Mail -

**Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen-Thüringen zu  
einem Entwurf für ein Zweites Gesetzes zur Änderung des Thüringer Laden-  
öffnungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drs. 7/1726** 11. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich im Namen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für die Gelegenheit, zum oben genannten Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

## I. Grundsatz

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben ihre Haltung zum Thema Sonntagsöffnung und Schutz der Beschäftigten insbesondere im Einzelhandel wiederholt öffentlich und gegenüber dem Thüringer Landtag dargestellt. An unserer grundsätzlichen strikten Ablehnung, den Schutz des Sonntags aufzuweichen, hat sich nichts geändert. Auch einer Verringerung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch Aufweichung des Rechts auf arbeitsfreie Samstage treten wir klar entgegen. **Wir lehnen die vorgeschlagene Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) ab und halten sie für teilweise verfassungswidrig.**

Schillerstraße 44  
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

## II. Zur Bewertung im Einzelnen

- a) Die Fraktion der CDU beantragt in Art. 1 Nr. 1 in § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG die Wortgruppe „aus besonderem Anlass“ zu streichen, sodass nur noch normiert wird, dass Verkaufsstellen an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen öffnen können. Darüber soll die bisher geltende Regelung, dass die Öffnung für bis zu sechs zusammenhängende Stunden zwischen 11 und 20 Uhr erlaubt ist, verändert werden. Künftig müsse – nach Vorstellung der Fraktion der CDU – die Öffnung „spätestens um 20 Uhr enden und soll außerhalb der Zeit der Hauptgottesdienste liegen“. Dies ist § 8 Abs. des Saarländischen Ladenöffnungsgesetzes (LÖG) nachgebildet, bleibt aber im Schutzniveau noch deutlich dahinter zurück. Das LÖG Saarland erlaubt eine Öffnung für höchstens fünf zusammenhängende Stunden und nur bis spätestens 18 Uhr.
- b) Die Streichung des Anlassbezugs wird durch den DGB als verfassungswidrig bewertet. Der Sonn- und Feiertagsschutz ist in Art. 40 der Verfassung des Freistaats Thüringen i. V. m. Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 der Weimarer Reichsverfassung

sowie unmittelbar in Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV verankert. Dort heißt es: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Den damit verbundenen hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Regelung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen und der damit einhergehenden Veränderung des besonderen Charakters dieser durch Arbeits- und Geschäftsruhe geprägten Tage, wird die beabsichtigte Neuregelung u.E. nicht gerecht. Der Sachgrund für die Ladenöffnung kann nicht gestrichen werden. Hierzu verweisen wir ausdrücklich für die ausführliche und präzise Stellungnahme der Gewerkschaft ver.di.

Der im Grundgesetz verankerte Schutz des freien Sonntags sowie die ständige höchstrichterliche Rechtsprechung entfalten völlig unabhängig von der konkreten Gesetzesformulierung in Thüringen Rechtswirkung. Während die Regelung im Saarland in der Anwendung als konfliktarm beschrieben wird, hat die Änderung des LÖG NRW zu erheblicher Rechtsunsicherheit geführt. Dort wurde der Begriff des „öffentlichen Interesses“ anstatt des Anlassbezugs eingeführt. Im Ergebnis ist dort aber der Nachweis des Anlassbezugs, also eines legitimen und gewichtigen Sachgrunds, genauso zwingend erforderlich und vor der Genehmigung zu prüfen, wie dies in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Diese Gesetzesänderung im Jahr 2018 hat lediglich für Unklarheit bei den Rechtsanwendern gesorgt und Rechtsstreitigkeiten ausgelöst. Durch die Streichung des Anlassbezugs entstanden unrealistische Erwartungen auf „unbürokratische“ Öffnungen, die daraufhin erteilten Genehmigungen wurden von den Gerichten kassiert. Im Saarland wurde das LÖG bisher nicht beklagt, weil die Saarländischen Handelsunternehmen von der Sonntagsöffnung kaum Gebrauch machen. Die faktischen Genehmigungsvoraussetzungen der Sonn- und Feiertagsöffnung sind jedoch dieselben wie in Thüringen.

Dass das Gesetzesvorhabens keinen legitimen Zweck verfolgt und damit verfassungswidrig ist, wird auch durch die Gesetzesbegründung unterstützt, wenn von „dramatischen, zum Teil existenzgefährdenden Umsatzausfällen“ des Einzelhandels gesprochen wird. Dies vernachlässigt einerseits, dass hiervon nur ein Teil des Handels betroffen ist. So stiegen im 2020 die Umsätze des Thüringer Einzelhandels preisbereinigt insgesamt um 3,2%, wobei sich die Umsatzentwicklung in den verschiedenen Sortimenten unterschiedlich darstellte.<sup>1</sup> Vor allem wird aber der Widerspruch zum Schutz des Sonn- und Feiertags offenkundig. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu geurteilt, dass „die Ausnahme eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf. Ein bloßes wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potentieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Thüringer Landesamt für Statistik, Pressemitteilung 044/2021 vom 02. März 2021

<sup>2</sup> BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 01. Dezember 2009 - 1 BvR 2857/07 -, Rn. 157.

- c) Wir sehen auch kein nachvollziehbares Bedürfnis für eine Änderung des LadÖffG. Der Entwurfsbegründung ist dahingehend zuzustimmen, dass sich das LadÖffG „alles in allem“ bewährt hat. Angeführt wird dann aber der „erhebliche bürokratische Aufwand“, der bei beabsichtigten Sonntagsöffnungen aktuell zu leisten wäre. Wie dargelegt, würde sich der Aufwand in der Praxis aber nicht verringern.

Die zu Grunde liegende Annahme der CDU-Fraktion ist zudem fraglich. Der konstatierte bereits vor der Corona-Pandemie vorhandene Problemstau wird mit ideenloser zusätzlicher Öffnungszeit u.E. nicht gelöst. Die bereits vorhandene Maximalöffnungszeit von 140 (!) Stunden pro Woche wird aus gutem Grund gerade durch die Unternehmen, die von Umsatzeinbußen in Jahren 2020 und 2021 besonders betroffen waren, nicht genutzt. Insbesondere kleinere Unternehmen mit individuellen Konzepten sind überhaupt nicht in der Lage, noch ausuferndere Öffnungszeiten abzudecken. Gestärkt werden durch mehr Öffnungszeit vorrangig die Ketten und Filialisten, die es in jeder Innenstadt gibt. Sie sind es aber nicht, die durch die Beschränkungen und Schließungen in der Corona-Krise in existenzbedrohende Schieflagen geraten sind. Existenziell getroffen wurden die kleineren, individuellen Ladenschäfte mit lokaler Verankerung. Diese machen Innenstädte und Nachbarschaften besonders und wiedererkennbar. Genau ihnen hilft die Streichung des Anlassbezugs aber nicht. Stattdessen drohen sie durch Ausweitung der zulässigen Öffnungszeiten, denen sie nicht gewachsen sind, noch weiter gegenüber den großen Ketten ins Hintertreffen zu geraten.

- d) In Art. 1 Nr. 2 beantragt die Fraktion der CDU § 12 Abs. 3 LadÖffG so zu ändern, dass künftig Beschäftigte im Verkauf an zwei (bei vier Samstagen im Monat) oder an drei (bei fünf Samstagen im Monat) Samstagen monatlich beschäftigt werden können. Damit wird bisherige Regelung, wonach „Arbeitnehmer (...) in Verkaufsstellen an mindestens zwei Samstagen in jedem Monat nicht beschäftigt werden“ dürfen, erst einmal umgedreht. Die faktische Änderung findet sich im Folgesatz, wonach Arbeitnehmer\*innen „auf eigenen Antrag“ einen weiteren Samstag im Monat arbeiten (können) sollen. Die bisher in Satz 2 normierte Verordnungsermächtigung entfällt.
- e) Der Änderungsvorschlag wird inhaltlich nicht begründet. Bekannt sind demgegenüber die gravierenden Belastungen der Beschäftigten durch Wochenendarbeit sowie die Tatsache, dass aufgrund der Machtverhältnisse in der Arbeitswelt die suggerierte Freiwilligkeit nicht realistisch ist.

Der § 12 LadÖffG ist mit „Besonderer Arbeitnehmerschutz“ überschrieben und dient ausschließlich diesem Ziel. Durch die Öffnung für „freiwillige“ Beschäftigung an einem weiteren Samstag wird die Tür für erheblichen Druck auf Beschäftigte geöffnet. Wenn die betriebliche Notwendigkeit von zusätzlicher Samstagsarbeit behauptet wird, können sie in der Regel nicht ablehnen. Potentiell entstehen auch Konflikte und Druck in den Kollegien.

Im Handel ist die Mehrheit der Beschäftigten weder durch Betriebsräte noch durch Tarifverträge geschützt. Viele Beschäftigungsverhältnisse sind prekär, im Niedriglohnbereich und/oder in Teilzeit mit wenigen Stunden. Diese Beschäftigtengruppen entscheiden nicht auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeber, sind von dessen Wohlwollen abhängig und werden sich gegen die Forderung, auf einen freien Samstag „freiwillig“ zu verzichten, nicht wehren (können). Dabei wissen wir aus der Praxis, dass der freie Samstag für die Kollegen und vor allem die Kolleginnen im Einzelhandel absolut wichtig ist.

Ziel der Forderung der Arbeitgeberseite nach einem weiteren Samstag ist mehr Flexibilität im Arbeitsablauf und in der Dienstplanung. Sie ist nicht im Interesse der Mehrheit der Beschäftigten. Wenn Beschäftigte in manchen Unternehmen so wenig verdienen oder so wenige Stunden eingesetzt werden, dass sie „freiwillig“ auf Gesundheitsschutz und Vereinbarkeit verzichten, um über die Runde zu kommen, müssen die Arbeitsverhältnisse verbessert werden, nicht das LadÖffG.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt gerade für Beschäftigte mit Kindern an der Möglichkeit, am Wochenende betreuen bzw. Zeit mit der Familie verbringen zu können. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel sind weiblich. Verschiedenen Studien zeigen die massive Belastung von Frauen mit Kindern – bei Alleinerziehenden oft deutlicher über die persönlichen Grenzen hinaus – in der Krise auf. Die Schließungen und Einschränkungen von Kitas und Schulen wurden überproportional von Frauen aufgefangen. Dabei wandten Frauen schon vor Beginn der Corona-Krise mehr als das 1,5-Fache an Zeit für Sorgearbeit auf. Geschlechtergerechtigkeit braucht Ent- und keine weitere Belastung.

Die arbeitswissenschaftliche Forschung, die sich mit dem Zusammenhang von Wochenendarbeit und Gesundheit bzw. Work-Life-Balance beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis, dass Arbeiten am Wochenende (und insbesondere an Sonntagen) mit einem erhöhten Risiko für gesundheitliche Beschwerden und einer verschlechterten Work-Life-Balance verbunden ist. Beschäftigte, die regelmäßig am Wochenende arbeiten, bewerten ihren Gesundheitszustand schlechter. Laut Arbeitszeitreport der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ist allein bei Samstagsarbeit das Risiko für Kreuz- und Rückenschmerzen um 10 Prozent, das Risiko für Erschöpfungszustände um 9 Prozent erhöht.<sup>3</sup> Bei Sonntagsarbeit sind Müdigkeit und Erschöpfung sogar um 9 und 14 Prozent häufiger anzutreffen. Wochenendarbeit ist zudem assoziiert mit verstärktem Stresserleben sowie einem erhöhten Burnout-Risiko. Die BAuA empfiehlt mit Blick auf die Arbeitsgestaltung: „Demzufolge sollte Wochenendarbeit möglichst vermieden werden.“<sup>4</sup>

<sup>3</sup> BAuA (2016): Arbeitszeitreport Deutschland 2016, S. 45. (<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2398.html>)

<sup>4</sup> Amlinger-Chatterjee, M. (2017): Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt. Atypische Arbeitszeiten, S. 58. ([https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2353-3a.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2353-3a.pdf?__blob=publicationFile&v=7))

### III. Zusammenfassung

Die vorgeschlagenen Änderungen belasten ohne durchgreifende Begründung eine in der Corona-Pandemie besonders herausgeforderte Beschäftigtengruppe. Unabhängig von verfassungsrechtlichen Fragen ist der Gesetzentwurf aus Arbeitnehmer-Perspektive abzulehnen.

Beschäftigte im Einzelhandel sind grundsätzlich konfrontiert mit familienunfreundlichen und ungünstigen Arbeitszeiten. Die allgemeine Ladenöffnungszeit in Thüringen geht von Montag 00.00 Uhr bis Sonnabend 20.00 Uhr. Insbesondere die Filialen des großflächigen (Lebensmittel-) Einzelhandels haben bereits überlange Öffnungszeiten. Dies geht nicht nur auf Kosten der Mitarbeiter\*innen, sondern auch auf Kosten des kleinen, inhabergeführten Handels.

Gleichzeitig genügen die Arbeitsverhältnisse vielfach nicht den Kriterien „Guter Arbeit“. Es fehlen Mitbestimmung, die Regelung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durch Tarifverträge sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz. Gerade Letzteres ist in der Corona-Pandemie zu Tage getreten. Aufgrund des herrschenden Drucks und der zu geringen Personaldecke konnten Schutzmaßnahmen nicht konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig gehören sind Kundenkontakt und Präsenz auf der Verkaufsfläche zum Beruf und sind zur zuverlässigen Versorgung der Bevölkerung auch unumgänglich.

Die Beschäftigten insbesondere in den Handelseinrichtungen der Grundversorgung haben erhebliche Leistungen im öffentlichen Interesse zur Bewältigung der Krise erbracht und tun dies auch weiterhin. Sie noch zusätzlich zu belasten und unter Druck zu setzen, geht erkennbar in die falsche Richtung. Diese Kolleg\*innen betrachten den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU als Schlag ins Gesicht. **Wir fordern Sie deswegen auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen bzw. klar abzulehnen.**

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/1726											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitsweit</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Arnswaldtstraße 6</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">30159 Hannover</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitsweit		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnswaldtstraße 6	Postleitzahl, Ort	30159 Hannover
	Name	Organisationsform									
	Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitsweit										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnswaldtstraße 6									
Postleitzahl, Ort	30159 Hannover										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>AKADEMIE FÜR DEN FREIEN SONNTAG THÜRINGEN</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o KDA DER EKM EV. AKADEMIE THÜRINGEN</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>ZINZENDORFPLATZ 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99192 NEUDIETENDORF</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		AKADEMIE FÜR DEN FREIEN SONNTAG THÜRINGEN	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o KDA DER EKM EV. AKADEMIE THÜRINGEN	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ZINZENDORFPLATZ 3	Postleitzahl, Ort	99192 NEUDIETENDORF
Name	Organisationsform										
	AKADEMIE FÜR DEN FREIEN SONNTAG THÜRINGEN										
Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o KDA DER EKM EV. AKADEMIE THÜRINGEN										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ZINZENDORFPLATZ 3										
Postleitzahl, Ort	99192 NEUDIETENDORF										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Begleitung, Beratung und Bildung der Abenteurer in der Arbeitswelt, ihre Vernetzung und das Eintragen kirchlicher/drittl. Positionen + Orientierungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Neuregelung wäre unserer Ansicht nach verfassungswidrig, da sie die Prüfung des konkreten Anlasses einer Sonntagsöffnung unmöglich macht. Die Öffnung eines zusätzlichen Sonntags für die Beschäftigung widerspricht den Interessen des Arbeits- und Grundrechtsschutzes und	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Familien der Beschäftigten

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
NEUDIETENDORF, 27.5.2024	

THUR. LANDTAG POST  
17.05.2021 06:41

12199/2021



**ALLIANZ FÜR DEN FREIEN SONNTAG**

**DIE RUHE BEWAHREN!**

Allianz für den freien Sonntag Thüringen c/o Kirchlicher Dienst in der  
Arbeitswelt der EKM, Zinzendorfplatz 3, 99192 Neudietendorf

Thüringer Landtag

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung

Frau Ministerialrätin Baierl

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

14. Mai 2021

**Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion –  
Drucksache 7/1726 – Zweites Gesetz zur Änderung der  
Thüringer Ladenöffnungsgesetzes**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung,

sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl,

herzlich danken wir Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnah-  
me zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache  
7/1726 – Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöff-  
nungsgesetzes und der Beteiligung im Anhörungsverfahren  
gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages.

An der mündlichen Anhörung wird für die Allianz für den freien  
Sonntag Thüringen Holger Lemme, Kirchlicher Dienst in der  
Arbeitswelt der EKM, teilnehmen.

Die mit dem Gesetzentwurf angestrebte weitere Lockerung der  
Regelungen zur Sonntagsöffnung wird von den Allianz für den  
freien Sonntag Thüringen grundsätzlich abgelehnt.

Die Thüringer Allianz für den freien Sonntag ist eine landes-  
weite Initiative, die von Organisationen aus der Mitte der Ge-  
sellschaft, aus Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützt wird. Sie ist  
Teil der bundesweiten Allianz für den freien Sonntag. Über 80  
regionale Allianzen gibt es im Bundesgebiet, und ähnliche  
Initiativen bestehen auch in anderen EU-Ländern.

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
der EKM

Studienleiter Arbeit und Wirtschaft  
Evangelische Akademie Thüringen  
Zinzendorfplatz 3  
99192 Neudietendorf

Aus unserer Sicht unterscheidet sich der Sonntag grundsätzlich von den Werktagen, da er nicht der Arbeit, sondern dem Gottesdienst, der Familie, der Erholung und auch dem gesellschaftlichen Engagement dient. Der Mensch benötigt diese erholsame Auszeit, diesen Wechsel von Arbeit und Ruhe, die Zeit für die Reflexion über das vollbrachte Werk. Jeder weitere Schritt hin zu einer Aufgabe des arbeitsfreien Sonntags als kultureller Errungenschaft hätte direkte Folgen für das soziale Miteinander. Der familiäre und gesellschaftliche Zusammenhalt würde immer stärker gefährdet. Dieser wöchentliche gesellschaftliche Ruhepol darf nicht weiter für partikulare Interessen geschmälert werden.

#### **§10 Abs 1 ThürLadÖffG – Sonn- und Feiertagsschutz**

Die vorgesehene Neufassung von § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG dürfte wegen eines Verstoßes gegen Art. 40 VerfTH i. V. m. Art. 140 GG und Art. 139 WRV bzw. unmittelbar gegen Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV verfassungswidrig sein. Darüber hinaus würde die Neufassung zu erheblichen Anwendungsunsicherheiten und -schwierigkeiten führen. Daher wird die Neufassung von der Allianz für den freien Sonntag Thüringen abgelehnt.

##### **a) Zulässigkeit von Ausnahmen**

Nach der Rechtsprechung des BVerfG kann es vom grundsätzlichen Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe unter Beachtung des Über- und Untermaßverbotes Ausnahmen nur im Interesse der Verwirklichung des Schutzzweckes von Art. 139 WRV selbst (Arbeit für den Sonntag) oder im Interesse des Schutzes anderer verfassungsrechtlich geschützter Güter (Arbeit trotz des Sonntags) geben. In der Entscheidung des BVerfG vom 1. Dezember 2009 heißt es ausdrücklich: „Grundsätzlich hat die typische ‚werktägliche Geschäftigkeit‘ an Sonn- und Feiertagen zu ruhen. Der verfassungsrechtlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz ist nur begrenzt einschränkbar. Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe sind zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich.“ (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009, I BvR 2857/07, Urt. v. 09. 06. 2004, I BvR 636/02)

In seinem Urteil vom 1. Dezember 2009 hat das BVerfG unter Beachtung der vorgenannten Grundsätze aufgezeigt, dass der Gesetzgeber bei Ausnahmen von der Regel (Sonn- und Feiertagsruhe) einen dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrund zugrunde legen muss. Dabei können rein wirtschaftliche Interessen oder ein alltägliches Einkaufsinteresse der Kundinnen und Kunden eine solche Ausnahme nicht rechtfertigen. Daher genügen allein weder der Verweis auf Umsatzeinbußen während der Corona-Pandemie, die es aufzuholen oder zu kompensieren gelte, noch die Wettbewerbssituation mit dem Online-Handel, Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe zu begründen.

Weiterhin steigen die Anforderungen an die Begründung der Notwendigkeit für zusätzliche Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen, je weiter die sonstigen Öffnungsmöglichkeiten an den Werktagen sind. Da in Thüringen die allgemeinen Ladenöffnungszeiten von Montag-Freitag jeweils 24 Stunden sowie am Samstag 20 Stunden umfassen und damit Thüringen zu den Bundesländern gehört, in denen die Läden ohnehin die längsten Öffnungszeiten haben, sind die Anforderungen an ausnahmsweise Sonntagsöffnungen im Vergleich zurecht besonders hoch.

Maßgeblich ist mithin, dass jede Sonntagsöffnung eines konkreten Sachgrundes bedarf, der es in Anbetracht der hohen Bedeutung des Sonn- und Feiertagsschutzes und auch der werktäglichen Ladenöffnungszeiten rechtfertigt, die ausnahmsweise Öffnung der Geschäfte im konkreten Umfang zu gestatten. Dabei ist im Einzelfall zu prüfen, ob der erforderliche Sachgrund für eine konkrete Ladenöffnung gegeben ist und ob beide in einem angemessenen Verhältnis stehen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Entkopplung der Sonntagsöffnung vom Vorliegen eines hinreichenden Sachgrunds lässt die verfassungsrechtlichen Vorgaben außer Acht.

#### b) Mangelnde Plausibilität der Neuregelung

Auch der Verweis auf die Corona-Krise in der Begründung zum Gesetzentwurf lässt keinen anderen Schluss zu. Die Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind für den Einzelhandel in bestimmten Branchen dramatisch und beeinträchtigen dessen Möglichkeiten deutlich, Umsätze zu erzielen. Allerdings sind nicht alle Einzelhandelsunternehmen gleichermaßen von Umsatzausfällen betroffen, Lebensmittelhandel und Fahrradhandel etwa haben 2020 höhere Umsätze verzeichnet als im Vorjahr. Ladenöffnungen ohne besonderen Anlass können daher keinesfalls mit Verweis darauf gerechtfertigt werden, dass die Einzelhandelsbranche insgesamt unter wirtschaftlichem Druck steht.

Zudem wird in der Begründung darauf Bezug genommen, dass der Problemstau im Einzelhandel bereits vor Corona vorhanden war und die Pandemie nur eine von drei maßgeblichen Triebkräften (neben Strukturwandel und Digitalisierung) sei. Selbst wenn, was bezweifelt wird, die Sonntagsöffnungen einen positiven Effekt auf die Umsätze des Einzelhandels hätten und es nicht zu diesen Effekt relativierenden Umsatzminderungen an anderen Wochentagen kommen sollte, kann nicht angenommen werden, dass eine Öffnung an vier zusätzlichen Tagen (neben den gut 250 Werktagen eines Jahres) den beschriebenen Problemstau auch nur ansatzweise lösen könnte.

Auch gegenwärtig ist die Öffnung an bis zu vier Sonn- und Feiertagen nach geltendem ThürLadÖffG möglich, allerdings unter Begründung des Sachgrunds der Öffnung. Die geplante Neuregelung zielt also rein auf die Abschaffung des Antragsaufwands, sie hat mithin eine wirtschaftliche Intention. Allerdings können rein wirtschaftliche Interessen eine Ausnahme von der Sonn- und Feiertagsruhe nicht begründen (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009). Entsprechend kann es nicht gerechtfertigt sein, aus denselben wirtschaftlichen Interessen die Einzelfallprüfung zur Begründung der Ausnahme abzuschaffen. Angesichts der Vorteile, die sich der Einzelhandel und die Kommunen von den Sonn- und Feiertagsöffnungen versprechen, scheint es keine ungebührliche Belastung, wenn der Sachgrund für die jeweilige Ladenöffnung dargestellt und seine Angemessenheit geprüft werden müssen.

Zur Unterstützung der Antragstellung wurde bereits 2017 im zuständigen Ministerium ein Kriterienkatalog erstellt, in dem die Anforderungen an die Begründung des besonderen Anlasses präzise dargelegt sind. Er wurde den Kommunen zur Verfügung gestellt. Dadurch sind sie in der Lage, die Sachgründe effektiv und effizient darzulegen. Zudem wurde eine Liste wiederkehrender Anlässe bei der Fachaufsicht angelegt, wodurch sich der Antragsaufwand in den jeweiligen Folgejahren drastisch reduziert.

#### c) Fragwürdige Begründung

In der Begründung des geplanten Neuregelung wird dargestellt, dass „die Anzahl der gesetzlich vorgegebenen vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage ... in Summe nicht berührt“ würden. Verfassungsrechtlich vorgegeben ist die Sonn- und Feiertagsruhe, also das Ruhen der typischen werktäglichen Geschäftigkeit (vgl. BVerfG, Urt. v. 01. 12. 2009, I BvR 2857/07). Diese Regel kann nur durch Ausnahmen aufgehoben werden, wie sie in Bezug auf allgemeine Ladenöffnungen am Sonntag in §14 LadSchlG geregelt sind: aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen.

Es sind also nicht vier verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gesetzlich vorgegeben, sondern lediglich als nicht zu überschreitendes Höchstmaß bestimmt. Durch die Begründung wird der fehlerhafte Eindruck erweckt, als wären vier verkaufsoffene Sonntage der Regelfall. Erfahrungsgemäß bewegt sich in den verschiedenen Kommunen die Bandbreite von null bis vier jährlichen Sonn- und Feiertagsöffnungen. Würde der Gesetzentwurf verabschiedet, ist davon auszugehen, dass die Kommunen den dann erlaubten Rahmen komplett ausschöpfen würden. Die Anzahl der tatsächlichen verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage in einem Jahr würde also faktisch erhöht und damit sehr wohl „berührt“.

#### **§10 Abs 1 ThürLadÖffG – Erweiterung des Zeitraums möglicher Sonntagsöffnungen**

Gegenüber dem bisher geltenden Recht würde die geplante Neuregelung den Zeitraum erweitern, innerhalb dessen Sonntagsöffnungen möglich wären. Geplant ist, dass die Sonntagsöffnungen auch früher als 11 Uhr beginnen können, wobei allerdings die Hauptgottesdienstzeiten ausgenommen werden sollen. Die bisherige Regelung erlaubt eine Öffnung ab 11 Uhr. Unsere Position ist: Während der Hauptgottesdienste dürfen keine Läden geöffnet sein. Um Missverständnisse bezüglich der Hauptgottesdienstzeiten zu vermeiden, halten wir eine klare Angabe des Zeitraums, in dem Sonntagsöffnungen möglich wären, für zielführender als die vorgeschlagene Neufassung. Wir sehen keinen Änderungsbedarf und betrachten die derzeit geltende Regelung als hinreichend.

#### **§12 Abs 3 ThürLadÖffG – Samstagsarbeit**

Die geplante Änderung des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG wird von der Allianz für den freien Sonntag Thüringen abgelehnt.

Das ThürLadÖffG schützt die Beschäftigten in Verkaufsstellen im Freistaat in besonderem Maße, indem es ihnen an mindestens zwei Samstagen die Arbeit untersagt. Damit dürfen sie an diesen Tagen nicht von ihren Arbeitgebern zur Tätigkeit eingesetzt werden. Diese Regelung hat sich, wie in der Begründung des Gesetzentwurfs ausgeführt wird, „alles in allem bewährt“. Der Anspruch auf zwei arbeitsfreie Samstage ist für die Beschäftigten eine der wichtigsten Regelungen im Thüringer Ladenöffnungsgesetz. Denn für die Familien der Beschäftigten gibt es, wenn diese am Wochenende arbeiten müssen, keinen adäquaten Ersatz. Daher ist das Recht, sich an zwei Wochenenden ausschließlich um die Familie kümmern zu können, eine überaus bedeutsame Regelung für die Beschäftigten im Einzelhandel.

#### **d) Auslegungsschwierigkeiten**

Bisher ist in § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG geregelt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Verkaufsstellen mindestens an zwei Samstagen in jedem Monat nicht beschäftigt werden dürfen. Damit regelte das Gesetz ein klares Verbot der Beschäftigung an zwei Samstagen im



Monat, welches verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist und sich aus Sicht der Beschäftigten in der Praxis bewährt hat. (vgl. BVerfG, Urt. v. 14.05.2015, 1 BvR 931/12)

Mit der Neuregelung soll eine Umkehrung dahingehend stattfinden, dass zukünftig nicht mehr die Anzahl der Samstage, an denen Mitarbeitende in Verkaufsstellen nicht beschäftigt werden dürfen, sondern die Anzahl der Samstage, an denen Mitarbeitende in Verkaufsstellen arbeiten können, festgelegt wird. Diese Umkehrung kann zu Auslegungsschwierigkeiten führen, da in der Neuregelung nicht mehr eindeutig festgehalten ist, dass eine Arbeit bzw. Beschäftigung an mehr als den genannten Samstagen unzulässig ist.

Der Wortlaut der Neuregelung sollte, um Missverständnisse und fehlerhafte Auslegungen zu vermeiden, angepasst werden und das Arbeits- und Beschäftigungsverbot konkret formulieren: „Arbeitnehmer in Verkaufsstellen dürfen in Kalendermonaten mit vier Samstagen an nicht mehr als zwei Samstagen und in Kalendermonaten mit fünf Samstagen an nicht mehr als drei Samstagen beschäftigt werden.“

#### e) Beschäftigung an einem weiteren Samstag

Die Regelung, wonach Mitarbeitende auf eigenen Antrag hin an einem weiteren Samstag im Monat beschäftigt werden dürfen, lehnen wir entschieden ab. Es ist zweifelhaft, ob dieser Vorschlag ein praxisnahes Bild von den Verhältnissen in den Unternehmen zeichnet. Die Beschäftigten dürften sich vielmehr einer Erwartungshaltung der Unternehmensleitungen ausgesetzt sehen und könnten zum Verzicht auf einen weiteren freien Samstag gedrängt werden. Das ggf. in einigen wenigen Branchen aufgrund provisionsbasierter Entlohnung bestehende Interesse einzelner Beschäftigter wiegt diesen Nachteil für die Beschäftigten aller Branchen nicht auf. Insgesamt wird der Arbeitnehmerschutz hierdurch ungeachtet der vermeintlichen Freiwilligkeit abgesenkt. Aus Gründen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes kann dies nicht wünschenswert sein.

#### *Fazit*

Dass der Einzelhandel in den Innenstädten – gerade nach mehr als einem Jahr Corona-Beschränkungen – Probleme hat, ist unbestritten. Auch die Allianz für den freien Sonntag Thüringen teilt das Interesse an lebendigen Innenstädten mit einem vielfältigen Angebot. Allerdings steht der stationäre Einzelhandel schon seit Längerem unter Druck. Die geplante Neuregelung kann diese Probleme nicht lösen und dürfte zudem den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht entsprechen. Andere Maßnahmen, etwa die Erhöhung der Erlebnisqualität, Fokus auf persönliche Beratung und die Konzentration auf innerstädtische Lagen, dürften besser geeignet sein, die Zukunft des stationären Einzelhandels zu sichern und weiterzuentwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/1726	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Organisationsform</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) - Thüringen</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">e.V.</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Vorname</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;"></div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse         </div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

13274/21

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadöffG)													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesvorsitzender</td> <td>Wirtschaftsjunioren Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o Industrie- und Handelskammer Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 34</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesvorsitzender	Wirtschaftsjunioren Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Industrie- und Handelskammer Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 34	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	Landesvorsitzender	Wirtschaftsjunioren Thüringen e.V.											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Industrie- und Handelskammer Erfurt											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 34											
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <table border="1"> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Name	Vorname	<table border="1"> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<table border="1"> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort				
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse											
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die Wirtschaftsjunioren Thüringen sind ein Verein junger Unternehmer, Freiberufler und Führungskräfte, die nicht älter als 40 Jahre sind. Zielstellung des Vereins ist, durch Engagement die Akzeptanz für unternehmerisches Denken und Handeln in ganz Thüringen zu erhöhen. Die Wirtschaftsjunioren geben Impulse für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und sozialpolitische Entwicklung. Neben der eigenen Netzwerkarbeit engagieren sie sich seit mehreren Jahren für gemeinnützige Projekte und Organisationen im Land Thüringen.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Für die Wirtschaftsjunioren Thüringen geht es bei dem Gesetzesentwurf im Kern um die Änderungen des § 10 Abs. 1 sowie des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG.</p> <p>1. Änderung des § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG          In dieser Änderung geht es insbesondere darum, dass der Verweis auf den „besonderen Anlass“ als Voraussetzung für die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage nicht mehr im Gesetzestext enthalten ist. Die Wirtschaftsjunioren Thüringen können sich dieser Forderung anschließen. Der stationäre Einzelhandel ist stark durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen. Überdies ist zu berücksichtigen, dass die Struktur der Innenstädte durch eine infolge der Pandemie drohende Insolvenzwellen des stationären Einzelhandels gefährdet ist. Vor diesem pandemischen Hintergrund, sehen wir es als sinnvolle Maßnahme an, die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage unbürokratisch und rechtssicher und damit einfacher zu handhaben.</p> <p>2. Änderung § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG          In dieser Änderung geht es insbesondere darum, dass den Beschäftigten in Verkaufsstellen die Möglichkeit eingeräumt wird, auf eigenen Wunsch an einem weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten.          Seit 2012 besteht diese Thüringer Regelung, dass Mitarbeiter im Einzelhandel nur an zwei Samstagen im Monat arbeiten dürfen und findet bisher auch in keinem anderen Bundesland eine Anwendung. Für uns ist die Betonung der „Freiwilligkeit“ (auf eigenen Wunsch des Arbeitnehmers) in der Änderung des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG von Bedeutung. Die aktuelle Vorschrift geht mit einer erheblichen Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer einher. Für viele Arbeitnehmer ist die fehlende „freiwillige“ Möglichkeit der Samstagsarbeit eine Beschränkung der Flexibilität (umsatzorientierte Leistungsprämien am Wochenende sowie der Wunsch als Ausgleich in der Woche freie Tage für die Familie zu haben).</p>	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1, Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 18.05.2021	



WIRTSCHAFTSJUNIOREN  
THÜRINGEN

THÜR. LANDTAG POST  
17.05.2021 06:41

12200/2021

Wirtschaftsjunioren Thüringen e. V.  
c/o IHK Erfurt, Arnstädter Straße 34 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, 12. Mai 2021

### **Stellungnahme für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) und die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

Für die Wirtschaftsjunioren Thüringen geht es bei dem Gesetzesentwurf im Kern um die Änderungen des § 10 Abs. 1 sowie des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG. Zu beiden Punkten nehmen die Wirtschaftsjunioren Thüringen wie folgt Stellung:

#### **1. Änderung des § 10 Abs. 1 ThürLadÖffG**

In dieser Änderung geht es insbesondere darum, dass der Verweis auf den „besonderen Anlass“ als Voraussetzung für die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage nicht mehr im Gesetzestext enthalten ist.

Die Wirtschaftsjunioren Thüringen können sich dieser Forderung anschließen. Der stationäre Einzelhandel ist stark durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen. Überdies ist zu berücksichtigen, dass die Struktur der Innenstädte durch eine infolge der Pandemie drohende Insolvenzwelle des stationären Einzelhandels gefährdet ist. Vor diesem pandemischen Hintergrund, sehen wir es als sinnvolle Maßnahme an, die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage unbürokratisch und rechtssicher und damit einfacher zu handhaben. Wir trauen den Verantwortlichen der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften zu, dass sie mit den regionalen Festlichkeiten sowie Traditionen vertraut sind und den damit einhergehenden „besonderen Anlass“ für verkaufsoffene Sonn- und Feiertage eigenständig bemessen können.

Wirtschaftsjunioren  
Thüringen e. V.

c/o IHK Erfurt  
Arnstädter Straße 34  
99096 Erfurt  
lavo@wj-thueringen.de

[www.wj-thueringen.de](http://www.wj-thueringen.de)





Gleichwohl ist es uns ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass durch den Wegfall des Verweises auf den „besonderen Anlass“ als Voraussetzung für die Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage die Probleme des stationären Handels allein nicht zu lösen sind. Denn nicht erst seit der Corona-Pandemie haben sich Erwartungen und Verhalten der Kunden verändert. Der Erfolg des Online-Handels wird auch nach dem Ende der Pandemie dazu führen, dass der stationäre Handel entlang der sogenannten Customer Journey nach neuen Konzepten suchen muss, um für die Kunden weiterhin relevant zu sein. Kreative Erlebniswelten, Online-Sichtbarkeit und Omnichannel-Angebote, über die digitale Kundenerfahrung im lokalen Geschäft, bis zur digital geprägten Kundenbindung – nie war die Bedeutung von innovativen Konzepten, Investitionen in die Digitalisierung und in die Attraktivität der Ladenflächen im stationären Handel so groß wie heute.

## **2. § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG**

In dieser Änderung geht es insbesondere darum, dass den Beschäftigten in Verkaufsstellen die Möglichkeit eingeräumt wird, auf eigenen Wunsch an einem weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten.

Seit 2012 besteht diese Thüringer Regelung, dass Mitarbeiter im Einzelhandel nur an zwei Samstagen im Monat arbeiten dürfen und findet bisher auch in keinem anderen Bundesland eine Anwendung. Für uns ist die Betonung der „Freiwilligkeit“ (auf eigenen Wunsch des Arbeitnehmers) in der Änderung des § 12 Abs. 3 ThürLadÖffG von Bedeutung. Die aktuelle Vorschrift geht mit einer erheblichen Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer einher. Für viele Arbeitnehmer ist die fehlende „freiwillige“ Möglichkeit der Samstagsarbeit eine Beschränkung der Flexibilität (umsatzorientierte Leistungsprämien am Wochenende sowie der Wunsch als Ausgleich in der Woche freie Tage für die Familie zu haben). Auch Studierende werden durch die Vorschrift eingeschränkt, da sie vorrangig nur samstags arbeiten können und für die Minijobs eine wichtige Finanzierungsquelle des Studiums sind. Das Anliegen der vorliegenden Gesetzesänderung, Beschäftigten im Einzelhandel die Möglichkeit einzuräumen, freiwillig und damit auf eigenen Wunsch einen weiteren Samstag in jedem Monat zu arbeiten, ist ein sinnvoller Schritt hin zu mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Gleichwohl ist es uns ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass die Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern nicht zu einer dritten Samstagsarbeit im Monat verpflichtet werden dürfen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – auch am Wochenende – ist ein hoher Wert und sollte nicht durch eine stillschweigende Duldung gefährdet werden.

Wir bitten um Beachtung der Stellungnahme und stehen für diesbezügliche Rückfragen – auch in einer mündlichen Anhörung – gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)</small>											

	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Sonntag genießt als Tag der Ruhe und seelischen Erbauung zurecht einen hohen gesetzlichen Schutz. Die werktägliche Geschäftigkeit hat zu ruhen. Ladenöffnungen sind an Sonntagen daher nur in sehr engen Grenzen möglich. Ein Verzicht auf den Anlassbezug würde den Schutzgedanken unterlaufen und ist zudem rechtlich unzulässig. Der vorliegende Entwurf ist daher abzulehnen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 14.05.2021	

# KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

## Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



THÜR. LANDTAG POST  
18.05.2021 13:00

12384/2021

Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Bistum Erfurt  
Bistum Dresden-Meißen  
Bistum Fulda

### Stellungnahme des Katholischen Büros Erfurt zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (Drs. 7/1726)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für die Gelegenheit, zum vorgelegten Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für die Katholische Kirche in Thüringen Stellung zu nehmen. Die Frage des Sonntagsschutzes berührt für uns einen Kernbereich kirchlicher Interessen.

Mit dem Entwurf ist zunächst beabsichtigt, den geltenden § 10 Absatz 1 Thüringer Ladenöffnungsgesetz so zu ändern, dass die Kopplung einer sonntäglichen Öffnung von Verkaufsstellen nicht mehr an einen besonderen Anlass gekoppelt ist. Hiervon wird sich für die Kommunen die erleichterte Planung eines verkaufsoffenen Sonntags versprochen, da die Bindung der Ladenöffnung an ein übergeordnetes Ereignis dann nicht mehr verpflichtend nachgewiesen werden müsse.

Dieses Ansinnen lehnt die Katholische Kirche entschieden ab, denn es beschädigt das hohe Gut eines gesellschaftlich verbindlichen Ruhetages, negiert die gefestigte Rechtsprechung und verfehlt zudem die eigene Zielstellung.

Dem Schutz des Sonntags „als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“, wie es im Grundgesetz heißt, kommt zu Recht ein enorm hoher Stellenwert zu. Es ist für ein gelingendes Leben unabdingbar, dass es verlässliche und gemeinschaftliche Ruhetage gibt, die der Geschäftigkeit des Alltags entzogen sind. Sicherlich besteht hierüber zwischen der antragstellenden CDU-Fraktion und der Kirche keinerlei Dissens. Sonntage sind als Zeiten der kollektiven Ruhe von einem enormen gesellschaftlichen Wert. Verbindliche Freizeiten bieten die berechenbare Möglichkeit, familiäre und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, seine Religion auszuüben, einem ehrenamtlichen Engagement nachzugehen – oder schlicht: zweckfrei Zeit zu vergeuden, wie Papst Franziskus sagt. Hieran mangelt es aus unserer Sicht in der heutigen Zeit deutlich mehr als an Einkaufsgelegenheiten. Zudem ist es von unschätzbarem

**Anschrift:**  
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

**Diensträume:**  
Michaelshaus  
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

**Kontakt:**  
Telefon 0361 6572-214  
Fax 0361 6572-217  
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

**Ihr Zeichen:**  
Drs. 7/1726

**Aktenzeichen:**

Erfurt, den 18. Mai 2021

Wert, dass durch einen umfassenden Sonntagsschutz nicht zu jeder Zeit die Befriedigung materieller Bedürfnisse im Vordergrund steht. Dies sollte als Errungenschaft unserer Rechtsordnung geschätzt und nicht als Behinderung der Wirtschaft missverstanden werden.

Der Schutz des Sonntages ist unmittelbar vom Grundgesetz garantiert. Art und Ausmaß des Schutzes sind freilich Gegenstand gesetzlicher Ausgestaltung. Insbesondere sind Ausnahmen vom unbedingten Sonntagsschutz verfassungskonform zu regeln. Laut der ständigen gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung<sup>1</sup> können solche Ausnahmen nur aus zureichendem Sachgrund zur Wahrung gleich- oder höherwertiger Rechtsgüter zugelassen werden. Das bloße Umsatzinteresse der Inhaber von Verkaufsstätten oder das allgemeine Erwerbsinteresse der Kundschaft reichen dazu nicht. Der Ausnahmecharakter muss erkennbar bleiben, ausdrücklich reicht hierfür nach Meinung zahlreicher Verwaltungsgerichte<sup>2</sup> nicht aus, die Zahl der jährlich zugelassenen Sonntagsöffnungen gesetzlich zu beschränken, wie dies der vorliegende Gesetzentwurf jedoch beabsichtigt. Zentral bleibt also das Vorliegen eines hinreichenden Sachgrundes oder prägenden Anlasses, hinter den das Erwerbsgeschehen deutlich zurücktritt und für das Publikum am betreffenden Tag klar als Ausnahme von der sonntäglichen Arbeitsruhe erkennbar ist. Kurzum: Eine Ladenöffnung an Sonntagen ohne hinreichenden Anlass ist und bleibt verfassungswidrig und kann vom Gesetzgeber nicht gestattet werden.

Ziel des Gesetzentwurfes ist es erklärtermaßen, den bürokratischen Aufwand bei der Beantragung einer Sonntagsöffnung für die entsprechende Kommunalverwaltung zu reduzieren. Dieses Versprechen würde die vorgeschlagene Gesetzesänderung nicht einlösen können. Im Saarland mag der zwingende Anlassbezug nicht im Gesetzestext enthalten sein, nachzuweisen ist er von den Kommunen aber auch dort. Andernfalls ist auch im Saarland eine Sonntagsöffnung weder genehmigungsfähig noch gerichtsfest. Dass Ladenöffnungen an Sonntagen aus besonderem Anlass auch ohne unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand rechtssicher vorbereitet werden können, beweisen die Kommunen in mehreren Thüringer Landkreisen, positiv hervorzuheben sind aus unserer Sicht beispielsweise der Landkreis Sonneberg und der Saale-Orla-Kreis. Hier werden die wesentlichen Voraussetzungen schematisch geprüft und der besondere Anlass einer Sonntagsöffnung klar herausgearbeitet. Das fachlich zuständige Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat zudem schon vor einigen Jahren den antragstellenden Kommunen eine nützliche Handreichung zur Verfügung gestellt. Der Weg, Kommunen bei der Planung von verkaufsoffenen Sonntagen zu unterstützen, dürfte wesentlich erfolgversprechender sein als ihnen durch die vermeintliche Streichung des Anlassbezugs fälschlich zu suggerieren, nun würde alles einfacher.

---

<sup>1</sup> Siehe insbesondere BVerfG, Urteil vom 1. Dezember 2009 (Az. 1 BvR 2857/07), BVerwG, Urteile vom 22. Juni 2020 (Az. 8 CN 3/19 und 8 CN 1/19), OVG Weimar, Urteil vom 22. September 2016 (Az. 3 N 182716).

<sup>2</sup> Siehe z.B. zuletzt OVG NRW, Beschluss vom 1. Oktober 2020 (Az. B 1444/20.NE).

Gleichwohl ist hinter dem Antrag der CDU-Fraktion eine wichtige und richtige Absicht zu erkennen. Der Einzelhandel steht in fast allen Thüringer Städten unter erheblichen Druck. Die Corona-Pandemie hat sich auch hier als Brandbeschleuniger von schon lange bestehenden strukturellen Problemen erwiesen. Die Läden in den Innenstädten leeren sich, dafür füllen sich die Altpapiercontainer mit den Kartons der großen Internetdienste umso schneller. Es ist daher durchaus ein wichtiges politisches Anliegen, den Einzelhandel in unseren Innenstädten unterstützen zu wollen, zumal geschäftiges Treiben in den Einkaufsstraßen auch für die sozialräumliche Stabilität und die Aufenthaltsqualität einer Stadt ein wichtiger Faktor darstellt. Aus unserer Sicht ist die wirtschaftliche Konsolidierung gerade der kleinen und mittelgroßen Innenstädte sicherlich nicht durch verkaufsoffene Sonntage zu erreichen. Ungeachtet der oben gezeigten Tatsache, dass wirtschaftliche Interessen bei einer Sonntagsöffnung ohnehin keine Rolle spielen dürfen, ist der betriebswirtschaftliche Nutzen dieser Tage nicht nachgewiesen bzw. kann sogar jenseits der Kettengeschäfte als widerlegt betrachtet werden. Verkaufsoffene Sonntage kosten schlicht mehr als sie erwirtschaften.

Weiterhin sieht der vorliegende Gesetzentwurf vor, § 12 Absatz 3 ThürLadÖffG dahingehend abzuändern, dass Beschäftigte im Einzelhandel auf eigenen Wunsch an einem weiteren Samstag arbeiten gehen können. Dies lehnen wir ab. Die gewählten Formulierungen suggerieren eine unbedingte Freiwilligkeit, die in vielen Betrieben so nicht gegeben sein dürfte. Nicht auszuschließen ist, dass diese „Kann-Regelung“ bei einigen Arbeitgebern schnell zur Regel werden dürfte. Nicht jede Arbeitnehmerin bzw. jeder Arbeitnehmer kann sich entsprechender Erwartungen seiner Vorgesetzten entziehen, auch wenn es die persönlichen Lebensumstände, insbesondere die Bedürfnisse des Familienlebens, eigentlich erfordern würden. Zudem sehen wir kritisch, wenn mit dieser Neuregelung die Sphäre der Arbeit einen noch größeren Anteil am Leben einer bzw. eines Beschäftigten (im Einzelhandel) einnehmen kann. Dabei ist diese Tätigkeit ohnehin schon herausfordernd und von hohen Belastungen geprägt. Zudem wird auch die gemeinsame Freizeit mit der eigenen Familie und dem Freundeskreis dadurch weiter und übermäßig eingeschränkt. Aus unserer Sicht ist die bisherige Regelung im ThürLadÖffG beizubehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich freue mich, Ihnen diese Positionen der Katholischen Kirche auch im Rahmen der mündlichen Anhörung am 27. Mai 2021 nochmals vortragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen und  
besten Wünschen für Ihre Gesundheit

Leiter des Katholischen Büros

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">AKF (Arbeitskreis Thür. Familienorganisationen)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Johannesstraße 127</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">93084 257A</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">- - -</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	AKF (Arbeitskreis Thür. Familienorganisationen)	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 127	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	93084 257A	Postleitzahl, Ort	- - -
	Name	Organisationsform									
	AKF (Arbeitskreis Thür. Familienorganisationen)	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 127									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	93084 257A									
Postleitzahl, Ort	- - -										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Lobbyarbeit & Interessensvertretung Thüringer Familien in ihrer Vielfalt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Familie braucht Zeit für Familie und gemeinsame Aktivitäten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
8/17, 1.6.21	

Arbeitskreis THÜRINGER FAMILIEN Organisationen e.V.  
Johannesstraße 127 / 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
25.05.2021 09:15

12226121

Mitglieder des AKF: Deutscher  
Familienverband, LV Thüringen (DFV) /  
Evangelische Aktionsgemeinschaft für  
Familienfragen, Landesarbeitskreis  
Thüringen (eaf) / Familienbund der  
Katholiken im Bistum Erfurt und im  
Freistaat Thüringen (FDK) / Verband  
Alleinerziehende Mütter und Väter,  
LV Thüringen (VAMV) / Landesverband der  
Pflege- und Adoptivfamilien (PfAd) /  
Verband kinderreicher Familien Thüringen  
e.V. (KRFT) / NaturFreunde Thüringen e.V. /  
pro familia LV Thüringen / Deutscher  
Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. (DKSB)

21.05.2021

### Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben den AKF um eine Stellungnahme zum Thüringer Ladenöffnungsgesetz gebeten. An der mündlichen Anhörung sind wir leider verhindert, möchten Ihnen unsere Meinung jedoch schriftlich zur Verfügung stellen.

Als Grundlage der Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes werden drei Gesichtspunkte angeführt:

1. Die Interessen des Einzelhandels und der wenigstens in Teilen auf Provisionsbasis beschäftigten Verkäufer\*innen an umsatzstarken Tagen.
2. Der Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und seelischen Erholung nach Art. 140 GG.
3. Die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien an Erholung und Freizeit.

Zudem wird der bürokratische Aufwand und das faktische Arbeitsverbot an zwei Sonntagen im Monat bemängelt und auf die aktuellen Probleme des Einzelhandels verwiesen, die mit den Stichworten Strukturwandel, Digitalisierung und der Pandemie beschrieben werden.

Wir können zum einen den Wunsch nach Flexibilisierung und besonders auch der im geänderten § 12 zum Ausdruck gebrachten Beteiligung der Arbeitnehmer\*innen verstehen.

Als Interessenverband von Familien in Thüringen möchten wir unseren Blick besonders auf die betroffenen Familien und deren Kinder lenken, die aus unserer Sicht häufig unter geringem Einkommen leiden.

**FAMILIEN**  
eine Stimme  
geben

Der AKF setzt sich für Familien und deren Angehörige ein. Diese Familien benötigen gemeinsame Zeit, ausreichendes Einkommen und Infrastruktur.

Versetzen wir uns also in die Lage gerade der Arbeitnehmer\*innen im Einzelhandel der Ketten, sehen wir eher deren Rechte mit dem Gesetzesvorschlag aufgeweicht. Wir können in diesem Bereich kaum Möglichkeiten der Arbeitnehmer\*innen erkennen, selbstbestimmt über Wochenendarbeit zu entscheiden, wenn die Arbeitgeber Druck aufgrund anderer Zielsetzungen ausüben. Weiter sehen wir an den Kassen der Ketten insbesondere Frauen sitzen, die in der Regel auch Familie haben. Die sind es dann auch, deren gemeinsame Freizeit zur Disposition steht und darunter besonders die Kinder der Familien leiden.

Aus unserer Sicht berücksichtigt das Gesetz daher mehr die Interessen des Einzelhandels, als die der Arbeitnehmer\*innen und deren Familien. Und wenn es in diesem Zusammenhang um die Provisionen der Arbeitnehmer\*innen geht, wäre doch an dieser Stelle eher die Frage durch andere Löhne und Tarife zu lösen. Dahinterstehend sehen wir das Problem der Kinder- und Familienarmut. Das aufgrund schlechter Bezahlung geringe Budget der Familien soll durch freiwillige Mehrarbeit aufgestockt werden. Die höhere Entlohnung wird damit durch weniger gemeinsame Zeit der Familie erreicht. Das kann aus unserer Sicht nicht die Lösung sein und dient auch nicht der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie in § 12 benannt. Auch werden damit die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien nach Erholung und Freizeit wie unter 3. benannt, nicht erfüllt.

Die pandemische Krise hat einen unverkennbar hohen Druck auf den Einzelhandel ausgeübt und zu Ladenschließungen geführt. Dieser Druck bestand jedoch auch bereits vor der Pandemie. Die Hauptträger der Last der Pandemie sind – und das besagen viele Studien – die Familien. In diesem Sinne kann es nicht darum gehen, Ladenöffnungen zu flexibilisieren, sondern Familien Freizeit für Ausgleich und Entlastung und Zeit miteinander zu ermöglichen. Die Strukturen wie Kita, Schule sowie andere öffentliche Angebote sind in der Pandemie weggebrochen, so dass Familien neben der Arbeit noch die Kinder erziehen und gebildet haben, sich um die Freizeitgestaltung, zu pflegende Angehörige u.v.m. kümmern mussten. Die Unterstützung nach oder wegen der Pandemie sollte also auch mehr auf Seiten der Familien liegen, als auf Seiten des Einzelhandels.

Im Detail erschließt sich uns im Vorschlag zudem nicht, wie nach § 10 nun über Öffnungstage mit den Kommunen entschieden werden soll, denn die Absätze 3 und 4 sind gestrichen. Der Streichung des Absatzes 2, welche Tage freigegeben oder nicht freigegeben werden, können wir unterstützen. Warum dann jedoch im Vorschlag die Hauptgottesdienste als Grund der Nicht-Öffnung dienen, ist in der Stringenz des Gesetzes nicht nachvollziehbar. Hier könnten wir einbringen, dass keine Öffnung an „Hauptfamilienzeiten“ stattfindet.

Kritisch betrachten möchten wir auch, dass im § 12 speziell auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgehoben wird. Wie bereits geschrieben, unterstützen wir das im Grundsatz vollumfänglich. Ist gibt aber keine weitere Erklärung dazu, was genau damit gemeint ist. Das wird

zu langen Diskussionen führen oder es bleibt ein Lippenbekenntnis. Das können wir nicht unterstützen.

Zudem muss nach unserer Kenntnis nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Anlass für eine Ladenöffnung nicht das Interesse der Ladenbesitzer sein, sondern außerhalb der Ladenöffnung liegen, sprich Anlass wäre ein Tag, an dem mehrheitlich Menschen aufgrund der Besonderheit bspw. eines Feiertags in die Stadt oder Einkaufszonen gehen möchten. Dem entspricht der vorgelegte Entwurf aus unserer Sicht nicht.

Im Auftrag des Vorstands des Arbeitskreises Thüringer Familienorganisationen verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer DKSB Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landertag e. V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
Richard-Breslau-Str. 13		
93094 Ebnat		
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunaler Spitzenverband § 126, 127 ThürKO, Art 91 Abs 4 Thür Verf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Bewertung des Entwurfes eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erst 26.05.2021	

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Sebastian Tröbs

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

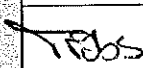
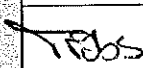
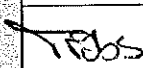


**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteil-dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil-dokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil-dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil-dokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Sebastian</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>IKEA Erfurt Eisenacher Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Vorname		Sebastian	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	IKEA Erfurt Eisenacher Str. 50	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Vorname										
	Sebastian										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	IKEA Erfurt Eisenacher Str. 50										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertrauensperson der Schwerbehinderten und Gleichgestellten bei IKEA Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Gesundheitsschutz - der größte Teil der Arbeitnehmer sind weiblich bei IKEA Erfurt - Familie Beruf, die Vereinbarkeit am Wochenende mit zwei zusammenhängenden Tagen - seit Erlassung des Gesetzes im Jahr 2011 leben wir es im Unternehmen, seit Anfang an hohe Akzeptanz bei IKEA Erfurt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenz-dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungs-verfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Esfurt, 30.3.2021	

Zu Punkt 4 weitere Punkte:

- eine Freiwilligkeit belassen, aber ab, wie weit durchsetzbar, auch bei Betrieben ohne Betriebsräte
- die Arbeitsfreiheit wird im Handel durch die zwei freien Samstage im Monat gefordert
- andere Arbeitszeiten aus anderen Bundesländern, die auch im Einzelhandel arbeiten, brauchen uns um dieses eingetragene Gesetz, das es bundesweit nur in Thüringen gibt, mit den zwei freien Samstagen im Monat

Exkurs, 30.3.2021

Stos

Von: Sebastian Tröbs

Gesendet: Mittwoch, 17. März 2021 13:23

An: Landtag Poststelle <poststelle@thueringer-landtag.de>

Betreff: Bitte die Email an die Abgeordneten des Thüringer Landtages weiterleiten

Priorität: Hoch

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Thüringer Landtages,

in dieser Mail möchte ich Ihnen eine kurze Meinung zu Ihrer endgültigen Abstimmung am 27.05.2021, zur Abschaffung des Gesetzes für den zweiten freien Samstags im Thüringer Einzelhandel, schreiben.

Ihre Überlegung, den zweiten freien Samstag in Thüringen per Gesetz wieder abzuschaffen, finden viele Kolleginnen und Kollegen in unserem Unternehmen nicht gut, insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen mit Familien/Kindern, sowie die der Schwerbehinderten und Gleichgestellten. Auch die Corona-Krise kann kein Vorwand sein, den zweiten freien Samstag zu streichen, denn gerade diese Menschen im Einzelhandel sind an Ihre Grenzen gegangen, um die Versorgung usw. sicherzustellen, um die Betreuung der Kinder zu ermöglichen mit Homeoffice, Urlaub etc..

Die zwei freien Samstage für den Einzelhandel in Thüringen sind ein Glücksfall für alle, da sie sich mehr um ihre Familie/Kinder kümmern, bzw. sich erholen können am Wochenende. Wenn der zweite freie Samstag gestrichen werden sollte, haben diese ein Wochenende oder sogar mehrere Wochenenden weniger. Der zweite freie Samstag

muss für die meisten Menschen auch ein freier Tag bleiben. Es geht nicht immer nur um Profit im Einzelhandel, sondern um die Gesundheit aller Menschen. Gesunde Menschen kosten weniger als kranke Menschen.

Ich bitte Sie, diese Punkte/Argumentation ans Herz zu nehmen und Ihre Entscheidung zur finalen Abstimmung am 27.05.2021 zu überdenken und freue mich auf eine Rückantwort von Ihnen.

Sebastian Tröbs

Vertrauensperson der Schwerbehinderten und Gleichgestellten

Mitarbeiter Kundenservice

IKEA Deutschland GmbH & Co. KG

Niederlassung Erfurt

Eisenacher Str. 50

99094 Erfurt

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**Diskussionsforum**

**des Thüringer Landtags**

**Anlage Auswertung BTB**

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1726 -

**Frage: „Welche Auffassung vertreten Sie zur geplanten Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes in Drucksache 7/1726?“**

<b>Datum des Beitrages</b>	<b>Angaben zum Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte</b>
17.02.2021	Michael Hausemann*  Rentner	<b>Wozu die Regulierung</b>	Das Gesetz sollte abgeschafft werden.

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.